

# Grundsätze für Deutschland.

Entwurf des neuen Grundsatzprogramms.



Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands  
an den 21. Parteitag am 3./4. Dezember 2007 in Hannover

**CDU**

# Gliederung

Seite

Präambel: Christlich demokratische Politik für Deutschland im 21. Jahrhundert	3
I. Wir christliche Demokraten	
1. Wer wir sind – Menschenbild und Grundwerte der CDU	5
2. Unser Gesellschaftsbild	10
– Freie Entfaltung der Person	10
– Zusammenhalt unserer Gesellschaft	11
II. Herausforderungen unserer Zeit – Gestaltungsanspruch der CDU	
1. Herausforderungen unserer Zeit	13
– Die bedrohte Schöpfung	13
– Die globalisierte Welt	13
– Die Anforderungen der Wissensgesellschaft	14
– Die gefährdete Sicherheit	15
– Der demografische Wandel	15
2. Chancengesellschaft Deutschland – Frei und sicher leben	16
III. Starke Familien – Menschliche Gesellschaft	
1. Neue Lebensverläufe – Neues Miteinander der Generationen	18
2. Das Fundament unserer Gesellschaft stärken – Wahlfreiheit für Familien schaffen	20
IV. Bildungs- und Kulturnation Deutschland – Antworten auf die Wissensgesellschaft	
1. Mehr Bildung für alle. Von Anfang an, ein Leben lang	24
2. Neugieriges Deutschland: Forschung sichert Wohlstand	30
3. Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit	32
V. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in der globalisierten Welt	
1. Grundsätze einer Ordnung für Wohlstand, Teilhabe und Sicherheit	35
2. Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt	37

3. Wirtschaft und Arbeit	40
4. Den demografischen Wandel gestalten – Soziale Sicherheit für alle Generationen	44
5. Solide Finanzen, solides Deutschland	48
6. Auf historischen Leistungen aufbauen – Die neuen Länder voran bringen	51
VI. Die Schöpfung und das Leben bewahren – Für eine lebenswerte Umwelt	
1. Die Würde des Menschen schützen – Vom Beginn bis zum Ende des Lebens	53
2. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	54
3. Zukunft für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum	58
VII. Aktive Bürger, Starker Staat, Weltoffenes Land	
1. Bürgergesellschaft stärken – Eigeninitiative fördern	59
2. Für einen starken Staat: Freiheit und Sicherheit für die Bürger	60
3. Integrationsland Deutschland	65
VIII. Deutschlands Verantwortung und Interessen wahrnehmen	
1. Deutschlands Chance Europa	67
2. Für Freiheit und Frieden eintreten – Deutschlands Rolle in der Welt	72

# 1 Präambel

## 2 Christlich demokratische Politik für Deutschland im 21. Jahrhundert

3 Wir Christlichen Demokraten bekennen uns mit diesem Grundsatz-  
4 programm zu unseren Werten und Zielen und geben Antworten auf  
5 die Herausforderungen unserer Zeit.

6 Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. In ihr sind auch heute die poli-  
7 tischen Strömungen lebendig, aus denen sie nach 1945 entstanden  
8 ist: die christlich-soziale, die liberale und die wertkonservative. Wir  
9 orientieren uns am christlichen Bild vom Menschen und seiner un-  
10 antastbaren Würde und davon ausgehend an den Grundwerten  
11 Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir streben nach dem richti-  
12 gen Verhältnis der Grundwerte zueinander.

13 In einer sich ändernden Welt bleibt es unser Auftrag, Werte und  
14 Wirklichkeit zusammen zu denken und entsprechend zu handeln.  
15 Die Einsicht in die Fehlbarkeit des Menschen bewahrt uns vor der  
16 Gefahr, Politik zu ideologisieren und zeigt uns die Grenzen der Poli-  
17 tik auf.

18 Die Union hat die entscheidenden Weichenstellungen in der Ge-  
19 schichte der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Heute  
20 stellen wir uns mit gleicher Entschlossenheit den Herausforderun-  
21 gen des 21. Jahrhunderts.

22 Nach 1949 legte die CDU mit den grundlegenden Richtungsent-  
23 scheidungen wie der Sozialen Marktwirtschaft, der Westbindung  
24 und der Europäischen Einigung die Fundamente für eine freie, ge-  
25 rechte und dynamische Entwicklung unseres Landes.

26 Die CDU hat gegen Widerstände an der Wiedervereinigung  
27 Deutschlands festgehalten. Als sich die Chance bot, konnte nach  
28 bitteren Jahrzehnten der Teilung die Einheit unseres Vaterlandes in  
29 Frieden und Freiheit unter Führung der CDU vollendet werden.  
30 Deutschland kann stolz sein auf das, was es geleistet hat. Die CDU  
31 hat maßgeblichen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte.

32 Deutschland ist zum ersten Mal in der Geschichte nur von Freunden  
33 und Partnern umgeben. Dazu haben unsere Freunde in Amerika und  
34 Europa einen wesentlichen Beitrag geleistet. Nie zuvor war der  
35 Traum der Gründungsväter Europas so greifbar nahe: ein Europa zu  
36 seinem Glück vereint in Frieden und Freiheit, wirtschaftlich stark,  
37 sozial und bereit, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen.  
38 Vertrauen und Verlässlichkeit leiten uns bei der weiteren Einigung  
39 unseres Kontinents.

40 Diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit in Ver-  
41 antwortung ist unser Modell für eine internationale Ordnungspolitik.  
42 Die Globalisierung erfordert eine neue Dimension der Sozialen

43 Marktwirtschaft und bietet die Chance, global soziale und ökologi-  
44 sche Standards zu setzen.

45 Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist ein  
46 neues Verständnis von Sicherheit notwendig: Es umfasst gleicher-  
47 maßen die innere und äußere Sicherheit in einer Welt mit immer  
48 neuen Bedrohungen. Es umfasst aber auch die soziale Sicherheit  
49 unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft und der de-  
50 mografischen Veränderungen sowie die des Zusammenhalts in un-  
51 serer Gesellschaft und die Sicherheit, auch in Zukunft in einer le-  
52 benswerten Umwelt leben zu können, die jede Generation für die  
53 nächste bewahrt.

54 Wir wollen Deutschland aus seiner starken Mitte heraus voranbrin-  
55 gen. Wir werden die bürgerlichen Werte und Tugenden stärken, die  
56 unser Land erfolgreich gemacht haben.

57 Unser Leitbild für Deutschland ist die Chancengesellschaft, in der  
58 die Bürger frei und sicher leben. Sie steht für Respekt vor Leistung  
59 und Erfolg. Und wir wollen den sozialen Aufstieg in die gesell-  
60 schaftliche Mitte auch für jene, die bisher davon ausgeschlossen  
61 waren. Die Schlüssel für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt  
62 liegen insbesondere in gleichen Bildungschancen und lebenslan-  
63 gem Lernen.

64 Unsere ethischen Überzeugungen und unsere reiche Erfahrung ge-  
65 ben uns die Kraft und die politische Vernunft, um die Bundesrepu-  
66 blik Deutschland im Geiste der Freiheit, der Sicherheit und als  
67 Chance für alle Menschen zu gestalten. Auf dieser Grundlage han-  
68 deln wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem  
69 Land für eine gute Zukunft.

## 70 **I. WIR CHRISTLICHE DEMOKRATEN**

### 71 **1. Wer wir sind – Menschenbild und Grundwerte der CDU**

#### 72 **Die Volkspartei der Mitte**

73 1. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die  
74 Volkspartei der Mitte. Sie wendet sich an alle Menschen in allen  
75 Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf  
76 dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwor-  
77 tung vor Gott.

78 2. Das christliche Verständnis vom Menschen gibt uns die ethische  
79 Grundlage für verantwortliche Politik. Dabei wissen wir, dass sich  
80 aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm  
81 ableiten lässt. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und die  
82 Freiheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden  
83 Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament  
84 baut das gemeinsame Handeln von Christen, Andersgläubigen und  
85 Nichtglaubenden in der CDU auf.

86 3. Die CDU wurde von Bürgerinnen und Bürgern gegründet, die  
87 nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des  
88 Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herr-  
89 schchaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer  
90 christlich geprägten Volkspartei gestalten wollten. In ihr fanden sich  
91 katholische und evangelische Christen, Frauen und Männer aus  
92 allen Regionen und sozialen Schichten zusammen. Die CDU hat  
93 konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. Auf der  
94 Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen haben Mitglieder der  
95 CDU im Parlamentarischen Rat an der Erarbeitung des Grundgesetz-  
96 zes aktiv mitgewirkt und für Jahrzehnte die politischen Grundent-  
97 scheidungen im freien Teil Deutschlands bestimmt – zum Beispiel  
98 die Soziale Marktwirtschaft, alle großen Sozialgesetze, die Einbin-  
99 dung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Werte- und  
100 Verteidigungsgemeinschaft und die Einigung Deutschlands und  
101 Europas. Der CDU im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands blieb  
102 dies verwehrt.

103 4. Die geistigen und politischen Grundlagen der CDU sind in der  
104 Sozialethik der christlichen Kirchen, in der liberalen Tradition der  
105 Aufklärung, in der wertkonservativen Pflege von Bindungen und  
106 dem Wissen darum, dass der Staat nicht allmächtig sein darf, sowie  
107 im christlich und patriotisch motivierten Widerstand gegen den Na-  
108 tionalsozialismus zu finden. Zur Identität der CDU gehören auch die  
109 friedliche Revolution von 1989, die die kommunistische Diktatur der  
110 DDR überwand, und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.  
111 Die Leistungen und die Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern  
112 aus den neuen Ländern bereichern unser Gemeinwesen und die  
113 CDU. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Par-  
114 tei der deutschen Einheit.

## 115 **Das christliche Menschenbild**

116 5. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen.  
117 Aus dem christlichen Bild vom Menschen folgt, dass wir uns zu sei-  
118 ner unantastbaren Würde bekennen. Die Würde aller Menschen ist  
119 gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter,  
120 von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Ge-  
121 sundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom  
122 Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unver-  
123 fügbare Person in allen Lebensphasen. Die Würde des Menschen –  
124 auch des ungeborenen und des sterbenden – ist unantastbar.

125 6. Aus der Würde des Menschen erwächst sein Recht auf die freie  
126 Entfaltung der Persönlichkeit und zugleich die Verantwortung ge-  
127 genüber dem Nächsten. Der Mensch besitzt die Freiheit zur sittli-  
128 chen Entscheidung. Er steht nach christlichem Verständnis in der  
129 Verantwortung vor Gott und vor seinem Gewissen und ist auf Ge-  
130 meinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt.

131 7. Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch  
132 der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt.  
133 Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und ei-  
134 nem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Ver-  
135 söhnung.

136 8. Wir verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung. Es steht  
137 ihm nicht zu, nach Belieben über die Natur zu verfügen. Sie ist uns  
138 zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Wir sind dafür verant-  
139 wortlich, wie wir sie den nachfolgenden Generationen weitergeben.

140 9. Auf diesem Menschenbild beruhen die Grundlagen der  
141 demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten. Das gilt auch für  
142 diejenigen, die Würde, Gleichheit und Freiheit des Menschen nicht  
143 aus dem christlichen Glauben herleiten.

## 144 **Unsere Grundwerte: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit**

145 10. Unser Gemeinwesen lebt von geistigen Grundlagen, die weder  
146 selbstverständlich noch für alle Zeiten gesichert sind. Es ist die be-  
147 sondere Selbstverpflichtung der CDU, die christlich geprägten  
148 Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu bewahren und  
149 zu stärken. Sie sind Maßstab und Orientierung unseres politischen  
150 Handelns. Aus ihnen leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solida-  
151 rität und Gerechtigkeit her. Sie erfordern und ergänzen einander.  
152 Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten, ist unsere  
153 Aufgabe und Kern der politischen Auseinandersetzung. Die Grund-  
154 werte als unteilbare Menschenrechte gelten universell.

## 155 **Freiheit**

156 11. Der Mensch ist frei geschaffen. Als sittliches Wesen soll er ver-  
157 nünftig und verantwortlich entscheiden und handeln. Selbst ein to-  
158 talitäres System kann ihm die persönliche Freiheit nicht nehmen.  
159 Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit.  
160 Wer Freiheit für sich fordert, muss die Freiheit seines Mitmenschen  
161 anerkennen. Freiheit umfasst Rechte und Pflichten. Es ist Aufgabe  
162 der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu si-  
163 chern und sie für das Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen.

164 12. Der Mensch entfaltet sich in der Gemeinschaft. Wer sich von  
165 mitmenschlichen Verpflichtungen löst, macht sein Leben nicht frei,  
166 sondern arm und einsam. So wie es Abhängigkeiten gibt, die den  
167 Menschen erniedrigen, so gibt es Bindungen, in denen Freiheit sich  
168 erst entfaltet.

169 13. Recht sichert Freiheit, indem es die personale Würde des Men-  
170 schen schützt. Es regelt das geordnete und friedliche Zusammenle-  
171 ben der Menschen. Einschränkungen der Freiheit sind zulässig, so-  
172 weit sie zur Wahrung der Freiheit erforderlich sind. Die Verwirkli-  
173 chung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit. Die Verhält-  
174 nisse, unter denen der Mensch lebt, dürfen der Freiheit nicht im  
175 Wege stehen. Jeder muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Le-  
176 ben haben. Leistung und Eigentum müssen geachtet und geschützt  
177 sein. Die materiellen Grundlagen der Freiheit sind zu sichern.

178 14. Freiheit ermöglicht und braucht die eigenverantwortliche  
179 Lebensgestaltung. Deshalb ist das gesellschaftliche Leben nach  
180 dem Prinzip der Subsidiarität zu ordnen: Was der Bürger allein, in  
181 der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen besser  
182 oder ebenso gut leisten kann, soll seine Aufgabe bleiben. Staat und  
183 Kommunen sollen Aufgaben nur übernehmen, wenn sie von den  
184 einzelnen Bürgern oder jeweils kleineren Gemeinschaften nicht er-  
185 füllt werden können. Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zw-  
186 ischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen  
187 freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen. Subsidiarität ver-  
188 langt, dass die größeren Gemeinschaften, auch die staatliche  
189 Ebene, tätig werden, wenn gesellschaftspolitische Erfordernisse die  
190 Leistungskraft der Einzelnen oder der kleineren Gemeinschaften  
191 überfordern.

192 15. Freiheit verwirklicht sich im praktischen Leben durch Selbstver-  
193 antwortung und Mitverantwortung. Der Bürger soll Freiheit in der  
194 Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit sowie in Gemeinde  
195 und Staat erfahren und leben. Er soll teilnehmen und mitverantwor-  
196 ten, wählen und entscheiden. Er darf weder in die Rolle des Bevor-  
197 mundeten gedrängt noch zum bloßen Empfänger staatlicher Leis-  
198 tungen erniedrigt werden. Selbständiges Urteil und verantwortliche  
199 Mitarbeit schützen ihn vor der Verführung durch Ideologien. Wir

200 wollen den Sinn für Verantwortung und Gemeinwohl, für Pflichten  
201 und Bürgertugenden stärken.

202 16. Die eigene Leistung gehört zur freien Entfaltung der Person.  
203 Seine Würde und sein Recht hat der Mensch unabhängig von jeder  
204 Leistung. Aber eigene Leistungsfähigkeit zu erfahren, ist eine wich-  
205 tige Quelle seiner Lebenskraft. Leistung ist ein unentbehrlicher An-  
206 trieb. Es gilt daher, persönlichen Leistungswillen und Initiative zu  
207 fördern, ob auf Erwerb gerichtet oder nicht. Ohne persönliche Leis-  
208 tung kann kein Gemeinwesen Wohlstand erlangen und bewahren.

209 17. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sich für sie einzusetzen und  
210 nach außen und innen zu verteidigen. Wir bekennen uns zu wehr-  
211 hafter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wer frei ist, hat die  
212 Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthal-  
213 ten wird. Freiheit darf nicht auf wenige Völker oder gesellschaftliche  
214 Gruppen beschränkt sein. Wir wollen Freiheit für alle Menschen.

## 215 **Solidarität**

216 18. Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der  
217 sozialen Natur des Menschen. Das Ziel, ein menschenwürdiges Le-  
218 ben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Han-  
219 deln. Solidarität muss vor allem den Menschen gelten, die noch  
220 nicht, nicht mehr oder dauerhaft nicht sich selbst die Grundlagen  
221 eines freien Lebens schaffen können.

222 19. Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität und trägt  
223 mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, dass die Gemeinschaft für  
224 den Einzelnen eintreten kann. Wir bekennen uns zu dieser wechsel-  
225 seitigen Verantwortung. Elementare Formen der Solidarität sind  
226 Hilfe und Unterstützung im unmittelbaren persönlichen Miteinander  
227 - in der Familie, unter Freunden und Nachbarn und in privaten Ge-  
228 meinschaften. Dort aber, wo die Kräfte des Einzelnen überfordert  
229 sind, müssen die Gemeinschaft und der Staat helfen.

230 20. Die soziale Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der  
231 Solidarität. Gemeinschaftlich werden die Risiken abgesichert, die  
232 der einzelne allein nicht bewältigen kann. Es werden weder Almo-  
233 sen noch eine kostenlose Versorgung gewährt, wohl aber ein Leben  
234 in sozialer Sicherheit ermöglicht. Wer Solidarität übt, ist zum Ver-  
235 zicht bereit. Wer auf die Solidarität des Staates baut, hat auch  
236 Pflichten dem Staat gegenüber. Die soziale Sicherung hat befrie-  
237 dende und befreiende Wirkung. Solidarität verbietet es, das System  
238 der sozialen Sicherung zu missbrauchen.

239 21. Solidarität erfordert Subsidiarität. Subsidiarität erfordert eigen-  
240 verantwortliches Handeln. Der Staat soll dem Bürger dieses Han-  
241 deln ermöglichen und erleichtern.

242 22. Solidarität verpflichtet uns gegenüber künftigen Generationen.  
243 Alle politischen Entscheidungen müssen dieser Verantwortung ge-  
244 recht werden. Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Kin-  
245 deskinder leben. Wir dürfen auch nicht auf Kosten unserer Mitmen-  
246 schen in anderen Teilen der Welt leben. Wir setzen uns für eine  
247 weltweite Solidarität der Völkergemeinschaft ein. Ohne sie ist die  
248 Kluft zwischen Arm und Reich nicht zu überwinden und die Bewah-  
249 rung der Schöpfung nicht möglich.

## 250 **Gerechtigkeit**

251 23. Gerechtigkeit wahrt die Würde und Freiheit aller Menschen.  
252 Ohne Gerechtigkeit gibt es keine Freiheit. Gerechtigkeit verlangt,  
253 Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Im Rechts-  
254 staat heißt Gerechtigkeit gleiches Recht für alle. Recht schützt vor  
255 Willkür und Machtmissbrauch. Es sichert Freiheit auch für den  
256 Schwächeren.

257 24. Gerechte Chancen zu schaffen, ist die notwendige Ergänzung  
258 der Gleichheit vor dem Recht. Jeder soll die gleiche Möglichkeit  
259 haben, sich in Freiheit so zu entfalten, wie es seinen persönlichen  
260 Fähigkeiten entspricht. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch  
261 seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann.  
262 Dafür bietet die Chancengesellschaft die Voraussetzungen und  
263 Möglichkeiten. Sie wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteil-  
264 ter Lebenschancen. Das erfordert gleiche Startchancen in Bil-  
265 dungswege und in die Arbeitswelt. Dazu gehört nicht, Unterschiede  
266 in den persönlichen Anlagen des Einzelnen zu leugnen. Wir wollen  
267 gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen.

268 25. Gerechtigkeit fordert Belastungen gerecht zu verteilen. Deshalb  
269 ist es gerecht, dass die Stärkeren einen größeren Beitrag für unser  
270 Gemeinwesen leisten als die Schwächeren.

271 Auch wenn wir uns mit äußerster Anstrengung für mehr Gerechtig-  
272 keit in unserer Gesellschaft einsetzen, wissen wir, dass absolute  
273 Gerechtigkeit nicht erreichbar ist. Wir fühlen uns den Schwachen  
274 und sozial Benachteiligten besonders verpflichtet. Niemand darf  
275 verloren gehen, keiner darf vergessen werden.

276 26. Wo das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Leben  
277 missachtet wird, wo die Freiheit Einzelner, bestimmter Gruppen  
278 oder ganzer Völker unterdrückt wird, herrschen Gewalt und Unfrie-  
279 den. Wir treten ein für die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte  
280 und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not. Damit leis-  
281 ten wir unseren Beitrag zum Frieden zwischen den Völkern und für  
282 eine gerechtere Welt.

## 283 **2. Unser Gesellschaftsbild**

284 27. Die geistigen Grundlagen unserer christlich demokratischen  
285 Union befähigen uns, die Herausforderungen von Gegenwart und  
286 Zukunft zu bewältigen. Politik kann gerade in Zeiten des Umbruchs  
287 Rahmenbedingungen schaffen, die in Gesellschaft und Staat Kräfte  
288 zur Beantwortung drängender Fragen freisetzen. Unsere Politik für  
289 Deutschland zielt auf eine Gesellschaft, die jedem Freiheit sichert  
290 und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet.

### 291 **Freie Entfaltung der Person**

292 28. Auf der Suche nach Lebenssinn und Lebensglück müssen alle  
293 die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es ihren Anlagen und  
294 Fähigkeiten entspricht. Nach christlichem Verständnis gelingt freie  
295 Entfaltung nur in der Gemeinschaft. Das Verhältnis von Individuum  
296 und Gesellschaft ist wechselseitige Bereicherung. Der Einzelne  
297 kann seine volle Identität nur in der Beziehung zu anderen entfalten.  
298 Die Gesellschaft ist für ihre Entwicklung und Zukunftsfähigkeit auf  
299 freie, selbstbewusste Persönlichkeiten angewiesen. Das zeichnet  
300 die Chancengesellschaft aus. In ihr kann jeder Einzelne Kreativität  
301 und Innovation entfalten. Diese freie Entfaltung in der Chancenge-  
302 sellschaft ermöglicht gleichzeitig ihren inneren Zusammenhalt.

303 29. Die CDU vertraut auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der  
304 Bürgerinnen und Bürger, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand  
305 zu nehmen. Aufgabe der Politik ist es, die Eigenverantwortung der  
306 Bürger zu fördern und, wo immer es geht, Hilfe zur Selbsthilfe zu  
307 bieten. Um Verantwortung übernehmen zu können, muss der  
308 Mensch seine Kräfte und Anlagen frei entwickeln.

309 In der Familie erlebt der Mensch zuerst das Wechselspiel von Frei-  
310 heit und Verantwortung. Zugleich geht aus den Familien die Vielfalt  
311 der Persönlichkeiten mit ihren Fähigkeiten hervor, auf die unsere  
312 Gesellschaft angewiesen ist. Die CDU will Ehe und Familie als Fun-  
313 dament der Gesellschaft stärken. Wir wollen eine Gesellschaft, die  
314 dem Wohl der Kinder und Familien dient und für ein neues Mitein-  
315 ander der Generationen eintritt.

316 Erziehung und Bildung schaffen wesentliche Voraussetzungen für  
317 die freie Entfaltung der Person und für die Fähigkeit zur Wahrneh-  
318 mung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten. Die CDU will diffe-  
319 renzierte Bildungsangebote so verbessern, dass jeder die beste  
320 Chance auf die Entwicklung seiner Anlagen wahrnehmen kann.

321 Der Mensch entfaltet sich auch in der Arbeit. Die Vollbeschäftigung  
322 ist das Ziel der CDU. Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht dem  
323 Bürger die Teilnahme am Wettbewerb und die Erfahrung seiner  
324 Leistungsfähigkeit. Wettbewerb ist für die CDU nicht nur in der  
325 Wirtschaft ein wichtiges Prinzip. Wir sind davon überzeugt, dass  
326 fairer Wettbewerb Menschen anspricht, das Beste aus ihren Fähig-

327 keiten zu machen.

328 Der demokratische Rechtsstaat garantiert seinen Bürgern Räume  
329 der freien Entfaltung und schützt sie vor Diskriminierungen. Die  
330 CDU steht für diese Balance von Freiheit und Ordnung.

331 30. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein Grund-  
332 recht. Ziel unserer Politik ist, für Frauen und Männer, Mädchen und  
333 Jungen gleiche Chancen zu schaffen und Benachteiligungen in al-  
334 len Bereichen abzubauen. Wir stehen für eine Gleichstellungspoli-  
335 tik, die Frauen und Männer gleichermaßen im Blick hat. Dazu gehö-  
336 ren für uns gleiche Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten im  
337 Erwerbsleben, die Aufwertung der Familienarbeit und die bessere  
338 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die spezifischen Sichtweisen  
339 und Erfahrungen, die Frauen einbringen, sind von großer Bedeu-  
340 tung für unsere Gesellschaft. Darum fördern wir Christliche Demo-  
341 kraten auf allen Ebenen nachhaltig die Mitwirkung von Frauen.

#### 342 **Zusammenhalt unserer Gesellschaft**

343 31. Wo der Mensch sich frei entfalten kann, entsteht Gemeinsinn.  
344 Das Prinzip der Subsidiarität ermöglicht Gemeinsinn und bürger-  
345 schaftliches Engagement. Die CDU strebt eine Gesellschaft an, in  
346 der freie Bürger zusammenhalten und füreinander einstehen: die  
347 Jungen für die Alten, die Alten für die Jungen, die Starken für die  
348 Schwachen und die Schwachen für die Starken. Die Gesellschaft  
349 muss gemeinsam Verantwortung dafür tragen, dass jeder in ihr sei-  
350 nen Platz finden kann.

351 32. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hat sein Fundament in  
352 unserer Zusammengehörigkeit als Nation. Unsere gemeinsame  
353 Sprache, unsere Geschichte sowie das Leben und Handeln in einem  
354 wieder vereinten Nationalstaat begründen ein patriotisches Zusam-  
355 mengehörigkeitsgefühl. Wir bekennen uns zu unserer schwarz-rot-  
356 goldenen Fahne und zu unserer Nationalhymne als Symbole unse-  
357 rer Demokratie. Die Nation ist eine Verantwortungsgemeinschaft für  
358 die Vergangenheit, für die Gegenwart und für die Gestaltung der  
359 Zukunft. Jeder, der zu uns kommt und auf Dauer bei uns bleiben  
360 will, ist aufgefordert, sich mit diesem Land und seiner Geschichte  
361 vertraut zu machen und dadurch seinen Platz in unserem Land zu  
362 finden.

363 33. Ohne die gemeinsame Wertschätzung unseres freiheitlichen  
364 Gemeinwesens, ohne Patriotismus, ohne die Bereitschaft, in Heimat  
365 und Nation Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und  
366 Solidarität zu üben, kann ein Staat nicht gedeihen. Unsere Ge-  
367 schichte ist voller Erfahrungen und großer Leistungen in Wissen-  
368 schaft und Kunst, in Wirtschaft und Politik. Wir blicken zurück auf  
369 eine beachtliche Tradition von Rechtsstaat, Verfassung und guter  
370 Verwaltung, wir haben den Sozialstaat begründet und die soziale  
371 Marktwirtschaft entwickelt, wir leben seit vielen Jahrzehnten in  
372 Frieden und in einer stabilen Demokratie als Teil der europäischen

373 Völkerfamilie, und wir haben die Wiedervereinigung friedlich vollendet.  
374 Zu unserer Identität gehört aber auch, dass wir die beschämenden  
375 Jahre des menschenverachtenden Nationalsozialismus als  
376 dauernde Mahnung bewusst halten, sie nicht verdrängen und gegen  
377 nichts aufrechnen. Patriotismus bedeutet für uns auch, im Bewusstsein  
378 der Vergangenheit unseres Landes seine Zukunft verantwortlich zu gestalten.  
379

380 34. Nur mit dem klaren Bekenntnis zu uns selbst als einer durch  
381 Geschichte und Kultur geprägten Gemeinschaft freier Bürger können wir  
382 Integration und Teilhabe überzeugend fordern. Denn Teil dieser  
383 Gesellschaft zu sein, heißt, an ihrer Geschichte, ihren Traditionen und  
384 Erfahrungen, ihren Formen und Normen des Zusammenlebens, also an  
385 ihrer Kultur teilzuhaben. Das gilt für jeden Deutschen und für  
386 Zugewanderte oder Zuwandernde und ihre Kinder.

387 Bedingungen unseres Zusammenlebens sind zuerst: die deutsche  
388 Sprache zu beherrschen, achtungsvoll dem Mitbürger zu begegnen  
389 und zu Leistung und Verantwortung bereit zu sein. Jeder Bürger  
390 muss zudem die für uns alle verbindlichen kulturellen Grundlagen  
391 unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung anerkennen.  
392 Das sind Werte, die unserer Geschichte als einer europäischen Nation  
393 entstammen und in unser Grundgesetz eingegangen sind: die Unantastbarkeit  
394 der Würde jedes Menschen, sein Recht auf die freie Entfaltung seiner  
395 Persönlichkeit, die Gleichwertigkeit der Menschen und die sich aus  
396 ihr ableitende Gleichheit der Rechte der Bürger, die Anerkennung der  
397 Lebensentwürfe und geistigen Orientierungen anderer und damit auch  
398 der Respekt vor der Freiheit des religiösen Bekenntnisses.  
399

400 35. Die CDU versteht die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration  
401 in umfassendem Sinne. Jeder muss sich frei entfalten und am sozialen,  
402 politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.  
403 Dabei ist für die CDU die Integration von Zuwanderern und ihren  
404 Kindern in unsere Gesellschaft eine politische Schlüsselaufgabe.  
405 Sie führt zu gleichberechtigter Teilhabe, zu wechselseitigem  
406 Verständnis und zugleich zur Identifikation mit unserem Land.

407 36. Unsere politische Kultur ist geprägt von den Gemeinsamkeiten  
408 der europäischen und den Besonderheiten der deutschen Geschichte.  
409 Dazu gehören vor allem die föderale und die konfessionelle Tradition,  
410 das besondere Verhältnis zwischen Staat und Kirche und die Verantwortung,  
411 die den Deutschen aus den Erfahrungen zweier totalitärer Regime  
412 auch für die Zukunft erwächst.

413 37. Dieses umfassende Verständnis macht unsere Leitkultur in  
414 Deutschland aus und ist die Grundlage für den Zusammenhalt in  
415 unserer Gesellschaft. Sie wollen wir mit Leben erfüllen.  
416 Unsere Kultur ist in Geschichte, Gegenwart und Zukunft europäisch  
417 geprägt und orientiert. Diese europäische Dimension wird im Zuge

418 der fortschreitenden Einigung Europas weiter an Bedeutung gewin-  
419 nen.

## 420 **II. HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT –** 421 **GESTALTUNGSANSPRUCH DER CDU**

### 422 **1. Herausforderungen unserer Zeit**

423 38. Wir leben in einer Zeit epochaler Veränderungen. Die  
424 Gefährdungen unserer Umwelt, die Folgen der Globalisierung, die  
425 Anforderungen der Wissensgesellschaft, neue Bedrohungen unse-  
426 rer Freiheit und der demografische Wandel sind die wichtigsten  
427 Beispiele solcher Herausforderungen. Wir müssen sie annehmen,  
428 uns auf sie einstellen und Chancen, die mit ihnen auch verbunden  
429 sind, für eine verantwortungsvolle und zukunftsfähige Politik im 21.  
430 Jahrhundert nutzen. Dafür müssen wir aber auch zu Veränderungen  
431 bereit sein. So ist etwa unser Land aufgefordert, Fehlentwicklungen  
432 und Strukturschwächen des Sozialstaats zu korrigieren. Die CDU  
433 als die große Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft will be-  
434 wahren, was unser Land voranbringt, und verändern, was unser  
435 Land belastet.

#### 436 **Die bedrohte Schöpfung**

437 39. Die Schöpfung wurde uns nach christlichem Verständnis zur  
438 Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Heute müssen wir feststel-  
439 len: Die Schöpfung ist bedroht.

440 40. Neue technologische Entwicklungen führen den Menschen an  
441 ethische Grenzen. So tragen biomedizinische und gentechnische  
442 Forschung wesentlich zur Heilung von Krankheiten und Linderung  
443 von Leid bei. Sie bergen aber zugleich Risiken: Wenn sich gren-  
444 zenloser Erkenntnisdrang und gewissenlose Vermarktung verbind-  
445 en, sind Schöpfung und Menschenwürde in Gefahr. Auch die Frei-  
446 heit der Forschung hat die Unantastbarkeit der Würde des Men-  
447 schen zu achten.

448 41. Der globale Klimawandel gefährdet unsere Lebenswelt und die  
449 Entwicklungschancen der nachfolgenden Generationen. Die Nach-  
450 frage nach Energie und der Verbrauch fossiler  
451 Energieträger steigen weltweit. Die erhöhten Treibhausgasemissio-  
452 nen und die damit verbundene Klimaerwärmung haben weit rei-  
453 chende Konsequenzen für Mensch und Natur: Abschmelzen von  
454 Gletschern, Anstieg des Meeresspiegels, Versauerung der Meere,  
455 Überflutungen, Wassermangel, Artensterben, neue Wüsten und Dür-  
456 rekatastrophen – Katastrophen, die zudem Menschen in Armut stür-  
457 zen und aus ihrer Heimat in die Migration zwingen.

#### 458 **Die globalisierte Welt**

459 42. Globalisierung bedeutet weltweite Öffnung politischer,  
460 wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen. Sie ist gekennzeich-  
461 net durch die Mobilität der Menschen und den Austausch von Ideen

462 und Informationen, von Gütern, Leistungen und Kapital sowie durch  
463 die Vernetzung der Märkte. Sie ist Ausdruck von Freiheit und ver-  
464 schärft den Wettbewerb.

465 43. Die Globalisierung ist ein unumkehrbarer, politisch wie wirt-  
466 schaftlich fruchtbarer Entwicklungsprozess, der weltweit zuneh-  
467 mend mehr Menschen gesellschaftliche, politische und ökonomi-  
468 sche Chancen eröffnen kann. Wir wollen die Globalisierung so ge-  
469 gestalten, dass weltweit Demokratie und Menschenrechte gestärkt und  
470 soziale und ökologische Ziele gefördert werden. Das Bewusstsein,  
471 in einer gemeinsamen Welt zu leben, wächst. Die Globalisierung  
472 führt aber auch zu einer anderen Verteilung von Armut und Reich-  
473 tum in der Welt – zwischen Ländern und innerhalb einzelner Länder.  
474 Migration ist auch eine Folge von Globalisierung.

475 44. Die internationale Vernetzung der Güter- und Dienstleistungs-  
476 märkte verstärkt den internationalen Wettbewerb der Standorte, der  
477 immer mehr zu einem Wettbewerb der Regionen im Weltmaßstab  
478 wird. Globale Finanzmärkte ermöglichen es, Kapital weltweit aufzu-  
479 nehmen und anzulegen. Regionen mit Zukunftspotential und Aus-  
480 sichten auf hohe Renditen fließt Kapital zu, das in weniger attrakti-  
481 ven Regionen fehlt oder verloren geht. Ähnliches gilt für den Markt  
482 der Talente und des Wissens. Damit erfährt der weltweite Wettbe-  
483 werb von Standorten und Wirtschaftssystemen eine neue Dimen-  
484 sion. Diese Entwicklung verringert zugleich die nationalen Steuer-  
485 rungsmöglichkeiten und macht einen internationalen Ordnungs-  
486 rahmen notwendiger denn je.

487 45. Viele Menschen in Deutschland erleben die Globalisierung und  
488 die Anforderungen, die mit ihr einhergehen, als Bedrohung ihres  
489 Arbeitsplatzes, der eigenen beruflichen Zukunft und der bislang für  
490 selbstverständlich gehaltenen sozialen Absicherung. Deutschland  
491 hat jedoch seit jeher von der Öffnung von Grenzen und der zuneh-  
492 menden Verschmelzung der internationalen Märkte profitiert. Wenn  
493 wir uns dem globalen Wettbewerb stellen, sichern wir für unser  
494 Land die wirtschaftlichen Grundlagen von sozialer Sicherheit und  
495 Stabilität und erschließen uns jeden Tag neue Chancen zu ihrer  
496 Weiterentwicklung. Möglichst viele Menschen müssen an den neuen  
497 Wachstumschancen, an Wissen und Kapital teilhaben können. Wer  
498 hierfür die Bedingungen schafft, handelt sozial.

#### 499 **Die Anforderungen der Wissensgesellschaft**

500 46. Die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie  
501 treibt die Entwicklung zur Wissensgesellschaft voran. Der Anteil  
502 des Wissens an der Wertschöpfung nimmt zu. Damit entstehen völ-  
503 lig neue Wissensbereiche und Beschäftigungsmöglichkeiten.

504 47. Das Wissen der Zukunft ist vernetzt und interdisziplinär. Da-  
505 durch ändern sich auch die Zugänge zum Wissen. Die Gewinnung,  
506 Organisation und Nutzung von Wissen ist schon heute zentral für  
507 die Erwirtschaftung von Wohlstand und die Schaffung von Lebens-

508 chancen für jeden Einzelnen wie für unsere Gesellschaft als Gan-  
509 zes. Wissen wird zur wichtigsten Ressource. Darin liegt zwar eine  
510 große Chance für ein Land wie Deutschland, das immer arm an  
511 Rohstoffen war und auf eine große Bildungs- und Forschungsstradi-  
512 tion zurückblickt. Darin liegt aber auch eine große Herausforderung  
513 angesichts dynamischer neuer Wettbewerber auf den Weltmärkten.

514 48. In dem Maße, in dem heute das Wissen der Menschheit wächst  
515 und der wissenschaftlich-technische Fortschritt bislang Unbekann-  
516 tes erschließt, wächst die Bedeutung von Bildung. Denn dem Ein-  
517 zelnem gelingt es kaum noch, die immer größer werdende Menge  
518 der Informationen, die zur Verfügung steht, zu neuem Wissen zu  
519 verarbeiten. Wissen ist ungleich verteilt und veraltet schneller.  
520 Umso schwieriger ist es, möglichst viele Menschen daran teilhaben  
521 zu lassen. Teilhabe möglichst vieler ist aber die unabdingbare Vor-  
522 aussetzung, damit die Chancengesellschaft in Deutschland Realität  
523 wird.

#### 524 **Die gefährdete Sicherheit**

525 49. Erstmals in seiner Geschichte ist unser Land ausschließlich  
526 von Freunden umgeben. Doch zugleich kann Deutschland heute  
527 von überall auf der Welt her bedroht werden. Katastrophen und ihre  
528 Folgen, das Scheitern von Staaten, Bürgerkriege, Armut, Hunger,  
529 Seuchen und Umweltzerstörung oder grenzüberschreitende Krimi-  
530 nalität wirken sich auch auf uns aus. Terroristen, die über Grenzen  
531 hinweg agieren, und die Verbreitung von Massenvernichtungswaf-  
532 fen stellen große Gefahren dar. Die Auseinandersetzung um den  
533 Zugang zu natürlichen Ressourcen und Energiequellen, von denen  
534 auch der Wohlstand und die Freiheit Deutschlands abhängen, birgt  
535 Risiken für den Frieden in der Welt.

536 50. Spätestens seit den Terroranschlägen des 11. September 2001  
537 wissen wir, wie verwundbar freie und offene Gesellschaften sind  
538 und vor welchen Herausforderungen unser Land und die internatio-  
539 nale Staatengemeinschaft stehen. In der globalisierten Welt werden  
540 wir unmittelbar konfrontiert mit den Auswirkungen asymmetrischer  
541 Bedrohungen. Diese Entwicklungen fordern uns nicht nur als Staat  
542 heraus, sondern auch unsere Gesellschaft und unsere Kultur.

543 Neue Bedrohungen für die Sicherheit entstehen auch im Inneren. So  
544 sind unser freiheitlicher demokratischer Verfassungsstaat, seine  
545 Werte und Normen bedroht durch Links- und Rechtsextremismus,  
546 gewaltbereiten Fundamentalismus und Terrorismus.

#### 547 **Der demografische Wandel**

548 51. Während die Weltbevölkerung stark wächst, werden wir Deut-  
549 sche weniger. Unsere Geburtenrate gehört zu den niedrigsten welt-  
550 weit und reicht seit langem nicht mehr aus, den Bevölkerungsstand  
551 zu erhalten. Zugleich leben die Menschen in Deutschland erfreuli-  
552 cherweise länger. Die Bevölkerungspyramide wird auf den Kopf ge-  
553 stellt.

554 52. Eine kleiner werdende Gesamtbevölkerung mit einem immer  
555 höheren Anteil von älteren Menschen wird unsere Gesellschaft ver-  
556 ändern. Künftig werden viele Ältere keine Kinder und Enkel haben;  
557 familiäre Netze werden ausgedünnt. Eine kinderarme, alternde Ge-  
558 sellschaft steht in einer Welt des raschen Wandels vor großen Be-  
559 währungsproben.

560 53. Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Men-  
561 schen sorgen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Die Aufwendun-  
562 gen für Rentner und Pensionäre werden weiter zunehmen. Unsere  
563 bisher bewährten sozialen Sicherungssysteme sind diesen Ent-  
564 wicklungen nicht gewachsen: Sie müssen der veränderten Situation  
565 angepasst werden. Zwischen den Generationen muss es gerecht  
566 zugehen. Zugleich wird die Bevölkerungsentwicklung in den Regio-  
567 nen Deutschlands unterschiedliche Auswirkungen haben. Wir stre-  
568 ben eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen  
569 Deutschlands an.

570 54. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, beunruhigen und  
571 verunsichern viele Menschen. Die CDU gibt mit diesem Programm  
572 Antworten, die geleitet sind von der Überzeugung, dass Bewährtes  
573 erhalten bleiben muss, wir aber auch mit notwendigen Veränderun-  
574 gen die Zukunft gestalten müssen.

## 575 **2. Chancengesellschaft Deutschland – Frei und sicher leben**

576 55. Das christliche Menschenbild leitet uns auch in Zukunft. Jeder  
577 Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Person. Jeder  
578 trägt aber auch Verantwortung für seinen Mitmenschen. Unser Leit-  
579 bild der Chancengesellschaft trägt dieser Balance von Entfaltung  
580 und Verantwortung, von Freiheit und Sicherheit Rechnung.

581 Sie ist der Kern einer menschlichen Gesellschaft, die ermöglicht  
582 und befähigt. Wir stehen für Respekt vor Leistung und Erfolg, für  
583 das Recht auf eine neue Chance im Falle des Scheiterns und für  
584 Solidarität gegenüber den Schwachen.

585 Wir wollen den sozialen Aufstieg in die Mitte der Gesellschaft auch  
586 für jene, die bisher davon ausgeschlossen sind. Die soziale Her-  
587 kunft des einzelnen darf nicht über seine Zukunft entscheiden. Für  
588 die CDU ist Chancengerechtigkeit und damit die Befähigung zu ei-  
589 genverantwortlicher Lebensgestaltung das Ziel, nicht die Gleichheit  
590 der Ergebnisse. Jeder Mensch ist ein unverwechselbares Indivi-  
591 duum, das es zu schützen und bewahren gilt. Für uns steht dieser  
592 freie und verantwortliche Mensch im Mittelpunkt aller unserer politi-  
593 schen Überlegungen, nicht der Staat.

594 Die Soziale Marktwirtschaft des 20. Jahrhunderts ermöglichte  
595 „Wohlstand für Alle“. Wir halten daran fest, schaffen aber mit  
596 „Chancen für Alle“ die Voraussetzungen, dass sich auch im 21.

597 Jahrhundert die positiven Wirkungen der Sozialen Marktwirtschaft  
598 voll entfalten können. Dafür stärken wir die Stärken unseres Lan-  
599 des: Tüchtigkeit bei der Bewältigung der Herausforderungen, Ver-  
600 trauen in die eigene Kraft, soziale Verantwortung und Gemeinsinn.

### 601 **Frei leben**

602 56. In Zeiten, in denen Vieles in Bewegung gerät, müssen wir alle  
603 den Mut zur Freiheit aufbringen. Ohne Freiheit können Chancen  
604 nicht genutzt werden. Wir müssen auf die Kraft der Freiheit und da-  
605 mit auf uns selbst vertrauen, um die Zukunft zu gewinnen.

606 Wir müssen neugierig und kreativ in die veränderte Welt blicken  
607 und die großen Herausforderungen annehmen. Nur mit neuen und  
608 mutigen Ideen – mit wissenschaftlichen, kulturellen, sozialen, wirt-  
609 schaftlichen, politischen – werden wir das Land bleiben können, in  
610 dem wir gut und gerne leben.

611 Der Staat soll Freiheit sichern. Dazu muss er sich oft mehr zurück-  
612 nehmen, manchmal aber stärker hervortreten, etwa um die Chancen  
613 unserer Jugend zu fördern.

### 614 **Sicher leben**

615 57. In Zeiten, in denen Vieles in Bewegung gerät, brauchen die Men-  
616 schen Vertrauen auf ein Leben in Sicherheit. Es ist Aufgabe der Po-  
617 litik, für die Menschen Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen  
618 sie ein sicheres Leben führen können.

619 Sicherheit hat heute viele Dimensionen. Die Stärkung der Familie  
620 und des Zusammenhalts der Generationen, die Verbesserung von  
621 Erziehung und Bildung sowie die Erneuerung der Sozialen Markt-  
622 wirtschaft schaffen die Bedingungen für soziale Sicherheit. Sozial  
623 sicher lebt, wer sich auf Solidarität verlassen kann, wem immer  
624 wieder Chancen eröffnet werden, auch neue Chancen, an der glo-  
625 balen Wissensgesellschaft teilzuhaben.

626 Kulturelle Identität bietet den Menschen in unserem Land die Si-  
627 cherheit, aus der heraus sie die Kraft zur Gestaltung ihrer Zukunft  
628 schöpfen. Wenn wir uns dessen versichern, was uns leitet, dann  
629 gewinnen wir inneren Halt, um Freiheit in Verantwortung wahrneh-  
630 men zu können. Die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern  
631 auf der Basis der Leitkultur in Deutschland ist ein wichtiger Beitrag  
632 zur kulturellen Sicherheit.

633 Das Ziel unserer Politik der inneren Sicherheit ist es, mit Augenmaß  
634 die Möglichkeiten des Staates zur Gefahrenabwehr und Kriminali-  
635 tätsbekämpfung zu erweitern. Angesichts weltweiter Bedrohungen  
636 unserer Art zu leben ist sie kaum mehr von einer Politik der äußeren  
637 Sicherheit zu trennen. Innere und äußere Sicherheit müssen daher  
638 zusammenhängend betrachtet werden.

639 Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, zu dem auch der  
640 schonende Umgang mit unserer Umwelt und unserem Klima gehört,  
641 eröffnet für nachfolgende Generationen die Perspektive, sicher le-  
642 ben zu können.

643 58. Die CDU steht für eine Gesellschaft, in der Freiheit, Solidarität  
644 und Gerechtigkeit gelebt werden. Wenn die Grundwerte im richtigen  
645 Verhältnis zueinander stehen, ist auch das Bedürfnis der Menschen  
646 nach Sicherheit erfüllt. Freies und sicheres Leben verwirklicht sich  
647 in der Chancengesellschaft.

### 648 **III. STARKE FAMILIEN – MENSCHLICHE GESELLSCHAFT**

#### 649 **1. Neue Lebensverläufe – Neues Miteinander der Generationen**

650 59. Nicht nur die äußeren Verhältnisse haben sich verändert, son-  
651 dern auch der Charakter der Lebensphasen und die Rolle der Gene-  
652 rationen. Das Leben früherer Generationen hat sich in drei Phasen  
653 vollzogen: In der Jugend lernte man und bereitete sich auf ein ei-  
654 genständiges Leben vor. Als Erwachsener hatte man einen Beruf  
655 und davon abgeleitet soziale Sicherheit. Im Alter ruhte man sich von  
656 den Mühen des Lebens aus und genoss den verdienten Ruhestand.  
657 Eine sensible und zukunftsorientierte Politik muss Antworten su-  
658 chen, die den neuen Lebensverläufen der Menschen entsprechen  
659 und dabei berücksichtigen, dass man heute älter wird und dabei  
660 gesünder bleibt.

661 60. Junge Menschen haben weniger als früher die Chance, das ge-  
662 sellschaftliche Miteinander schon in der Familie einzuüben. Unter-  
663 schiedliche Lebensentwürfe, die früher durch verschiedene Le-  
664 bensarten und berufliche Ausrichtungen in einer Großfamilie ganz  
665 selbstverständlich waren, stehen immer seltener als vielfältige fa-  
666 miliäre Vorbilder bereit, an denen sich Jugendliche orientieren kön-  
667 nen. Die junge Generation braucht für ein gelingendes Leben nicht  
668 nur viel Wissen, sondern auch soziale Kompetenzen, damit sie ihr  
669 Leben meistern kann. Auch in der Jugend gilt: jeder muss sich an-  
670 strengen, so gut er kann. Eine Politik, die Menschen zu Eigenver-  
671 antwortung und Solidarität motiviert, handelt sozial.

672 61. Durch die Länge von Schul-, Berufsausbildung und Studium  
673 rückt die Existenz- und Familiengründung zeitlich eng zusammen.  
674 Gleichzeitig ruht auf der Generation der Erwachsenen eine beson-  
675 dere Verantwortung für das Funktionieren des Zusammenlebens der  
676 Generationen: Sie erziehen die Jugend, kümmern sich um die älte-  
677 ren Familienmitglieder, bringen ihren Anteil in den Generationenver-  
678 trag ein und müssen im höheren Maße als früher für das eigene Al-  
679 ter vorsorgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Kern-  
680 bestandteil christlich demokratischer Politik. Wir wollen, dass die-  
681 jenen, die in unseren Familien Arbeit und Verantwortung über-  
682 nehmen, die breite Unterstützung aus allen Teilen der Gesellschaft

683 erfahren und in den Sozialversicherungen wie im Steuersystem  
684 besser gestellt werden.

685 62. In naher Zukunft lebt etwa ein Drittel der Gesellschaft ein Drittel  
686 ihrer Lebenszeit nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Es  
687 ist falsch, vom Ruhestand zu sprechen. Im Gegenteil, die Älteren  
688 sind eine große Chance und mit ihrer Lebenserfahrung ein gewalti-  
689 ges Kapital für unsere Gesellschaft. Sie sind bereit, sich einzubrin-  
690 gen. Wir wollen mehr und bessere Angebote, um unsere älteren  
691 Mitbürger einzuladen, mit Kindern und Jugendlichen, mit Eltern und  
692 Erwerbstätigen in einer lebendigen Nachbarschaft gemeinsam et-  
693 was zu unternehmen. Jeder hat eine Aufgabe. Alle werden ge-  
694 braucht.

695 63. Ein neues Verständnis einer Gesellschaft des langen Lebens  
696 wollen wir für die Gesundheitspolitik. Gesundheitspolitik in einer  
697 alternden Gesellschaft kann nicht nur bedeuten, das Leben mit Hilfe  
698 der Hochleistungsmedizin zu verlängern, sondern auch die Lebens-  
699 qualität zu verbessern. Deshalb wollen wir die Prävention zu einer  
700 eigenständigen Säule im Gesundheitswesen ausbauen.

701 Wie wir mit den Pflegebedürftigen umgehen, entscheidet über die  
702 soziale Qualität unseres Gemeinwesens. Auch wer pflegebedürftig  
703 ist, will ein selbstbestimmtes Alter möglichst in der vertrauten Um-  
704 gebung und nicht ausgeschlossen werden. Auch wenn Familien  
705 nicht selbst pflegen können, wollen sie wissen und sich darum  
706 kümmern, dass es ihren Eltern und Großeltern gut geht. Heime und  
707 Pflegekräfte brauchen mehr Unterstützung durch freiwilliges Enga-  
708 gement. Wir wollen eine bessere Kooperation zwischen Familien,  
709 Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der  
710 Nachbarschaft.

711 64. Ein neues Verständnis vom Alter bestimmt unsere Politik zum  
712 Ende der Erwerbsarbeit. Viele Menschen können und wollen länger  
713 arbeiten. Nicht nur die Gesellschaft und das Ehrenamt, auch die  
714 Wirtschaft und die Unternehmen brauchen in verstärktem Maße das  
715 Wissen, das Engagement und die Tatkraft älterer Menschen. Viele  
716 von ihnen erleben es als eine Form der Altersdiskriminierung, wenn  
717 sie gegen ihren Willen aus dem Arbeitsleben oder einer ehrenamtli-  
718 chen Tätigkeit ausscheiden müssen. Wir wollen mehr Selbstbestim-  
719 mung in diesen Bereichen.

720 65. Im zunehmenden Maße leiden viele Menschen unter einem Man-  
721 gel an Zuwendung und unter Einsamkeit. Es gibt seelische Armut in  
722 reichen Gesellschaften. Menschen brauchen Menschen, damit es  
723 ihnen gut geht, insbesondere in der Kindheit und im späten Alter.

724 66. Die sozialen Fragen von heute sind von einer anderen Qualität  
725 als in der Vergangenheit und sie erfordern eine andere politische  
726 Herangehensweise. Mit traditionellen Methoden allein, wie mehr  
727 Geld, mehr Personal und mehr Vorschriften, ist den neuen sozialen

728 Herausforderungen nur schlecht beizukommen: Ob es sich darum  
729 handelt, die Nachbarschaft und ganze Stadtviertel nicht veröden zu  
730 lassen, Menschen mit Behinderung nicht auszugrenzen, die Integra-  
731 tion von Zuwanderern zu einem Erfolg zu führen – all das erfordert  
732 mehr als staatliche Maßnahmen. Um die großen Fragen unserer Zeit  
733 erfolgreich anzugehen, brauchen wir neu gelebte Solidarität aus der  
734 Mitte der Gesellschaft.

735 67. Die CDU war nie die Partei, die reflexartig vom Staat die Lösung  
736 aller gesellschaftlichen Probleme erwartet hat. Sie ist deshalb bes-  
737 ser als andere dazu in der Lage, Antworten auf die sozialen Heraus-  
738 forderungen zu finden. Das Prinzip der Subsidiarität ist heute aktu-  
739 eller denn je. Die CDU will die kleinen Einheiten stärken, aus denen  
740 beides erwächst: Entfaltung und Zusammenhalt, Eigenverantwor-  
741 tung und Solidarität. Die erste und wichtigste Gemeinschaft ist die  
742 Familie.

## 743 **2. Das Fundament unserer Gesellschaft stärken – Wahlfreiheit für** 744 **Familien schaffen**

745 68. Familien werden immer wichtiger. Familie ist überall dort, wo  
746 Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung  
747 tragen. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt  
748 und der Sinn für Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der Mensch  
749 zur Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwor-  
750 tung. Hier werden Werte gelebt, die sich aus dem christlichen Ver-  
751 ständnis vom Menschen ergeben – seiner unveräußerlichen Würde  
752 und seiner Mitmenschlichkeit.

753 69. Familie ist nicht alleine die junge Familie mit kleinen Kindern  
754 oder Jugendlichen. Sie umfasst alle Generationen. Die Generatio-  
755 nenbeziehungen zwischen Kindern, Eltern, Großeltern und Urgroß-  
756 eltern sind heute wichtiger denn je und müssen gestärkt werden.  
757 Wir schätzen die solidarischen Leistungen von Familien über lange  
758 Zeiträume und unterstützen Familien auch in den späteren Lebens-  
759 abschnitten.

760 70. Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau.  
761 Sie ist die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von  
762 Familie. In der Ehe kommt die gemeinsame Verantwortung von Vä-  
763 tern und Müttern für ihre Kinder verbindlich zum Ausdruck. Auch in  
764 Ehen, die ohne Kinder bleiben, übernehmen Männer und Frauen  
765 dauerhaft füreinander Verantwortung. Deshalb steht die Ehe unter  
766 dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes.

767 71. Ehe und Familie sind das zuverlässigste soziale Netz, wenn  
768 Menschen Menschen brauchen. Familienbeziehungen dauern ein  
769 Leben lang. Noch nie zuvor haben Eltern und Kinder eine so lange  
770 gemeinsame Lebenszeit gehabt wie heute.

771 Dennoch gibt es immer weniger Familien. Gegenwärtig ist jede  
772 nachfolgende Generation um ein Drittel kleiner als die vorherge-  
773 hende. Das ist der Widerspruch unserer Zeit: Eine reiche Gesell-  
774 schaft ist arm an Kindern. Die vielen individuellen Entscheidungen  
775 summieren sich zu einer Entwicklung, die weit reichende Folgen hat  
776 für die Lebensqualität der Menschen wie auch für Wohlstand und  
777 Wohlfahrt der Gesellschaft.

778 72. Zu einem glücklichen Leben gehören für die große Mehrheit  
779 junger Frauen und Männer Familie und Kinder. Kinder binden uns  
780 an das Leben. Wer sich für Kinder entscheidet, glaubt an die Zu-  
781 kunft und beweist Zuversicht und Optimismus. Kinder bereichern  
782 unser Leben. Von einem Bedeutungsverlust der Familie kann keine  
783 Rede sein, ganz im Gegenteil.

784 73. Die Entscheidung für Ehe, Kinder und Familie ist eine persönli-  
785 che Entscheidung, die wir unterstützen: Staat und Gesellschaft dür-  
786 fen aber den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben.

787 74. Aber wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass viele  
788 Familien- und Kinderwünsche in Erfüllung gehen können. Manch  
789 eine aufgeschobene oder aufgehobene Entscheidung, Kinder und  
790 Familie zu haben, hat gesellschaftliche Ursachen, die wir verändern  
791 können und verändern müssen – gerade weil wir Familienwerte en-  
792 gagierte bewahren wollen. Wir wollen Familien stärken und familien-  
793 freundliche Strukturen schaffen.

794 Ziel unserer Familienpolitik ist es, den Familien Gerechtigkeit wider-  
795 fahren zu lassen; ein Leben mit Kind, auch mit mehreren Kindern,  
796 und die Verwirklichung von Kinder- und Familienwünschen zu erle-  
797 ichtern. Wir wollen starke Familien, in denen die Kinder zu starken  
798 Persönlichkeiten heranwachsen, fähig zu Eigenverantwortung und  
799 Solidarität.

800 75. Unsere Politik für die Familien orientiert sich an alten Werten  
801 und neuen Wirklichkeiten. Familien leben nicht für sich allein, sie  
802 sind eingebettet in ein kulturelles und in ein soziales Umfeld, umge-  
803 ben von Strukturen, die ihnen helfen oder aber es ihnen schwer ma-  
804 chen, Familie zu leben - und die wir gestalten können.

#### 805 **Für eine familienfreundliche Gesellschaft**

806 76. In der Familie lernen Menschen soziale Tugenden, wechselsei-  
807 tige Verpflichtungen, Vertrauen und Verantwortung. Hier erfahren  
808 sie das Miteinander der Generationen. Hier werden Menschen ange-  
809 nommen unabhängig von Leistung und Versagen. Familien brau-  
810 chen ein Klima, in dem sie sich entfalten können. Die Familienwerte,  
811 wie wir sie kennen, sind elementar für die Entwicklung des Einzel-  
812 nen, aber auch für den sozialen Zusammenhalt. Familienwerte in  
813 diesem Sinne und aus diesen Gründen zu bewahren, ist uns eine  
814 Verpflichtung.

815 77. Zu dem Klima gehören auch die Anerkennung der gleichen  
816 Entfaltungsrechte der Geschlechter und der Wunsch von jungen  
817 Männern und Frauen nach Entfaltung in Familie und Beruf. Famili-  
818 enwerte verpflichten Frauen und Männer gleichermaßen.

819 78. Es ist das Ziel unserer Familienpolitik, die Voraussetzungen  
820 dafür zu schaffen, dass sich möglichst viele junge Menschen für ein  
821 Leben mit Kindern entscheiden. Es geht deshalb darum, echte  
822 Wahlfreiheit zu schaffen, damit Eltern entscheiden können, ob und  
823 wie sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren. In der bürgerli-  
824 chen Familie des 21. Jahrhunderts werden sich häufig beide Eltern  
825 sowohl um die ökonomische Basis als auch um die emotionale  
826 Qualität der Familie kümmern. Gerade weil Liebe und Zuwendung,  
827 wechselseitige Verantwortung und Verpflichtung in der Familie eine  
828 Zukunft haben sollen, müssen wir Familie neu denken und gestal-  
829 ten. Zu den Familienwerten gehören Hingabe und Verlässlichkeit,  
830 aber auch Respekt vor der Individualität und den Entfaltungswün-  
831 schen des Partners und der Kinder.

832 79. Alle, die Kindern Leben schenken und in anderer Weise Familie  
833 leben, verdienen Respekt und Anerkennung für die große Verant-  
834 wortung, die sie übernehmen. Allein erziehende Mütter und Väter  
835 erbringen diese bedeutende Leistung nicht selten unter besonderen  
836 Schwierigkeiten, bei denen sie Unterstützung brauchen.

837 80. Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in ande-  
838 ren Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen.  
839 Wir erkennen an, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt  
840 werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Dies gilt  
841 nicht nur für nicht-eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und  
842 Männern. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften.  
843 Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Dis-  
844 kriminierung. Eine Gleichstellung mit der Ehe zwischen Mann und  
845 Frau als Kern der Familie lehnen wir jedoch ebenso ab wie ein  
846 Adoptionsrecht für Homosexuelle.

#### 847 **Familien-Zeit einräumen**

848 81. Familien brauchen Zeit: Eltern für die Kinder, Kinder für die El-  
849 tern – Zeit für Zuwendung und Fürsorge, Zeit für gemeinsame Akti-  
850 vitäten und individuelle Interessen. Wir wollen keine Gesellschaft, in  
851 der nur ökonomische Interessen zählen. Deshalb haben wir das El-  
852 terngeld eingeführt. Mehr Eltern haben dadurch die Chance, sich  
853 ihrem Kind im ersten Lebensjahr ohne finanzielle Sorgen und ge-  
854 meinsam zu widmen, ohne die berufliche Perspektive aus den Au-  
855 gen zu verlieren. In einer nächsten Stufe gilt es, die Vereinbarkeit  
856 von Familie und Beruf auch mit Blick auf die Pflege von Eltern oder  
857 Großeltern zu schaffen.

858 82. Wichtiger als manch staatliche Maßnahme für den Alltag der  
859 Familien ist eine moderne und familienfreundliche Arbeitszeit in  
860 Wirtschaft und Unternehmen. Viele Unternehmen, große, kleine und

861 mittlere, haben längst bewiesen, dass Rücksicht auf Kinder und  
862 Familien möglich ist und für beide Seiten einen Gewinn bringt. Eine  
863 familienfreundliche Arbeitswelt macht Betriebe und Unternehmen  
864 attraktiv für die besten Köpfe und stärkt Bindung und Loyalität. Wir  
865 erkennen die Leistung der Tarifparteien auf diesem Gebiet an und  
866 fordern sie auf, Grundsätze und Strategien für eine bessere Balance  
867 von Arbeit und Leben in den Tarifverträgen zu verankern. Wir brau-  
868 chen familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte  
869 Familien.

870 83. Familie und Beruf zu vereinbaren, darf nicht allein als Aufgabe  
871 von Frauen wahrgenommen werden. Väter, die die Erziehung ihrer  
872 Kinder übernehmen, müssen die gleiche gesellschaftliche Anerken-  
873 nung erhalten wie Mütter. Partnerschaftliche Aufteilung von Erzie-  
874 hungsarbeit erfüllt das Bedürfnis des Kindes nach Mutter und Vater  
875 und kann ein Schlüssel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
876 sein.

### 877 **Mehr Familiengerechtigkeit**

878 84. Nicht zuletzt brauchen Familien finanzielle Unterstützung.  
879 Familienförderung ist unserem Verständnis nach keine soziale  
880 Wohltat, sondern ein gerechter Ausgleich für die enormen Leistun-  
881 gen, die die Familien erbringen und eine Investition in die Zukunft  
882 der Gesellschaft. Indem sie Wahlmöglichkeiten eröffnet, wo mate-  
883 rielle Zwänge herrschen, kommt sie den Kindern zugute und trägt  
884 zugleich zur Stärkung von familiärer Verantwortung bei. Vorausset-  
885 zung ist, dass die finanzielle Förderung von Familien effizienter und  
886 für die Familien überschaubarer wird. Wir wollen alle Maßnahmen in  
887 einer Familienkasse bündeln.

888 85. Die Ehe soll als partnerschaftliche Verantwortungsgemeinschaft  
889 und Kern der Familie auch künftig steuerlich gefördert werden. Wir  
890 treten aber dafür ein, das Ehegattensplitting zu einem Familiensplit-  
891 ting zu erweitern, damit die besonderen Belastungen von Familien  
892 mit Kindern besser ausgeglichen werden. Familien mit Kindern  
893 müssen steuerlich besser gestellt sein als Kinderlose. Im Familien-  
894 splitting bleibt das Ehegattensplitting erhalten. Zudem sollen alle  
895 Familien mit Kindern einen Splitting-Vorteil haben. Außerdem müs-  
896 sen gezielte Anreize gesetzt werden, damit sich Eltern für mehrere  
897 Kinder entscheiden. Wir brauchen nicht nur mehr Familien in der  
898 Gesellschaft, sondern auch mehr Kinder in den Familien. Gerade  
899 Eltern, die sich für drei oder mehr Kinder entscheiden, brauchen  
900 besondere Unterstützung.

901 86. Eltern üben zugunsten ihrer Kinder Verzicht. Dies kommt der  
902 ganzen Gesellschaft zugute. Deshalb müssen Eltern in der gesetzli-  
903 chen Rentenversicherung grundsätzlich besser gestellt werden als  
904 kinderlose Versicherte.

905 **Unsere Zukunft: Kinder**

906 87. Kinder brauchen Kinder, um sich zu entfalten und soziale  
907 Tugenden zu lernen. Wir wollen auch deshalb den bedarfsgerechten  
908 Ausbau von Einrichtungen für Kinder aller Altersklassen, in denen  
909 diese auf Wunsch der Eltern flexibel und verlässlich betreut werden  
910 und die zugleich einen Beitrag zu Erziehung und Bildung leisten.  
911 Den Kindergartenbesuch wollen wir mittelfristig beitragsfrei anbie-  
912 ten; Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung.  
913 Familien brauchen Entlastung und eine unterstützende soziale Inf-  
914 rastruktur. Damit Familien und Kinder sich gut entwickeln können,  
915 müssen Eltern und Kindertagesstätten, Schule und Jugendhilfe  
916 besser als gegenwärtig zusammenwirken.

917 88. Recht und Pflicht zur Erziehung der Kinder liegen in erster Linie  
918 bei den Eltern. Der Staat kann und soll die Erziehungsleistung der  
919 Eltern nicht ersetzen. Er muss aber leicht zugängliche Angebote der  
920 Erziehungsberatung und -hilfe vorhalten und im Bedarfsfalle mit  
921 aufsuchender Elternarbeit Unterstützung leisten. Er muss darüber  
922 hinaus seiner Schutzpflicht Kindern gegenüber gerecht werden.  
923 Gewalt gegen Kinder und ihre Verwahrlosung dürfen in unserer Ge-  
924 sellschaft nicht hingenommen werden.

925 89. Kinder sind unsere Zukunft. Deutschland muss wieder ein Land  
926 werden, in dem das Leben mit Kindern leichter und selbstverständ-  
927 licher wird. Das ist eine Aufgabe, die alle angeht.

928 **IV. BILDUNGS- UND KULTURNATION DEUTSCHLAND –**  
929 **ANTWORTEN AUF DIE WISSENSGESELLSCHAFT**

930 **1. Mehr Bildung für alle. Von Anfang an, ein Leben lang**

931 90. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und  
932 hat überragende Bedeutung für die Werte, die wir bewahren – und  
933 für die Werte, die wir entfalten wollen. Nur bessere Bildung für mehr  
934 Menschen wird Wohlstand nachhaltig sichern. Sie wird es ermögli-  
935 chen, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen und die  
936 Chancen des Wandels zu ergreifen.

937 91. Die Freiheit und die Würde des Menschen, der Reichtum und die  
938 Fülle menschlicher Möglichkeiten kommen erst zur Entfaltung,  
939 wenn die Talente und Fähigkeiten junger Menschen von Anfang an  
940 gefördert und entwickelt werden. Leistungsfähigkeit entwickelt sich  
941 am besten in einem Klima der Neugier und des Entdeckergeistes.

942 92. Die soziale Herkunft junger Menschen darf nicht über ihre Zu-  
943 kunft entscheiden. Aufstieg durch Bildung, lautet unser gesell-  
944 schaftspolitisches Ziel. Alle müssen einbezogen, keiner darf zu-  
945 rückgelassen werden. Armut beginnt allzu oft als Bildungsarmut.  
946 Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist ein Gebot der  
947 Chancengerechtigkeit.

948 93. Die soziale Sicherheit und der gesellschaftliche Zusammenhalt  
949 erfordern, dass wir Kinder zu starken Persönlichkeiten heranbilden,  
950 die Vertrauen haben in ihre eigenen Fähigkeiten, soziale Rücksicht  
951 lernen und fähig sind zu Eigenverantwortung und Solidarität.

952 94. Durch ein freies, gerechtes und leistungsfähiges Bildungswesen  
953 werden wir jene Werte schaffen können, die Wohlstand nachhaltig  
954 sichern. Für moralische wie für ökonomische Werte ist Bildung  
955 von strategischer Bedeutung.

956 95. Eine Wissensgesellschaft lebt davon, möglichst jede Begabung  
957 zu entdecken und von früh an zu fördern: Es kann gar nicht genug  
958 gut ausgebildete Menschen geben. Wenn Menschen länger leben  
959 und arbeiten, ist es ein Gebot ökonomischer und sozialer Vernunft,  
960 in allen Phasen des Lebens neue Kompetenzen zu erwerben. Lebenslanges  
961 Lernen wird zur besten Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens.  
962 Wenn sich das Wissen rascher als früher erneuert und künftige Berufe  
963 anspruchsvoller werden, dann ist die Frage einer optimalen Bildung und  
964 Ausbildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.  
965

966 96. Um sie zu beantworten, orientieren wir uns an mehreren Leitlinien.  
967 Wir wollen mehr Differenzierung, mehr Flexibilität und Durchlässigkeit  
968 im Bildungswesen. Wir wollen Qualität und Leistung auf allen Gebieten  
969 verbessern und werden deshalb neue Wege gehen: verbindliche nationale  
970 Standards für alle und eine öffentlich wirksame Evaluierung, verbunden  
971 mit mehr Autonomie für die Schulen. Wir wollen das Lernen in und mit  
972 der Praxis aufwerten und den Bildungsbegriff so erweitern, dass er den  
973 alten Idealen wie auch den neuen Notwendigkeiten gerecht wird. Wir  
974 wollen Bildung von Anfang an und ein Leben lang, und das aus humanen,  
975 sozialen und ökonomischen Gründen. Es ist, bei Kindern wie bei  
976 Erwachsenen, besser, gerechter und ökonomischer, in Bildung und  
977 Weiterbildung zu investieren, als zu versuchen, durch Transferzahlungen  
978 oder soziale Maßnahmen Fehlentwicklungen zu korrigieren. Oft genug  
979 gelingt dies auch nicht mit viel Geld. Deshalb orientieren wir uns an  
980 der Maxime: Prävention statt Reparatur.  
981

#### 982 **Bildung von Anfang an**

983 97. Kinder und junge Menschen sind kreativ, wenn man ihnen eine  
984 entsprechende Umgebung bietet. Wir wollen deshalb neue und anregende  
985 Bildungsorte für Kinder schaffen. Eine stärkere Verzahnung von  
986 frühkindlicher und schulischer Bildung ist nötig. Die Trennung von  
987 Bildung und Betreuung halten wir für künstlich und nicht mehr  
988 zeitgemäß. Kinder brauchen frühzeitig eine anregende Umgebung,  
989 in der sie die Welt erforschen und entdecken können. Kindertagesstätten  
990 sind Bildungseinrichtungen. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen  
991 dafür schaffen, dass die Drei- bis Zehnjährigen individuell  
992 entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden.  
993 Wir wollen auch deshalb den bedarfsgerechten Ausbau von  
994 Einrichtungen für Kinder aller Altersklassen, in denen

995 diese auf Wunsch der Eltern flexibel und verlässlich betreut werden  
996 und die zugleich einen Beitrag zu Erziehung und Bildung leisten.

997 98. Das gegliederte Schulsystem hat sich als erfolgreich erwiesen  
998 und vielfältig entwickelt. Unsere Devise lautet: Für jeden Abschluss  
999 einen Anschluss. Es müssen die richtigen Rahmenbedingungen  
1000 geschaffen werden, damit die Schulen stetig besser und den Schü-  
1001 lern gerecht werden. Jeder Schüler kann etwas und hat eine Schule  
1002 verdient, die es schafft, seine Stärken zu stärken. Wir erwarten,  
1003 dass eine Schule unter ähnlichen Bedingungen keine schlechtere  
1004 Bilanz aufweist als vergleichbare Schulen.

1005 99. Für den Wettbewerb der Schulen um die beste Bildung wollen  
1006 wir neue Wege gehen. Wir wollen verbindliche Standards am An-  
1007 fang und eine wirksame, öffentlich sichtbare Evaluierung, dann aber  
1008 auch mehr Freiheit und Autonomie für die Schulen, jeweils den bes-  
1009 ten Weg zum Ziel zu finden. Wir müssen einen neuen Schwerpunkt  
1010 auf eine fundierte empirische Bildungsforschung und eine kontinu-  
1011 uierliche Bildungsberichterstattung legen. Beschlossene Bildungs-  
1012 standards müssen in allen sechzehn Ländern konsequent umge-  
1013 setzt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern muss  
1014 Vergleichbarkeit und Mobilität ermöglichen. Wir halten an der öf-  
1015 fentlichen Verantwortung für das Schul- und Bildungswesen fest,  
1016 Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtba-  
1017 rer Bestandteil dieses Bildungswesens.

1018 100. Mehr Eigenverantwortung der Schulen ist der bessere Weg,  
1019 dieser Verantwortung gerecht zu werden und die Schulen zu befä-  
1020 higen, ihren Auftrag umfassend zu erfüllen. Lehrer leisten einen  
1021 herausragend wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Ihre Aus-  
1022 bildung ist der Schlüssel für die erzieherische Kraft der Schule. Ne-  
1023 ben der differenzierten fachlichen Ausbildung muss die pädagogi-  
1024 sche Praxis im Mittelpunkt stehen. Aus- und Fortbildungen müssen  
1025 die im Studium erworbenen Kompetenzen regelmäßig ergänzen und  
1026 aktualisieren.

1027 101. Der Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung  
1028 von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und  
1029 soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Ach-  
1030 tung vor Demokratie und Rechtsstaat muss immer wieder neu ver-  
1031 mittelt werden. Politische Bildung ist unverzichtbar, Musische und  
1032 religiöse Bildung sind notwendig für eine ganzheitliche Entwicklung  
1033 der Persönlichkeit. Die CDU tritt dafür ein, dass christlicher Religi-  
1034 onsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Wahlpflichtfächer  
1035 zählt. Neben dem christlichen soll bei Bedarf auch Religionsunter-  
1036 richt in anderen Weltreligionen in deutscher Sprache und unter  
1037 staatlicher Schulaufsicht angeboten werden.

1038 102. Bildung beginnt nicht erst in der Schule, und sie hört nicht mit  
1039 der Schule auf. Die eigentliche Schul- Bildungs- und Ausbildungs-  
1040 phase in der Jugend muss kürzer werden, früher beginnen und frü-

1041 her enden, dafür aber immer wieder durch Bildungsphasen im wei-  
1042 teren Lebensverlauf ergänzt werden. Die Fähigkeit, lebenslang zu  
1043 lernen, muss am Lebensanfang begründet, in Schule und Ausbil-  
1044 dung gefördert und durch eine hochwertige und sinnvolle Weiter-  
1045 bildung in allen Phasen des Lebens ergänzt werden. Hierzu gehört  
1046 auch die Verantwortung der Unternehmen, jungen Menschen Aus-  
1047 bildungsplätze anzubieten und die Fort- und Weiterbildung von Mit-  
1048 arbeitern zu ermöglichen.

#### 1049 **Vielfalt, Differenzierung und Flexibilität**

1050 103. Zu den Stärken unseres Bildungswesens gehört die Vielfalt an  
1051 Lernkonzepten und Lernwegen. Wir bekennen uns zu einem bega-  
1052 bungsgerechten, differenzierten Schulwesen, das sowohl praxis- als  
1053 auch theorieorientierte Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet. Die ver-  
1054 schiedenen Wege müssen dabei so durchlässig und flexibel wie  
1055 möglich bleiben. Spitzenleistungen sind für die Zukunft unseres  
1056 Landes von großer Bedeutung. Hochbegabte müssen entsprechend  
1057 gefördert werden.

1058 104. Die CDU befürwortet den bedarfsgerechten Ausbau von Ganz-  
1059 tagsschulen unter Einbeziehung von Vereinen und ehrenamtlichem  
1060 Engagement. Wir verbinden damit die Erwartung, dass die Ganz-  
1061 tagsschulen einen pädagogisch strukturierten Tagesrhythmus bie-  
1062 ten, der sowohl die herkömmlichen Schulfächer als auch Gesund-  
1063 heitserziehung und Sport, musisch-künstlerische Tätigkeiten und  
1064 die Vermittlung von sozialen Kompetenzen umfasst.

1065 105. Lernschwache und Menschen mit Behinderung brauchen  
1066 Förderung und Hilfen, die auf ihre individuellen Bedürfnisse einge-  
1067 hen. Das selbstverständliche Miteinander von Behinderten und  
1068 Nichtbehinderten, ihren Stärken und Schwächen, ist Kindern schon  
1069 früh zu vermitteln, damit Barrieren in den Köpfen und im Verhalten  
1070 gar nicht erst entstehen.

#### 1071 **Qualität und Leistung**

1072 106. Wir wollen, dass Qualität und Leistung wesentliche Kriterien  
1073 für das gesamte Bildungswesen sind. In dem Prinzip „Fordern und  
1074 Fördern“ sehen wir eine allgemeine Maxime für das pädagogische  
1075 und bildungspolitische Handeln. Sinn und Zweck aller Anstrengun-  
1076 gen ist es, bei allen jungen Menschen die Stärken zu stärken, ihren  
1077 Glauben an sich und ihre Fähigkeiten zu fördern, sie immer wieder  
1078 die nützliche Erfahrung machen zu lassen, etwas erreichen zu kön-  
1079 nen.

1080 Diese Prinzipien und Maximen gelten nach unserem Verständnis für  
1081 alle, so vielfältig die Unterschiede nach Talenten, Herkunft oder Be-  
1082 gabungen auch sein mögen. Wer von anderen etwas fordert oder  
1083 ihnen etwas zutraut, was sie leisten können, handelt sozial.

1084 107. Wir wollen deshalb mehr und bessere Bildung für alle. Darüber  
1085 hinaus wollen wir möglichst viele Schüler und Schülerinnen zu

1086 Spitzenleistungen befähigen. Die verbindliche und überprüfbare  
1087 Festlegung von Schlüsselkompetenzen und Lerninhalten in Kern-  
1088 curricula leistet hierfür einen entscheidenden Beitrag.

1089 108. Bildung für alle, soziale Durchlässigkeit und Spitzenleistungen  
1090 sind nur denkbar mit Sprachkompetenz. Sprache ist der Schlüssel  
1091 für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf und in die  
1092 Gesellschaft. Ein zunehmender Anteil der Kinder, insbesondere mit  
1093 Migrationshintergrund, verfügt nur über ungenügende Deutsch-  
1094 kenntnisse. Damit alle Kinder vom ersten Tag in der Schule mit-  
1095 sprechen und gleichberechtigt an Bildung und Ausbildung teilha-  
1096 ben können, brauchen wir eine gezielte Sprachförderung im Kinder-  
1097 garten, verbindliche Sprachtests vor der Einschulung und schulbe-  
1098 gleitende Sprachprogramme. Hierbei ist das Elternhaus intensiv  
1099 einzubeziehen. Gleichzeitig sollen die Mehrsprachigkeit und die in-  
1100 terkulturelle Kompetenz dieser Kinder stärker erkannt und gezielt  
1101 gefördert werden. Für alle Schüler gilt: Neben der deutschen Spra-  
1102 che sollen alle ab der ersten Klasse mindestens eine Fremdsprache  
1103 erlernen.

1104 109. Die Qualität der Hochschulausbildung und damit auch die  
1105 Qualifikation von Hochschulabsolventen und Forschern sind von  
1106 entscheidender Bedeutung in der Wissensgesellschaft. Wir wollen  
1107 Qualifikationsvorsprünge sichern und Deutschlands Stellung als  
1108 international anerkannte Talentschmiede weiterentwickeln. Dieses  
1109 Ziel zu erreichen, setzt ein differenziertes System von Universitäten,  
1110 Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunst-  
1111 hochschulen sowie privaten Hochschulen voraus. Jeder Hochschul-  
1112 typ soll in seiner Entwicklung gefördert werden. Damit staatliche  
1113 Hochschulen ihren Aufgaben gerecht werden können, bedarf es  
1114 einer angemessenen Grundausrüstung aus dem Staatshaushalt.  
1115 Mit sozialverträglichen Studiengebühren sollen die Hochschulen  
1116 ihre Lehrangebote gezielt verbessern und besondere Lehrprofile  
1117 entwickeln können. Exzellenz auch in der Lehre muss zum Selbst-  
1118 verständnis deutscher Hochschulen gehören.

1119 Jeder Studierende muss ermutigt werden, seine Stärken weiter zu  
1120 entwickeln, sei es bei praxisorientierten Studiengängen oder bei der  
1121 wissenschaftlichen Ausbildung und in der Forschung. Ein Wechsel  
1122 zwischen den Hochschultypen muss bei entsprechender Qualifika-  
1123 tion möglich sein. Verstärkter internationaler Studierendenaus-  
1124 tausch fördert den Erwerb von Schlüsselqualifikationen, die später  
1125 dem Wirtschaftsstandort Deutschland zugute kommen werden.

1126 110. Die Einheit von Forschung und Lehre bleibt eine wesentliche  
1127 Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der deutschen Hochschu-  
1128 len. Damit sie diesen Weg fortsetzen können, muss universitäre  
1129 Spitzenforschung gefördert und der Wettbewerb der Hochschulen  
1130 weiter gestärkt werden. Wir wollen für die Hochschulen mehr Frei-  
1131 heit und Eigenverantwortung und weniger staatliche Vorgaben. Wir

1132 werden die Spitzen- und die Grundlagenforschung von bürokrati-  
1133 schen Fesseln befreien.

#### 1134 **Praktisches Wissen und Können**

1135 111. Wir wollen Theorie und Praxis wieder in ein vernünftiges  
1136 Gleichgewicht bringen. Viele praktische Berufe brauchen in Zukunft  
1137 mehr theoretisches Wissen als früher. In vielen akademischen Beru-  
1138 fen ist es von Vorteil, früher und intensiver mit der Praxis in Berüh-  
1139 rung zu kommen. Wir wollen das Lernen in und mit der Praxis auf-  
1140 werten. Berufsakademien und Fachhochschulen sind auch deshalb  
1141 eine Erfolgsgeschichte, weil ihnen diese wechselseitige Durchdrin-  
1142 gung von Theorie und Praxis, Beruf und Studium besonders gut  
1143 gelungen ist.

1144 112. Für die berufliche Bildung in Deutschland ist das duale System  
1145 das Modell zur Verbindung von Theorie und Praxis. Es ist ein  
1146 Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Betriebe und Schu-  
1147 len tragen in ihrer gemeinsame Verantwortung für die Ausbildung. Sie  
1148 bietet Grundlagen für Einstiegs- und Aufstiegschancen und für das  
1149 lebenslange berufliche Lernen.

1150 Manche junge Menschen sind nicht in der Lage, auf Anhieb eine  
1151 reguläre Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren. Ihnen wird  
1152 heute zu oft bescheinigt, was sie nicht können, statt ihnen zu be-  
1153 scheinigen, was sie können. Für uns gilt: Jeder kann etwas. Des-  
1154 halb brauchen leistungsschwächere Jugendliche zusätzliche Ein-  
1155 stiegschancen, die zu arbeitsmarktverwertbaren und bescheinigten  
1156 Qualifikationen führen und Anschlüsse offen halten. Jeder Einstieg  
1157 in Ausbildung ist besser als keine Ausbildung.

1158 Dazu brauchen wir flexible Wege in der dualen Ausbildung. Hierzu  
1159 dienen insbesondere Ausbildungsbausteine als abgegrenzte und  
1160 standardisierte Lerneinheiten, die eigenständig bescheinigt und als  
1161 Ausbildungsleistung angerechnet werden können. Daneben ist die  
1162 Zusammenarbeit zwischen den allgemeinbildenden Schulen und  
1163 den Einrichtungen der beruflichen Bildung zu verstärken. Die duale  
1164 Ausbildung soll auch dadurch attraktiver werden, dass Absolventen  
1165 einer beruflichen Ausbildung der Zugang zu einem Hochschulstu-  
1166 dium ermöglicht wird.

1167 113. Junge Menschen entfalten ihre kreative Kraft, wenn sie sich am  
1168 Beginn ihres Berufslebens gebraucht und ermutigt fühlen. Die  
1169 Rahmenbedingungen müssen deshalb so gestaltet sein, dass die  
1170 Betriebe und öffentlichen Institutionen mehr als bislang bereit sind,  
1171 Ausbildungsplätze anzubieten. Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit,  
1172 Verantwortungsbewusstsein und gezielte Anreize statt auf staatli-  
1173 chen Zwang.

1174 114. Zu den Anforderungen der Arbeitswelt gehört es, mobil zu  
1175 sein. Deshalb brauchen wir einen europäischen Bildungsraum, in

1176 dem Ausbildungsgänge und Bildungsabschlüsse vergleichbar sind  
1177 und gegenseitig anerkannt werden.

### 1178 **Bildung ganzheitlich**

1179 115. Wir sind im Bildungswesen einem großen Erbe verpflichtet.  
1180 Bildung ist die Anregung aller Kräfte des Menschen, damit dieser  
1181 sich entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität  
1182 und Persönlichkeit entwickeln kann. Wir werden das Bildungswesen  
1183 bewahren, indem wir es erneuern. Gerade in einer unübersichtli-  
1184 chen, aber chancenreichen Zeit gewinnt die Allgemeinbildung eine  
1185 neue Bedeutung. Und wir wollen das Wissen darum lebendig halten,  
1186 dass Ideen und Ideale ihren eigenen Wert besitzen. Zugleich werden  
1187 wir an unseren Schulen die ökonomische und die naturwissen-  
1188 schaftliche Bildung verstärken.

1189 Wahr ist aber auch, eine Bildungs- und Forschungspolitik, deren  
1190 Horizont nur die praktische Verwertbarkeit kennt, wird auch diese  
1191 verfehlen. Wohlstand für alle durch Bildung für alle wird es nur ge-  
1192 ben, wenn Bildung ihren Sinn und Zweck in sich selber trägt.

### 1193 **2. Neugieriges Deutschland: Forschung sichert Wohlstand**

1194 116. Wissenschaft und Forschung entscheiden über den materiellen  
1195 und immateriellen Wohlstand einer Gesellschaft. Der Ideenreichtum  
1196 und die Kreativität der Menschen sind wesentliche Vorteile  
1197 Deutschlands im globalen Wettbewerb. Nur mit Entdeckergeist und  
1198 Erfindungsreichtum können wir überzeugende Antworten auf die  
1199 Frage geben, wovon und wie wir morgen leben wollen. Neue Ideen  
1200 für künftigen Wohlstand erfordern zum einen den höheren Stellen-  
1201 wert der Forschung im öffentlichen Bewusstsein und zum anderen  
1202 die Umsetzung in marktfähige Produkte in Deutschland.

1203 117. Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Wissenschaft und For-  
1204 schung. Chancen und Risiken der Forschung sind gewissenhaft  
1205 abzuwägen. Die Freiheit der Forschung findet ihre Grenzen dort, wo  
1206 die unantastbare Würde des Menschen berührt oder die Schöpfung  
1207 gefährdet ist.

1208 118. Deutschland nimmt auf vielen Gebieten der Forschung eine  
1209 internationale Spitzenposition ein, die es auszubauen gilt. Auch die  
1210 Grundlagenforschung, die in erster Linie dem Erkenntnisgewinn  
1211 und nicht wirtschaftlichem Nutzen dient, bedarf der besonderen  
1212 staatlichen Unterstützung. Die Forschung an Hochschulen hat vor-  
1213 rangigen Anspruch auf Forschungsförderung, weil hier auch der  
1214 größte Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgebildet wird.

1215 119. Neue Ideen führen dann zu künftigem Wohlstand, wenn eine  
1216 stärkere Umsetzung von grundlegenden Erkenntnissen in konkrete  
1217 Anwendungen, insbesondere in marktfähige Produkte und Dienst-  
1218 leistungen gelingt. Zukunftsorientiertes Forschen verlangt nach der  
1219 Vernetzung und strategischen Allianzen von Grundlagen – und an-

1220 gewandter Forschung, von Hochschulen, Forschungseinrichtungen  
1221 und Wirtschaft. Innovationsleistungen sind meist nicht mehr geniale  
1222 Entdeckungen Einzelner. Nationale Grenzen werden durch interna-  
1223 tionale Forschungsk Kooperationen und Unternehmen aufgehoben.  
1224 Deshalb müssen wir die Kräfte auf allen Ebenen stärker bündeln.

1225 120. Zur Experimentierfreude gehört das Denken über Fachgrenzen  
1226 hinweg. Die Probleme und Herausforderungen unserer Zeit erfor-  
1227 dern in zunehmendem Maße interdisziplinäre Ansätze. Zukunftsori-  
1228 entierte Lösungen entstehen im Zusammenwirken von Geistes-,  
1229 Sozial-, Wirtschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften und damit  
1230 in fachübergreifenden Forschungsprojekten.

1231 121. Wissenschaft, Wirtschaft und Staat tragen gemeinsam Verant-  
1232 wortung für Innovationen und für die Zukunft des Technologie- und  
1233 Forschungsstandortes Deutschland. Die Ausgaben für Forschung  
1234 und Entwicklung sollen bis zum Jahr 2015 auf vier Prozent des Brut-  
1235 toinlandsprodukts gesteigert werden. Hierzu sind entsprechende  
1236 Anstrengungen des Bundes, der Länder und der Unternehmen in  
1237 Deutschland notwendig. Die Finanzpolitik muss sich dabei als Inno-  
1238 vationmotor verstehen und durch steuerliche Anreize die Rahmen-  
1239 bedingungen für zusätzliche Investitionen schaffen. Sie bilden eine  
1240 wichtige Voraussetzung für mehr Innovationsfähigkeit in Deutsch-  
1241 land.

1242 122. Der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft  
1243 läuft vor allem über innovative Netzwerke. Der gegenseitige Aus-  
1244 tausch zwischen Wissenschaftlern, Unternehmern und Kapitalge-  
1245 bern muss als vitales Element unseres Forschungssystems ausge-  
1246 baut und gestärkt werden. Ausgründungen aus den Hochschulen  
1247 und damit die Schaffung neuer wissens- und technologiebasierter  
1248 Unternehmen sowie die Ansiedlung innovationskräftiger Unterneh-  
1249 men insbesondere aus dem Ausland, müssen gefördert und unter-  
1250 stützt werden. Insbesondere bei Hochtechnologieunternehmen ist  
1251 der Weg vom Forschungsergebnis zu einem marktfähigen Produkt  
1252 besonders schwierig und bedarf gezielter Anreize.

1253 123. Insbesondere der Mittelstand, der Deutschlands Wirtschaft  
1254 prägt und die Mehrzahl der Arbeitsplätze in unserem Land schafft,  
1255 verfügt oftmals nicht über eigene Forschungsabteilungen. Für de-  
1256 ren Entwicklung sind Forschungsk Kooperationen besonders wichtig.  
1257 Regionale Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik müssen  
1258 bei der Identifikation und beim Ausbau von Innovationspotentialen  
1259 Unterstützung durch Bund und Länder finden. Ebenso muss die  
1260 Heranführung des Mittelstandes an die europäische Forschungs-  
1261 förderung weiter verstärkt werden.

1262 124. Damit Innovationen gelingen, dürfen Forscher nicht durch  
1263 unnötige bürokratische Hürden behindert werden. Forschung  
1264 braucht flexible Organisationsformen und mehr Experimentier-  
1265 freude bei der Ausgestaltung wissenschaftlicher Institutionen. Frei-

1266 heit und Eigenverantwortung, Exzellenz und Wettbewerb sowie ein  
1267 hohes Ausbildungsniveau sind die Leitlinien der CDU.

### 1268 **3. Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit**

1269 125. Deutschland ist eine europäische Kulturnation, geprägt vor  
1270 allem durch die christlichjüdische Tradition und die Aufklärung.  
1271 Kunst und Kultur formen nicht nur die Identität des Einzelnen, son-  
1272 dern auch die unserer ganzen Nation. Wir wollen das reiche kultu-  
1273 relle Erbe unseres Landes bewahren, das geprägt ist durch die Viel-  
1274 falt seiner Länder und Regionen.

1275 126. Kulturelle Vielfalt gehört zur Lebendigkeit unserer Gesell-  
1276 schaft, trägt zur Lebensqualität in Deutschland bei und fördert die  
1277 Bereitschaft, Neues zu wagen. Unser kulturelles Leitbild ist ein  
1278 weltoffenes Deutschland, das auf der Grundlage seiner Traditionen  
1279 aufgeschlossen ist für die Begegnung mit anderen Kulturen. Die  
1280 kulturelle Vitalität und Attraktivität Deutschlands beruht bis heute  
1281 auch auf dem Austausch mit anderen Völkern und Kulturen.

1282 127. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Staat und Politik sind  
1283 nicht für die Kunst, ihre Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig,  
1284 wohl aber für die Bedingungen, unter denen Kunst und Kultur ge-  
1285 deihen können. Kunst ist eine besondere Form der Auseinanderset-  
1286 zung mit der Wirklichkeit. Sie lebt von Neugier und Wagnis. Die  
1287 Stärkung kreativer Potenziale ist entscheidend auch für die Wettbe-  
1288 werbsfähigkeit Deutschlands. Die Kulturwirtschaft ist ein wichtiger  
1289 Standortfaktor. Die CDU bekennt sich zur Förderung von Kunst und  
1290 Kultur als herausragende öffentliche Aufgabe für Bund, Länder und  
1291 Kommunen. Das gilt für die Bewahrung des kulturellen Erbes  
1292 ebenso wie für die Förderung der zeitgenössischen Kunst. Hierzu  
1293 zählen künstlerische Spitzenleistungen ebenso wie die Breitenkul-  
1294 tur, tradierte ebenso wie populäre Ausdrucksmöglichkeiten sowie  
1295 Beiträge der Vertriebenen, der Spätaussiedler und von Zuwande-  
1296 rern. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unver-  
1297 zichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

1298 128. Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches  
1299 Engagement in der Kulturförderung unersetzlich. Wir wollen die  
1300 Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen,  
1301 Mäzenatentum und Sponsoring weiter verbessern.

1302 129. Lebendige Erinnerung ist Teil unserer Kultur und umfasst für  
1303 uns die gesamte deutsche Geschichte mit allen Höhen und Tiefen.

1304 Prägend für die Bundesrepublik Deutschland sind die Erfahrungen  
1305 aus der Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere die Singularität  
1306 des Holocausts.

1307 Einen besonderen Rang besitzt auch die Aufarbeitung der SED-Dik-  
1308 tatur. Herausragende Bedeutung kommt der friedlichen Revolution

1309 vom Herbst 1989 und der Wiedervereinigung zu. Die Geschichte des  
1310 Kommunismus in der DDR ist nicht lediglich ein ostdeutsches Er-  
1311 eignis, sondern - wie die Geschichte des Nationalsozialismus - Teil  
1312 der deutschen Nationalgeschichte wie der europäischen Ge-  
1313 schichte.

1314 Das gilt auch für das Schicksal der Heimatvertriebenen. Das Geden-  
1315 ken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören in  
1316 den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden  
1317 wir die großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebe-  
1318 nen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen.

1319 Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Freiheits- und Wider-  
1320 standsbewegungen, die Friedens- und Versöhnungsbeiträge und  
1321 die wirtschaftlichen und politischen Aufbauleistungen ist nicht nur  
1322 für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzicht-  
1323 bar, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation  
1324 und ihre demokratische Traditionsbildung. Dazu gehört insbeson-  
1325 dere die Ablehnung jeglicher Form von totalitären und diktatori-  
1326 schen Systemen.

1327 Vor allem Bildung und Wissenschaft, Literatur und Kunst sind auf-  
1328 gerufen, zum Bewusstsein und zur Auseinandersetzung mit der  
1329 ganzen deutschen Geschichte beizutragen.

1330 130. Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst  
1331 keine Kultur. Kulturelle Bildung ist unerlässlich, um dem Einzelnen  
1332 zu helfen, seine Persönlichkeit zu entfalten und an Demokratie und  
1333 Gesellschaft teilzuhaben. Die kulturelle Dimension ist eine wesentli-  
1334 che Voraussetzung zur Vermittlung von Orientierung und Wissen.  
1335 Insbesondere junge Menschen müssen frühzeitig an Kunst und Kul-  
1336 tur herangeführt werden. Nur so können in Zukunft Angebot und  
1337 Nachfrage für künstlerische Berufe und Kultureinrichtungen nach-  
1338 wachsen. Kulturelle Bildung muss in der Familie beginnen und darf  
1339 mit der Schule nicht aufhören. Für die CDU ist kulturelle Bildung ein  
1340 unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich verantworteten und ge-  
1341 förderten Bildungssystems.

1342 131. Die deutsche Sprache ist mehr als ein Mittel der Verständi-  
1343 gung. Sie ist ein herausragendes Merkmal der Kultur unseres Lan-  
1344 des. Sie prägt unser Denken und ist ein die Gesellschaft einigendes  
1345 Band. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung für den  
1346 sorgfältigen Umgang mit der deutschen Sprache.

1347 132. Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik dient der Vermitt-  
1348 lung deutscher Sprache und Kultur und soll den Dialog der Kulturen  
1349 der Welt ebenso fördern wie die Demokratie und Menschenrechte.  
1350 Die Arbeit von Auslandsschulen und Wissenschaftseinrichtungen  
1351 sowie kultureller Mittlerorganisationen für ein authentisches Bild  
1352 unseres Landes im Ausland muss gestärkt werden. Auswärtige Kul-  
1353 turpolitik fördert das Ansehen Deutschlands in der Welt und die

1354 Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen internationalen Partnern  
1355 auch im wirtschaftlichen Bereich.

1356 133. Freie Medien sind ein wesentliches Element unserer demokrati-  
1357 schen Ordnung, ein besonders schützenswertes Kulturgut und ein  
1358 bedeutender Wirtschaftsfaktor mit einer herausgehobenen Verant-  
1359 wortung. In einer sich schnell wandelnden Medienwelt kommt es  
1360 vor allem auf die Sicherung der Vielfalt und Qualität der Medienin-  
1361 halte, aber auch auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit deut-  
1362 scher Medienanbieter an. Im Interesse der Unabhängigkeit der Me-  
1363 dien wie der Politik lehnen wir eine unmittelbare oder mittelbare  
1364 finanzielle Beteiligung von politischen Parteien an Medien ab.

1365 Zur Vielfalt der Medienangebote gehört auch das bewährte duale  
1366 System von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk. Medien-  
1367 politik muss dafür sorgen, dass zwischen privatem und öffentlich-  
1368 rechtlichem Rundfunk ein fairer Wettbewerb stattfinden kann, der  
1369 beiden Systemen angemessene Entwicklungschancen gewährt. Der  
1370 öffentlich-rechtliche Rundfunk muss vor allem eine Grundversor-  
1371 gung mit Bildung, Kultur und Information gewährleisten. Er ist da-  
1372 mit Kulturförderer und Kulturproduzent zugleich. Ihm kommt  
1373 ebenso eine besondere Verantwortung für die Integration und Re-  
1374 präsentation von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer  
1375 Lebenswirklichkeit zu.

1376 134. Medienanbieter und Journalisten sind angesichts ihrer  
1377 besonderen Einflussmöglichkeiten in hohem Maße mitverantwort-  
1378 lich für das gesellschaftliche und kulturelle Leben. Die Vermittlung  
1379 einer grundlegenden Medienkompetenz als Orientierungshilfe ge-  
1380 hört zum Bildungs- und Erziehungsauftrag von Familie, Kindergar-  
1381 ten und Schule. Medienanbieter haben eine Verantwortung vor al-  
1382 lem gegenüber jungen Menschen. Dieser müssen sie durch ent-  
1383 sprechende Selbstverpflichtungen gerecht werden. Der Jugend-  
1384 schutz muss für die jeweiligen Altersstufen stetig weiterentwickelt  
1385 seine Maßstäbe präziser gesetzt und Verstöße spürbar geahndet  
1386 werden.

## 1387 **V. ERNEUERUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IN DER** 1388 **GLOBALISIERTEN WELT**

1389 135. Die Globalisierung ist eine von Menschen gemachte Entwick-  
1390 lung, die wir beeinflussen und gestalten können. Wenn wir darauf  
1391 achten, dass unsere Politik wirtschaftlich vernünftig und sozial ge-  
1392 recht ist, dann ist die Globalisierung nicht das Ende des Sozial-  
1393 staats und der Sozialen Marktwirtschaft. Vielmehr kann sie der Be-  
1394 ginn ihrer weltweiten Akzeptanz sein. Eine neue Wirtschaftspolitik  
1395 muss die Standards der Sozialen Marktwirtschaft international ver-  
1396 ankern. Damit erreicht die Soziale Marktwirtschaft eine neue Dimen-  
1397 sion.

1398 136. Für die CDU basiert die Gestaltung der Globalisierung auf einer  
1399 internationalen Verständigung über Bedingungen einer humanen  
1400 und gerechteren Ordnung für die Welt. Diese muss sicherstellen,  
1401 dass alle Menschen von mehr Freiheit und Wohlstand durch die  
1402 Globalisierung profitieren können. Sie muss dafür sorgen, dass die  
1403 gewonnene wirtschaftliche Freiheit dem Menschen dient.

1404 137. Die Soziale Marktwirtschaft ist für die CDU das Erfolgsmodell,  
1405 das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Freiheit, Wohlstand und  
1406 Sicherheit zu leben. Die CDU bekennt sich zu diesem Wirtschafts-  
1407 und Gesellschaftsmodell auch als Antwort auf die Herausforderun-  
1408 gen der globalisierten Welt.

1409 **1. Grundsätze einer Ordnung für Wohlstand, Teilhabe und Sicher-**  
1410 **heit**

1411 138. Die Soziale Marktwirtschaft geht vom einzelnen Menschen als  
1412 Geschöpf Gottes aus, dessen Würde unantastbar ist. Sie ist eine  
1413 Ordnung, in der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit einander er-  
1414 fordern und ergänzen.

1415 139. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie hat mit  
1416 Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit  
1417 gegen vielfache Widerstände durchgesetzt und die Bundesrepublik  
1418 Deutschland mit ihr erfolgreich gemacht. Die CDU lehnt kollektivistische  
1419 Ansätze genau so ab wie einen Liberalismus, der allein auf  
1420 den Markt setzt und aus sich heraus keine Lösung der sozialen Fra-  
1421 gen unserer Zeit findet. Die Soziale Marktwirtschaft bleibt auch im  
1422 wiedervereinigten Deutschland und im Zeitalter der Globalisierung  
1423 unser Leitbild.

1424 140. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftssystem.  
1425 Sie ist ein Gesellschaftsmodell. Sie sorgt für Rahmenbedingungen,  
1426 in denen sich die schöpferischen Kräfte der Einzelnen gemeinsam  
1427 entfalten können. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft die wirt-  
1428 schaftlich-soziale Ordnung der freiheitlichen Demokratie. Denn sie  
1429 ist vom gleichen Impuls getragen wie die Staatsverfassung: Es geht  
1430 ihr um die Wahrung der Würde und Freiheit des Menschen vor  
1431 Übergriffen des Staates und vor der Willkür von Mitmenschen. Sie  
1432 trägt so wesentlich zur inneren Stabilität des Gemeinwesens bei.

1433 141. Die Soziale Marktwirtschaft bezieht ihre Stärke daraus, dass  
1434 Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität eine Einheit  
1435 bilden und einander fördern. Sie ist die untrennbare Verbindung von  
1436 freiheitlicher Wirtschafts- und solidarischer Sozialordnung. Die So-  
1437 ziale Marktwirtschaft ist sozial, weil sie den Menschen die Möglich-  
1438 keit gibt, ihrer Bestimmung zur Selbständigkeit gemäß zu leben und  
1439 für sich und für die Ihren selbst zu sorgen. Sie ist sozial, weil sie die  
1440 Kräfte der Einzelnen in ein gesellschaftliches Zusammenwirken  
1441 führt. Sie ist sozial, weil sie die Solidarität, auf der unsere staatlich  
1442 organisierten Systeme der sozialen Sicherung beruhen, ökonomo-

1443 misch ermöglicht. Soziale Marktwirtschaft heißt Wohlstand und Si-  
1444 cherheit für alle. Soziale Marktwirtschaft bedeutet Teilhabe auch für  
1445 die, die sie sich nicht aus eigener Kraft erarbeiten können. So ver-  
1446 wirklicht sie soziale Gerechtigkeit.

1447 142. Die Soziale Marktwirtschaft vereint Leistungswillen und  
1448 Solidarität. Einrichtungen der Solidarität dürfen nicht den Leis-  
1449 tungswillen des Einzelnen lähmen. Leistung ist eine wesentliche  
1450 Grundlage für Wohlstand und sozialen Frieden.

1451 143. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Wettbewerbsordnung. Poli-  
1452 tik in der Sozialen Marktwirtschaft ist Ordnungspolitik. Die Soziale  
1453 Marktwirtschaft eröffnet den Unternehmen leistungsfördernde Frei-  
1454 heitsräume und schafft für die Bevölkerung ein umfassendes Ange-  
1455 bot an Gütern und Dienstleistungen. Sie ermöglicht es Jedem, ei-  
1456 genverantwortlich am Markt tätig zu sein. Sie setzt einen handlungs-  
1457 fähigen Staat voraus, der die Wettbewerbsvoraussetzungen sicher-  
1458 stellt. Dazu gehören die Gewerbe- und Vertragsfreiheit, der Schutz  
1459 vor Marktbarrieren und der Schutz vor Machtmissbrauch durch  
1460 marktbeherrschende Unternehmen. In der Sozialen Marktwirtschaft  
1461 ist der Schutz des Eigentums Voraussetzung dafür, dass es Nutzen  
1462 für die Allgemeinheit stiften und damit seiner Sozialpflichtigkeit ge-  
1463 recht werden kann.

1464 144. Unternehmer und Unternehmensführer sind mit ihrer Kreativität  
1465 und Leistungsbereitschaft eine tragende Säule der Sozialen  
1466 Marktwirtschaft. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass  
1467 Menschen bereit sind, ein Unternehmen zu gründen und Risiken zu  
1468 übernehmen. Die ganze Gesellschaft profitiert von Unternehmen,  
1469 die produktiv arbeiten und Gewinne erzielen. Das Streben nach Ge-  
1470 winn dient der Sicherung und Fortentwicklung des Unternehmens  
1471 und der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben. Die CDU bekennt  
1472 sich zum freiheitlichen und sozialverantwortlichen Unternehmertum.  
1473 Unternehmer und Unternehmensführer schaffen zukunftsfeste  
1474 Arbeitsplätze und prägen auch mit ihrem Ruf und ihrer kulturellen  
1475 Identität das Ansehen Deutschlands in der Welt. Unternehmer brau-  
1476 chen zum erfolgreichen Handeln Freiräume und geeignete Rahmen-  
1477 bedingungen.

1478 145. Wer unternehmerisch handelt, übernimmt Verantwortung. Das  
1479 gilt für die geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, ge-  
1480 genüber Umwelt und zukünftige Generationen und ganz unmittelbar  
1481 gegenüber Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und ihren Familien. Dazu  
1482 gehört auch, dass Unternehmen die Gleichstellung von Mann und  
1483 Frau auf allen Ebenen bis zu den höchsten Führungspositionen för-  
1484 dern, sowie die Berücksichtigung des Prinzips gleicher Lohn für  
1485 gleiche und gleichwertige Arbeit. Weitblickende Unternehmen wis-  
1486 sen, dass dies in ihrem eigenen Interesse liegt.

1487 146. Soziale Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung in  
1488 Form der Unternehmensmitbestimmung und der betrieblichen Mit-

1489 bestimmung sind Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialord-  
1490 nung und Ausdruck der christlichen Soziallehre. Unser Verständnis  
1491 von der Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe  
1492 an Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt set-  
1493 zen.

1494 147. Die Arbeitnehmer tragen ebenso wie die Unternehmer mit ihrer  
1495 Arbeit, ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Leistungsbereitschaft  
1496 ganz wesentlich zum Erfolg ihrer Unternehmen, der Volkswirtschaft  
1497 insgesamt und damit zum Wohlstand unseres Landes bei. Sie si-  
1498 chern zugleich ihre eigene Existenzgrundlage und die ihrer Angehö-  
1499 rigen.

1500 Die Unternehmen brauchen gut ausgebildete, kreative und moti-  
1501 vierte Mitarbeiter, um erfolgreich sein zu können. Die Arbeitnehmer  
1502 benötigen Mitwirkungsmöglichkeiten, Verantwortung und Frei-  
1503 räume, um ihre Fähigkeiten umfassend und erfolgreich entfalten zu  
1504 können. Weiterbildung sichert ihre Beschäftigungs- und Leistungs-  
1505 fähigkeit. Zugleich bedürfen Arbeitnehmer für ihre eigene Lebens-  
1506 planung einer grundlegenden arbeits- und sozialrechtlichen Absi-  
1507 cherung. Sie haben einen Anspruch auf angemessene Teilhabe am  
1508 gesellschaftlichen Wohlstand.

1509 148. Zur Sicherung von Beschäftigung und Fortentwicklung eines  
1510 Unternehmens kann die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Aus-  
1511 land notwendig sein. Wir erwarten aber von den Unternehmern,  
1512 dass sie solche Entscheidungen verantwortungsvoll unter Berück-  
1513 sichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Folgen treffen und  
1514 sich für den Standort Deutschland einsetzen.

## 1515 **2. Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt**

1516 149. Nicht durch Abschottung und Überregulierung, sondern nur  
1517 durch mehr Freiheit und Wettbewerb können wir die Stärke der So-  
1518 zialen Marktwirtschaft erhalten. So viel teurer wir im internationalen  
1519 Vergleich sind, so viel besser müssen wir sein. Wir brauchen in ei-  
1520 ner dynamischen Welt ein neugieriges und kreatives Deutschland.  
1521 Wirtschaftlicher Erfolg hängt heute stärker denn je von Technolo-  
1522 gie, Talenten und Toleranz ab. Nur eine offene und vielfältige Ge-  
1523 sellschaft schafft das kreative Umfeld, in dem Ideen geboren wer-  
1524 den und Wohlstand durch Innovation gesichert wird.

1525 150. Die CDU berücksichtigt als Volkspartei bei der Gestaltung der  
1526 Globalisierung gleichermaßen die Interessen von Unternehmern wie  
1527 Arbeitnehmern, Leistungsträgern wie Leistungsempfängern, städti-  
1528 schen wie ländlichen Regionen. Auf der Basis unseres christlichen  
1529 Wertefundaments treten wir dafür ein, dass auch die Menschen in  
1530 weniger entwickelten Regionen der Welt bessere Perspektiven er-  
1531 halten, selbst wenn dies für uns Deutsche mehr wirtschaftliche  
1532 Konkurrenz bedeutet. Unser Ziel ist mehr Chancengerechtigkeit,  
1533 national wie international. Wir wollen unseren Einfluss in der Welt

1534 nutzen. Im Kampf gegen Armut, Hunger, Seuchen, Analphabeten-  
1535 tum, Korruption und kriegerische Konflikte halten wir die wach-  
1536 sende internationale Handelsverflechtung und fortschreitende Öff-  
1537 nung der Märkte für eine wichtige Antriebskraft.

1538 151. Die Wirtschafts- und Wertegemeinschaft der Europäischen  
1539 Union ist ein erfolgreiches Modell dafür, dass Marktöffnung und  
1540 Wettbewerb bei gleichzeitiger Wahrung nationaler  
1541 Identitäten und Berücksichtigung von rechtlichen, sozialen und  
1542 ökologischen Standards zum Nutzen aller funktionieren können.  
1543 Gleichzeitig ist Europa gegenüber anderen Macht- und Wirtschafts-  
1544 zentren der Welt ein starker Akteur in der Durchsetzung eines ge-  
1545 rechten Ordnungsrahmens für die globalisierte Wirtschaft. Wir wol-  
1546 len die EU für die Wahrnehmung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe  
1547 stärken.

1548 152. Wir setzen uns dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Stärke und  
1549 Effizienz der bestehenden internationalen Organisationen zu stär-  
1550 ken. Sie sind das geeignete Mittel, um die Gestaltung einer freien  
1551 und humanen Weltordnung voranzubringen. Wirtschaftlich starke  
1552 Staaten müssen ihre Verantwortung wahrnehmen, um auch den In-  
1553 teressen wirtschaftlich schwacher Staaten zu mehr Geltung zu ver-  
1554 helfen. Die CDU will die bestehenden Institutionen der Völkerge-  
1555 meinschaft für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und  
1556 unabdingbarer ökologischer und sozialer Mindeststandards nutzen.  
1557 Kinderarbeit und die Ausbeutung von Arbeitnehmern dürfen nicht  
1558 toleriert werden.

1559 153. Die CDU steht seit jeher für eine Politik, die auf die positive  
1560 Gestaltungskraft freier Märkte und fairen Wettbewerbs vertraut. Der  
1561 multilaterale Freihandel ist für uns die entscheidende Vorausset-  
1562 zung für globales Wirtschaftswachstum und Gerechtigkeit. Öffnung  
1563 für Handel und Kapital sowie internationaler Wettbewerb müssen  
1564 unter fairen Bedingungen stattfinden. Diese gleichen und fairen  
1565 Wettbewerbsbedingungen sind heute noch nicht gegeben. Deshalb  
1566 werden wir uns dafür einsetzen, dass international anerkannte  
1567 Standards durchgesetzt werden. Bestehende Handelshemmnisse  
1568 sind konsequent abzubauen.

1569 154. Der Markt ist nicht immer in der Lage, aus sich heraus die Bil-  
1570 dung von Monopolen und Kartellen zu verhindern. Damit internatio-  
1571 nale, private wie staatliche Akteure an ungebremster Machtentfal-  
1572 tung gehindert werden, ist ein Schutz der Freiheit der internatio-  
1573 nalen Märkte notwendig. Das erfordert eine international abgestimmte  
1574 Wettbewerbsordnung.

1575 155. Unsere wirtschaftspolitischen Überzeugungen stehen zuneh-  
1576 mend in einem Wettstreit mit den Handlungen von Staaten, die  
1577 durch aktives Eingreifen nationale wirtschaftsstrategische Ziele  
1578 durchzusetzen versuchen. Wir wollen auch diese Staaten von der  
1579 Richtigkeit des freien und fairen Wettbewerbs überzeugen und den

1580 internationalen Ordnungsrahmen stärken. Solange jedoch unglei-  
1581 che Wettbewerbsbedingungen herrschen und unsere nationalen  
1582 Interessen in Bereichen von zentraler strategischer Bedeutung be-  
1583 droht sind, kann es legitim sein, diese Interessen durch eigenes  
1584 staatliches Handeln durchzusetzen. Im Zweifelsfall hat jedoch die  
1585 Freiheit des Marktes Vorrang.

1586 156. Klar definierte geistige Eigentumsrechte sind die Grundlage für  
1587 ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsengagement und  
1588 damit eine wichtige Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen  
1589 Erfolg. Weltweit wird das Recht auf Eigentum an Patenten und Ideen  
1590 jedoch vielfältig missachtet. Gerade für den Innovationsstandort  
1591 Deutschland ist es zentral, in der Welthandelsorganisation verbind-  
1592 liche und akzeptierte Regeln zum Schutz geistigen Eigentums zu  
1593 entwickeln und zu festigen.

1594 157. Global tätige Unternehmen können sich nationaler Gesetzge-  
1595 bung zunehmend entziehen. Da die ordnungspolitische Gestaltung  
1596 von Märkten nie vollkommen sein kann und Überregulierung zu  
1597 ökonomischen Hemmnissen führt, setzen wir auf verantwortungs-  
1598 bewusste Unternehmer. Freiwillige Verpflichtungen wie der „Global  
1599 Compact“ der Vereinten Nationen oder die Leitsätze der OECD für  
1600 multinationale Unternehmen müssen deshalb unterstützt werden.

1601 158. Der globale Finanzmarkt trägt zur Erhöhung des Wohlstands in  
1602 der Welt bei und ermöglicht in Form von Investitionen den wirt-  
1603 schaftlichen Aufstieg vieler Schwellenländer. Offene Märkte und  
1604 freie Wettbewerber sichern Attraktivität und Liquidität des deut-  
1605 schen Kapitalmarktes. Fonds auf der Suche nach Anlagemöglich-  
1606 keiten, wie die Private-Equity-Fonds, tragen auch in Deutschland  
1607 wesentlich dazu bei, Unternehmen wettbewerbs- und innovations-  
1608 fähiger zu machen. Allerdings übersteigen die Finanzmittel einzel-  
1609 ner privater Investmentgruppen mittlerweile die Marktmacht von  
1610 Unternehmen und Großbanken um ein Vielfaches. Wir wollen des-  
1611 halb die bestehenden internationalen Organisationen nutzen, um für  
1612 einen verlässlichen Ordnungsrahmen und mehr Transparenz an den  
1613 weltweiten Handelsplätzen und Finanzmärkten zu sorgen.

1614 159. Die Verbraucher sind aufgrund des internationalen Wettbe-  
1615 werbs günstigerer Preise und vielfältigerer Produkte zum einen  
1616 Nutznießer, zum anderen aber auch Mitgestalter der Globalisierung.  
1617 Durch ihre Kaufentscheidungen und Anlageentscheidungen neh-  
1618 men sie ständig auch Einfluss auf den Markterfolg einzelner Pro-  
1619 dukte und Hersteller. Viele in Deutschland angebotene ausländische  
1620 Produkte werden nicht unter den gleichen sozialen, rechtlichen und  
1621 ökologischen Bedingungen hergestellt wie Produkte aus Deutsch-  
1622 land. Wir wollen die Entscheidungsgrundlage für den verantwor-  
1623 tungsbewussten Verbraucher verbessern und deshalb die Transpa-  
1624 renz durch Einführung von international gültigen Gütesiegeln för-  
1625 dern.

### 1626 **3. Wirtschaft und Arbeit**

1627 160. Viele Menschen haben in den letzten Jahrzehnten Vertrauen in  
1628 die Soziale Marktwirtschaft verloren. Es entstand der Eindruck, dass  
1629 sie zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme – allen  
1630 voran die hohe Arbeitslosigkeit – nicht lösen kann. Nicht jedoch die  
1631 Soziale Marktwirtschaft steht der Lösung dieser Probleme im Wege,  
1632 sondern die oftmalige Verletzung ihrer Grundprinzipien. Durch die  
1633 Globalisierung werden die Versäumnisse besonders deutlich.

1634 161. Wir müssen die grundlegenden Ordnungsprinzipien der Sozia-  
1635 len Marktwirtschaft wieder in die richtige Balance bringen, um zu  
1636 einer Politik der Vollbeschäftigung, des stetigen und angemessenen  
1637 Wirtschaftswachstums, der soliden Haushalte und der stabilen so-  
1638 zialen Sicherungssysteme zurückzukommen. Dazu gehört auch, die  
1639 Schöpfung zu bewahren und schonend mit den natürlichen Res-  
1640 sourcen umzugehen. Dann sind wir auch künftig das Land von Frei-  
1641 heit und Gerechtigkeit, Aufstieg und Sicherheit, Miteinander und  
1642 Füreinander. Leitlinie muss das Subsidiaritätsprinzip sein. Es muss  
1643 gelten: So wenig Staat wie möglich, so viel Staat wie nötig.  
1644 Deutschland braucht grundlegende Reformen, damit wir unseren  
1645 Wohlstand sichern und mehren können und damit es gerecht zu-  
1646 geht. Dabei misst sich Soziale Gerechtigkeit vorrangig an den Le-  
1647 benschancen der Bürger.

1648 162. Durch solche Reformen wird die Soziale Marktwirtschaft den  
1649 Bürgern wieder besser ermöglichen können, ihre Lebensumstände  
1650 in eigener Verantwortung zu gestalten statt passive Leistungsemp-  
1651 fänger zu sein. Gesellschaftliche Teilhabe und politische Teilhabe  
1652 bedürfen einander. Nur gemeinsam können Soziale Marktwirtschaft  
1653 und Demokratie gelingen und Vertrauen gewinnen.

#### 1654 **Mehr Wettbewerb, mehr Freiheit, mehr Teilhabe**

1655 163. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts lebt von  
1656 der Dynamik seiner Unternehmen. Deutschlands Wirtschaft ist be-  
1657 gründet auf einer jahrhundertealten Tradition des Handwerks, des  
1658 Mittelstands, des Handels, der freien Berufe, der Industrie, einer gut  
1659 ausgebildeten Facharbeiterschaft sowie einer wohnortnahen Ver-  
1660 sorgung einerseits und leistungsstarken, global wettbewerbsfähi-  
1661 gen und international erfolgreichen Unternehmen andererseits. Mit-  
1662 telständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sind das Rück-  
1663 grat unserer Wirtschaft. Sie schaffen den Großteil der Ausbildungs-  
1664 und Arbeitsplätze. Aufgabe des Staates ist es daher, gerade Exis-  
1665 tenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen durch optimale  
1666 Rahmenbedingungen zu fördern. Mehr Markt bedeutet mehr Chan-  
1667 cen für erfolgreiche Existenzgründungen. Wir wollen die Staats-  
1668 quote senken, Bürokratie abbauen, das Arbeitsrecht flexibel und  
1669 das Steuerrecht wettbewerbsfähig gestalten sowie die Bedingungen  
1670 für die Unternehmensfinanzierung verbessern.

1671 164. Unser Ziel ist es, Vertrauen als Voraussetzung für mehr  
1672 Investitionen in Deutschland zu schaffen. Wir wollen Deutschland  
1673 als attraktiven Standort von Unternehmenszentralen und als Investi-  
1674 tionsstandort, auch für internationale Risikokapitalgeber, stärken  
1675 und einen hohen Anteil der industriellen Wertschöpfung im eigenen  
1676 Land erzielen. Dem Finanzplatz Deutschland kommt für Wachstum  
1677 und Beschäftigung eine hohe Bedeutung zu.

1678 165. Wir müssen mehr Freiheit und Wettbewerb ermöglichen. Dies  
1679 heißt vor allem, Märkte zu öffnen und offen zu halten, unlauteren  
1680 Wettbewerb zu unterbinden und der Konzentration wettbewerbsge-  
1681 fährdender wirtschaftlicher Macht entgegenzuwirken. Wir wollen  
1682 staatliche Subventionen begrenzen und abbauen sowie weiterhin  
1683 Wirtschaftsbetriebe mit staatlicher Beteiligung privatisieren. Insbe-  
1684 sondere auch für die kommunale Ebene gilt: Der Staat soll nur dann  
1685 tätig werden, wenn eine Leistung nicht ebenso durch Private er-  
1686 bracht werden kann.

1687 166. Viele Aufgaben der Wettbewerbspolitik haben sich im europäi-  
1688 schen Binnenmarkt auf die europäische Ebene verlagert. Vor dem  
1689 Hintergrund der stärkeren Herausforderungen des Binnenmarktes  
1690 und der Globalisierung wollen wir, dass die Wettbewerbskontrolle  
1691 der EU unter Berücksichtigung der nationalen Wettbewerbsbehör-  
1692 den modernisiert und weiterentwickelt wird.

1693 167. Wettbewerb ist zudem die beste Voraussetzung für einen star-  
1694 ken Verbraucherschutz. Denn jede den Wettbewerb mindernde Mo-  
1695 nopolisierung schränkt die Vielfalt und die Wahlfreiheit der  
1696 Verbraucher ein. Verbraucherrechte sind Bürgerrechte. Verbrau-  
1697 cherschutz ist eine politische Querschnittsaufgabe. Er ist Teil einer  
1698 umfassenden Verbraucherpolitik, die ein ausgewogenes Gleichge-  
1699 wicht zwischen Verbraucher- und Wirtschaftsinteressen sucht, da-  
1700 mit in Deutschland ein hohes Maß an Lebensqualität erhalten bleibt.  
1701 Es gilt, eine Balance zwischen Selbstbestimmung und staatlichem  
1702 Schutz zu wahren. Zuverlässige, umfassende und sachliche Infor-  
1703 mationen über Produkte und deren Qualität ermöglichen eigenver-  
1704 antwortliches Konsumverhalten. Unser Leitbild ist das des mündi-  
1705 gen und informierten Verbrauchers. Verbraucherschutz ist nicht  
1706 alleine Sache des Staates, sondern er ist auf die Mitwirkung und  
1707 Verantwortung von Erzeugern, Verarbeitern, Anbietern und  
1708 Verbrauchern angewiesen. Wir wollen keine staatliche Konsumlen-  
1709 kung.

1710 168. Zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gehört eine  
1711 funktionierende Infrastruktur. Gerade für Deutschland als Transit-  
1712 land im Herzen Europas bedeutet die wirtschaftliche Integration Eu-  
1713 ropas anwachsende Verkehrsströme. Der weitere Ausbau und die  
1714 intelligente Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur in allen Bereichen  
1715 ist auch eine entscheidende Voraussetzung für mehr Wachstum.  
1716 Der daraus resultierende hohe Investitionsbedarf kann nicht allein  
1717 durch die öffentlichen Haushalte abgedeckt werden. Daher müssen

1718 Möglichkeiten der privaten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur  
1719 intensiver als bisher genutzt werden.

1720 169. Für eine erfolgreiche Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft  
1721 ist Deutschland auf die Leistungs- und Innovationsfähigkeit seiner  
1722 Menschen und der Wirtschaft angewiesen. Wir wollen Zukunfts-  
1723 märkte erschließen. Innovationen, neue Produkte und Dienstleis-  
1724 tungen aus Deutschland werden vor allem dann eine Chance auf  
1725 dem Weltmarkt haben, wenn sie auch in Deutschland zum Einsatz  
1726 kommen. Aus dem Land der Erfindungen und Patente muss wieder  
1727 ein Land auch der Umsetzung von Ideen werden. Deutschland muss  
1728 helle Köpfe und zupackende Visionäre der Wirtschaft hervorbringen  
1729 und weltweit um sie werben. Fachkräfte in Handwerk, Dienstleistung  
1730 und Industrie werden dringend gebraucht.

### 1731 **Arbeit für Alle**

1732 170. Arbeit für Alle ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Arbeit  
1733 ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist eine  
1734 entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Alle  
1735 werden gebraucht; keiner darf ausgegrenzt werden. Arbeit schafft  
1736 Einkommen und Wohlstand. Die Soziale Marktwirtschaft will Vollbe-  
1737 schäftigung. Diesem Ziel sind Staat und Tarifpartner verpflichtet.  
1738 Massenarbeitslosigkeit ist unerträglich, nicht hinnehmbar und öko-  
1739 nomisch schädlich. Entstehende Perspektivlosigkeit kann ganze  
1740 Familien erfassen und zu einer Beeinträchtigung der Lebenschan-  
1741 cen über Generationen hinweg führen.

1742 171. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist hauptsächlich struktu-  
1743 rell bedingt. Wir brauchen deshalb nicht nur mehr nachhaltiges  
1744 Wachstum, sondern auch Bildungsinvestitionen und eine umfas-  
1745 sende Reform des Arbeitsmarktes. Wir wollen bessere Beschäfti-  
1746 gungschancen für Ältere, gering Qualifizierte und Langzeitarbeits-  
1747 lose. Gerade sie fühlen sich von Freiheit und Teilhabe ausgeschlos-  
1748 sen.

1749 172. In Bezug auf den Arbeitsmarkt geht es um einen fairen Aus-  
1750 gleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen der Arbeitneh-  
1751 mer und den Beschäftigungschancen der Arbeitslosen. Schutzbe-  
1752 stimmungen auf dem Arbeitsmarkt sollen so ausgestaltet sein, dass  
1753 sie Arbeitslosigkeit nicht begünstigen. Eine Flexibilisierung des  
1754 Kündigungsschutzes, die die Beschäftigungsaussichten für Er-  
1755 werbslose verbessert, ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit. Es  
1756 muss gelten: Vorfahrt für Arbeit. In diesem Sinne muss die Aufgabe  
1757 des fairen Interessenausgleichs gemeinsam mit den Tarifvertrags-  
1758 parteien angenommen werden.

1759 173. Die Tarifautonomie ist ein Garant für die Stabilität des Standor-  
1760 tes Deutschland. Sie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen  
1761 der Sozialen Marktwirtschaft. Die Tarifvertragsparteien haben damit  
1762 begonnen, auf die sich verändernde Arbeitslandschaft des  
1763 21. Jahrhunderts flexible Antworten zu finden. Starre Branchentarif-

1764 verträge, die alle Betriebe gleich behandeln, sind keine ausrei-  
1765 chende Antwort. Die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände  
1766 sind aufgerufen, weiter Teile ihrer Verantwortung in die Betriebe  
1767 abzugeben. So können zentral vereinbarte Rahmentarifverträge de-  
1768 zentral nach den spezifischen Bedürfnissen ausgefüllt werden. Die-  
1769 sen Prozess wollen wir durch eine rechtssichere Gestaltung be-  
1770 trieblicher Bündnisse ergänzen. Die Mitbestimmung werden wir als  
1771 Interessenvertretung der Arbeitnehmer zukunftsfristig, betriebsnah  
1772 und beschäftigungsfreundlich fortentwickeln. Sie muss die zuneh-  
1773 mende internationale Verflechtung der Unternehmen berücksichti-  
1774 gen.

1775 174. Die CDU will den einzelnen Arbeitnehmer stärker als bisher am  
1776 Erfolg und am Kapital der Unternehmen beteiligen. Dies eröffnet  
1777 den Beschäftigten zusätzliche Einkommensquellen und schafft  
1778 mehr Gerechtigkeit.

1779 175. Gesellschaftlicher Wohlstand kommt von Arbeit. Mehr Wachs-  
1780 tum und mehr Arbeit bedingen einander. Durch die Umstellung auf  
1781 Jahresarbeitszeitkonten kann die Arbeit flexibler und produktiver  
1782 organisiert werden.

1783 176. Mit dem Erreichen einer gesetzlichen oder betrieblichen Alters-  
1784 grenze begründete unfreiwillige Ausgrenzung vom Arbeitsleben  
1785 wird häufig zu Recht von den Betroffenen als unwürdig empfunden.  
1786 Altersgrenzen haben ihren Sinn für die Bemessung der Rentenans-  
1787prüche. Wer aber darüber hinaus arbeiten will, darf daran grund-  
1788 sätzlich nicht gehindert werden.

1789 177. Alle Bürger sollen Existenz sichernde Einkommen erzielen  
1790 können. Für unsere Arbeitsmarktpolitik gilt: Leistung muss sich  
1791 lohnen. Es entspricht dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit,  
1792 dass man, wenn man arbeitet, mehr hat, als wenn man nicht arbei-  
1793 tet. Wir wollen Rahmenbedingungen, die eine legale Beschäftigung  
1794 auch für Bezieher niedriger Löhne und Gehälter attraktiver machen.  
1795 Hierfür wollen wir niedrig entlohnte Arbeitsplätze finanziell unter-  
1796 stützen. Dies kann auch Arbeitssuchende motivieren, Beschäfti-  
1797 gungschancen zu ergreifen, und die Arbeitgeber ermuntern, neue  
1798 Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit  
1799 fördern.

1800 178. Wir wollen in Deutschland keinen Wettbewerb um die niedrigs-  
1801 ten Löhne. Sittenwidrige Löhne, die den ortsüblichen Branchenlohn  
1802 deutlich unterschreiten, müssen deshalb verboten sein.

1803 179. Hohe Lohnzusatzkosten tragen zur Arbeitslosigkeit bei. Wir  
1804 wollen die Lohnzusatzkosten senken und die Sozialkosten von den  
1805 Arbeitskosten schrittweise und möglichst weitgehend entkoppeln  
1806 und damit auch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland  
1807 verhindern.

1808 **4. Den demografischen Wandel gestalten – Soziale Sicherheit für**  
1809 **alle Generationen**

1810 180. Solidarität und soziale Sicherheit kommen nicht in erster Linie  
1811 vom Staat. Der Mensch ist von Natur aus ein soziales, auf Gemein-  
1812 schaft hin angelegtes Wesen, zur Solidarität fähig und verpflichtet.  
1813 Von der Familie über das Ehrenamt, Vereine und Initiativen bis hin  
1814 zu den Kirchen gibt es viele soziale Orte und Institutionen, die täg-  
1815 lich Solidarität leben. Entsteht Solidarität nicht immer wieder neu  
1816 aus der Mitte der Gesellschaft heraus, wird sie eines Tages fehlen,  
1817 wenn es um die Grundlagen der sozialen Sicherheit geht. Ehe, Fa-  
1818 milie, Kindergarten und Schule sind für die Lebenschancen der  
1819 Menschen und für ihr späteres soziales Wohlergehen wichtiger als  
1820 vieles andere.

1821 181. Die CDU ist einer sozialen Politik verpflichtet, die die Lebens-  
1822 chancen der Menschen und das Miteinander in der Gesellschaft  
1823 verbessert. Eine nur auf finanzieller Zuwendung beruhende Vor-  
1824 stellung von Sicherheit und Solidarität lehnen wir ab. Nur eine  
1825 Kombination aus Eigenverantwortung, Staat und bürgerschaftli-  
1826 chem Engagement kann die Sicherheit schaffen, die die Menschen  
1827 brauchen.

1828 182. Der Sozialstaat hat Großes geleistet. Er bleibt unverzichtbar.  
1829 Die Systeme der sozialen Sicherung sind maßgeblich von der CDU  
1830 gestaltet. Durch die gemeinschaftliche Absicherung von Risiken  
1831 geben sie den Menschen Sicherheit. Sie haben breiten Wohlstand,  
1832 sozialen Frieden und Teilhabe gebracht. Sie können aber ihre Auf-  
1833 gabe in Zukunft nur erfüllen, wenn sie weiter entwickelt und verän-  
1834 dert werden.

1835 183. Bei der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme orientieren  
1836 wir uns an zwei Grundsätzen: Sie müssen dem Prinzip der Genera-  
1837 tionengerechtigkeit entsprechen und dürfen das Prinzip der Leis-  
1838 tungsgerechtigkeit nicht verletzen. Ihre Abhängigkeit von der Er-  
1839 werbsarbeit muss reduziert werden. Deshalb müssen soziale Si-  
1840 cherheit und Erwerbsarbeit weiter entkoppelt sowie die Finanze-  
1841 rung auf breitere Basis gestellt werden. Unsere sozialen Siche-  
1842 rungssysteme müssen unterschiedlichen Bedürfnissen, Lebens-  
1843 phasen und Lebenslagen Rechnung tragen. Dabei müssen Grundri-  
1844 siken zuverlässig für alle abgesichert sein. Die Bereitschaft und Fä-  
1845 higkeit zur individuellen Vorsorge müssen gestärkt werden. In allen  
1846 Sicherungssystemen müssen Wettbewerb, Transparenz, Effizienz,  
1847 Kosten- und Verantwortungsbewusstsein und das Subsidiaritäts-  
1848 prinzip gestärkt werden. Wir werden Missbrauch von sozialen Lei-  
1849 stungen entschieden bekämpfen, denn er untergräbt die Solidarität.

1850 **Krankenversicherung**

1851 184. Die CDU will, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland –  
1852 unabhängig von Einkommen, Alter oder gesundheitlichem Risiko –

1853 eine gute medizinische Versorgung erhält und alle am medizini-  
1854 schen Fortschritt teilhaben können.

1855 185. Aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen  
1856 und medizinisch-technischen Fortschritts müssen Struktur, Organi-  
1857 sation und Finanzierung der gesetzlichen und der privaten Kran-  
1858 kenversicherung zukunftsweisend weiterentwickelt werden. Eigen-  
1859 verantwortung, Vorsorge und Prävention müssen weiter gestärkt,  
1860 Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsreserven ausgeschöpft sowie indi-  
1861 viduelle Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume eröffnet  
1862 werden.

1863 186. Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, durch eine ge-  
1864 sundheitsbewusste Lebensweise Krankheiten vorzubeugen und  
1865 seine Gesundheit zu erhalten. Die Prävention wird deshalb zu einer  
1866 eigenständigen Säule neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation  
1867 und der Pflege ausgebaut. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung von  
1868 Eigenverantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung ist der  
1869 Ausbau von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehalttarifen.

1870 187. Um Qualität, Versorgungssicherheit und Finanzierbarkeit unse-  
1871 res freiheitlichen und selbstverwalteten Gesundheitswesens zu er-  
1872 halten, wollen wir den Wettbewerb stärken. Dafür müssen Leistun-  
1873 gen und Kosten transparenter werden.

1874 188. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird die an das Ar-  
1875 beitseinkommen gekoppelte Finanzierung stufenweise durch soli-  
1876 darische Prämienelemente ergänzt. Diese werden so bald wie mög-  
1877 lich durch ein solidarisches Prämienmodell mit Kapitalbildung er-  
1878 setzt. Menschen mit geringen Einkommen erhalten einen sozialen  
1879 Ausgleich. Da Kinder eine der wichtigsten Voraussetzungen für die  
1880 Fortführung der Solidarsysteme sind, wird ihre Mitversicherung  
1881 künftig von der Allgemeinheit getragen. Sozialer Ausgleich und Mit-  
1882 versicherung werden aus Haushaltsmitteln finanziert. Mit dieser  
1883 schrittweisen Abkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten  
1884 erhält die Krankenversicherung eine zukunftsfähige Finanzierung.

### 1885 **Alterssicherung**

1886 189. Die Alterssicherung in Deutschland ruht auf drei Säulen: der  
1887 gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der priva-  
1888 ten Vorsorge.

1889 190. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist ge-  
1890 genwärtig die wichtigste Form der Alterssicherung. Sie beruht auf  
1891 dem Generationenvertrag. Die Veränderungen im Altersaufbau der  
1892 Bevölkerung und die langfristig sinkende Zahl der sozialversiche-  
1893 rungspflichtig Beschäftigten führen dazu, dass zunehmend weniger  
1894 Arbeitende einer ständig wachsenden Zahl an Rentnerinnen und  
1895 Rentnern gegenüberstehen. Der Generationenvertrag muss deshalb  
1896 auf eine neue, stabile Basis gestellt werden, die den jüngeren Men-

1897 schen eine sichere Lebensplanung ermöglicht und Älteren ein ho-  
1898 hes Maß an Verlässlichkeit bietet.

1899 191. Die aktive Generation erwirtschaftet durch ihre Beiträge einen  
1900 großen Teil des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Genera-  
1901 tion und sichert durch ihre Kinder den Fortbestand der Solidarge-  
1902 meinschaft. Auch deshalb treten wir für eine familienfreundliche  
1903 Gesellschaft ein, die die Mehrfachbelastungen von Erziehenden an-  
1904 erkennt und honoriert.

1905 192. Die gesetzliche Rentenversicherung muss auch künftig einen  
1906 spürbaren Bezug zur Beitragsleistung aufweisen und darf ein be-  
1907 stimmtes Sicherungsniveau nicht unterschreiten. Sie geriete in eine  
1908 Legitimationskrise, wenn sie nur noch Leistungen erbringen würde,  
1909 die in anderen Sicherungssystemen beitragsfrei bezogen werden  
1910 können. Eine Mindestversorgung für alle, wie eine Grundsicherung,  
1911 wäre die Konsequenz.

1912 193. Die gesetzliche Rente ist mehr als ein Instrument zur Armuts-  
1913 vermeidung. Sie schafft für jeden Einzelnen ein Stück Freiheit und  
1914 honoriert die Leistungen, die durch die Zahlung von Beiträgen, die  
1915 Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen erbracht  
1916 worden sind. Sie erbringt auch in der Zukunft notwendige Leistun-  
1917 gen an Hinterbliebene und Menschen, die krankheitsbedingt nicht  
1918 mehr im Erwerbsleben stehen.

1919 194. Allein wird die gesetzliche Rente künftig den gewohnten  
1920 Lebensstandard im Alter nicht mehr sichern können. Daher ist es  
1921 notwendig, dass andere Formen der Vorsorge, wie die private und  
1922 die betriebliche Alterssicherung, dazu beitragen, den Lebensstan-  
1923 dard im Alter zu sichern. Solche Vorsorgeformen sind effizient und  
1924 zielgerichtet zu fördern.

1925 195. Die betriebliche Altersvorsorge gewinnt weiter an Bedeutung.  
1926 Von den Arbeitnehmern wird zunehmend Mobilität und Flexibilität  
1927 erwartet. Dem müssen die Rahmenbedingungen für die betriebliche  
1928 Altersvorsorge Rechnung tragen. Wir treten auch für persönliche,  
1929 außerhalb der Unternehmen geführte Altersvorsorgekonten ein, auf  
1930 die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzahlen können und die kurz-  
1931 fristig zu Anwartschaften (Unverfallbarkeitsfristen) führen. Der An-  
1932 spruch auf diese betriebliche Rente muss bereits nach kurzen Lauf-  
1933 zeiten eingeräumt werden.

#### 1934 **Pflegeversicherung**

1935 196. Die von der Union eingeführte Pflegeversicherung hat sich be-  
1936 währt. Sie muss auch in Zukunft eine verlässliche Absicherung des  
1937 Pflegerisikos bieten und eine hohe Qualität von Betreuung und  
1938 Pflege gewährleisten. Eine umfassende Pflicht zur Absicherung ist  
1939 auch in Zukunft unverzichtbar. Sie entbindet jedoch den Einzelnen  
1940 nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Ab-

1941 sicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzu-  
1942 nehmen.

1943 197. Um die umlagefinanzierte soziale Pflegeversicherung auf eine  
1944 zukunftsfähige Finanzierungsbasis zu stellen, soll diese stufen-  
1945 weise um solidarische Prämienelemente ergänzt und baldmöglichst  
1946 durch ein kapitalgedecktes solidarisches Prämienmodell ersetzt  
1947 werden. Bei der Höhe der Prämie soll die Erziehungsleistung von  
1948 Eltern berücksichtigt und ein sozialer Ausgleich aus Haushaltsmit-  
1949 teln vorgenommen werden.

1950 198. Prävention und Rehabilitation sollen Vorrang vor Maßnahmen  
1951 der Pflege haben. „Ambulant vor stationär“ ist unser Grundsatz.  
1952 Neue Wohn- und Betreuungsformen müssen entwickelt und ge-  
1953 stärkt werden. Durch Pflegebudgets, die von den Pflegebedürftigen  
1954 eigenverantwortlich im ambulanten, teilstationären oder stationären  
1955 Bereich eingesetzt werden können, wollen wir die häusliche Pflege  
1956 stärken und das Engagement der pflegenden Angehörigen besser  
1957 würdigen.

1958 199. Veränderungen in der Struktur und Finanzierung der  
1959 Pflegeversicherung eröffnen Chancen, die Leistungen der Pflege-  
1960 versicherung zu dynamisieren und die Pflegebedürftigkeit – vor al-  
1961 lem zugunsten von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompe-  
1962 tenz, wie zum Beispiel Demenz – neu zu definieren. Ziel ist es, ein  
1963 real konstantes Niveau der Pflegeleistung sicherzustellen und einen  
1964 steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer  
1965 Angehörigen und der Sozialhilfeträger zu verhindern.

#### 1966 **Arbeitslosenversicherung**

1967 200. Die Arbeitslosenversicherung bietet auch in Zukunft bei  
1968 Arbeitslosigkeit eine zeitlich begrenzte Absicherung eines erhebli-  
1969 chen Teils der aus der vorangegangenen Beschäftigung erzielten Ein-  
1970 kommenshöhe. Durch Arbeitsvermittlung, Erhalt und Wiederher-  
1971 stellung der Beschäftigungsfähigkeit erfüllt sie weitere wichtige so-  
1972 ziale, gesundheitliche und ökonomische Funktionen.

1973 201. Die Arbeitslosenversicherung bleibt eine solidarische  
1974 Versicherung, die jedem die Absicherung eines prozentual gleich  
1975 hohen Einkommensanteils über einen angemessenen Zeitraum ge-  
1976 währt und die Risiken des Einzelnen solidarisch mindert. Die Be-  
1977 zugsdauer des Arbeitslosengeldes muss an die Dauer der Beitrags-  
1978 zahlung gekoppelt sein. Aus Sicht der CDU ist die Arbeitslosenver-  
1979 sicherung mit Blick auf die Notwendigkeit eines flexibleren Ar-  
1980 beitsmarktes von hoher Bedeutung.

1981 202. Die Arbeitslosenversicherung ermöglicht Arbeitslosen, nicht  
1982 die erste angebotene Tätigkeit aus Existenznot annehmen zu müs-  
1983 sen, sondern eine ihren Fähigkeiten entsprechende zu finden. Wir  
1984 wollen bei Eintritt der Arbeitslosigkeit stärkere Möglichkeiten und

1985 Anreize zur Arbeitsaufnahme bei einer weiterhin ausgewogenen  
1986 Absicherung schaffen.

1987 203. Die Arbeitslosenversicherung muss Beschäftigung fördernd  
1988 ausgerichtet und grundsätzlich auf ihre Versicherungsfunktion be-  
1989 schränkt sein. Unser erstes Ziel ist mehr Beschäftigung am ersten  
1990 Arbeitsmarkt – auf dieses Ziel hin wollen wir die Instrumente der  
1991 aktiven Arbeitsmarktpolitik ausrichten. Gesamtgesellschaftliche  
1992 Aufgaben, wie die Herstellung von Ausbildungsfähigkeit, werden je  
1993 nach Zuständigkeit aus Haushaltsmitteln finanziert.

#### 1994 **Unfallversicherung**

1995 204. Die gesetzliche Unfallversicherung übernimmt bei  
1996 Arbeitssicherheit, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz des  
1997 Arbeitnehmers eine wichtige Rolle. Sie ist eine wesentliche Stütze  
1998 von Prävention und Rehabilitation. Die selbstverwaltete gesetzliche  
1999 Unfallversicherung muss sich künftig in ihren größeren Verantwor-  
2000 tungsgemeinschaften noch stärker an wirtschaftlichen Kriterien  
2001 messen lassen.

#### 2002 **Soziale Sicherheit für Menschen mit Behinderungen**

2003 205. Behinderungen sind häufig mit mehr oder weniger starken Ein-  
2004 schränkungen verbunden, die nicht immer kompensiert werden  
2005 können. Die solidarische Gesellschaft stützt Menschen mit Behinde-  
2006 rungen dort, wo Förderung angezeigt ist und individuelle Nachteile  
2007 auszugleichen sind, aber sie bevormundet sie nicht durch übertrie-  
2008 bene Fürsorge.

2009 206. Es gilt, den selbstverständlichen Umgang zwischen Behinder-  
2010 ten und Nichtbehinderten, ihren Stärken und Schwächen, schon von  
2011 klein auf zu lernen. Dies gelingt am besten durch Erziehung und  
2012 Bildung in Familien, frühkindlichen Einrichtungen und Schulen. Wie  
2013 in der Pflege und in betreuten Wohnformen gilt auch hier in Ab-  
2014 stimmung mit den Menschen mit Behinderungen und ihren Angehö-  
2015 rigen der Grundsatz „ambulant vor stationär“.

2016 207. Behinderte, aber auch gebrechliche Menschen sind auf ein bar-  
2017 rieriefreies Leben angewiesen, um sich in der Gesellschaft bewegen  
2018 zu können. In Stadt- und Wohnraumplanung der Zukunft muss das  
2019 Bewusstsein für das Bedürfnis nach Barrierefreiheit stärker werden.

#### 2020 **5. Solide Finanzen, solides Deutschland**

##### 2021 **Schuldenabbau und Neuverschuldungsverbot**

2022 208. Die Schuldenlast in Deutschland ist schon jetzt erdrückend.  
2023 Zudem wird ein zu geringer Teil der finanziellen Leistungskraft un-  
2024 seres Landes in die Zukunft investiert. Die demografische Entwick-  
2025 lung in Deutschland wird die sozialen Sicherungssysteme und die  
2026 öffentlichen Haushalte in steigendem Maße belasten. Deshalb müs-  
2027 sen wir den Schuldenstand entschlossen zurückführen. Eine dem  
2028 Grundsatz der konsequenten Entschuldung folgende Politik stärkt

2029 das Vertrauen und die Investitionsbereitschaft von Bürgern und  
2030 Unternehmern in den eigenen Wirtschaftsstandort. Schulden von  
2031 heute sind Steuern von morgen.

2032 209. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat  
2033 auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Stoppen wir die Verschul-  
2034 dung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr  
2035 erfüllen können. Wir wollen ein Land, das die Zukunft seiner Kinder  
2036 sichert und das nicht auf ihre Kosten lebt. Wir wollen ein Land, in  
2037 dem der Staat finanziell in der Lage ist, den sozial Schwächeren zu  
2038 helfen. Mit Blick auf die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind  
2039 und auch im Sinne der Generationengerechtigkeit gilt: Staatsver-  
2040 schuldung ist unsozial.

2041 210. Zur Begrenzung der Neuverschuldung ist es in einem ersten  
2042 Schritt notwendig, den Begriff der „öffentlichen Investitionen“ in  
2043 einem strengeren Sinn zu definieren. Nur noch solche Investitionen  
2044 dürfen über Kredite finanziert werden, die Werte bzw. Vermögen  
2045 schaffen. Zudem müssen Schulden aus kreditfinanzierten Investiti-  
2046 onen in der Regel nach Ablauf eines bei ihrer Aufnahme festgeleg-  
2047 ten Zeitplans wieder getilgt sein. Damit stellen wir sicher, dass die  
2048 verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln die Kreditaufnahme  
2049 wirksam begrenzen und eine Schuldenbremse eingeführt wird. Spä-  
2050 testens bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts wollen wir auf allen  
2051 Ebenen ein grundsätzliches Neuverschuldungsverbot einführen,  
2052 das die Möglichkeiten der Neuverschuldung auf unabweisbare Aus-  
2053 nahmetatbestände begrenzt. Es soll im Grundgesetz und allen Lan-  
2054 desverfassungen verankert werden.

2055 211. In einem letzten Schritt streben wir eine gemeinsame Vereinba-  
2056 rung zur Entschuldung zwischen Bund, Ländern und Kommunen  
2057 an. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs ist, parallel zur Zu-  
2058 rückführung des öffentlichen Schuldenstands Vorsorge für künftige  
2059 Konjunkturschwankungen zu treffen. Zudem sollten sämtliche Auf-  
2060 gaben und Ausgaben aller Ebenen immer wieder kritisch auf ihre  
2061 Notwendigkeit und Wirksamkeit geprüft werden. Um eine transpa-  
2062 rente öffentliche Haushaltsführung sicherzustellen, wollen wir  
2063 Bund, Länder und Kommunen auf die Buchführung nach kaufmän-  
2064 nischen Grundsätzen verpflichten.

2065 212. Arbeit für Alle und solide Staatsfinanzen bedingen einander.  
2066 Wir werden deshalb das Gefüge der Staatseinnahmen so erneuern,  
2067 dass der Faktor Arbeit entlastet wird. Wir wollen die Lohnzusatzkos-  
2068 ten von den Arbeitskosten abkoppeln, um so die Schaffung von  
2069 mehr Arbeitsplätzen in Deutschland zu ermöglichen. Deshalb wollen  
2070 wir die direkten Steuern und Sozialbeiträge senken und diese Ent-  
2071 lastung über die indirekten Steuern finanzieren. Wichtig ist: Die  
2072 Entlastungen bei den direkten Steuern und Sozialbeiträgen müssen  
2073 mindestens so groß sein wie die zusätzlichen Belastungen bei den  
2074 indirekten Steuern.

2075 **Reform der Finanzverfassung**

2076 213. Der Föderalismus in Deutschland braucht eine transparente  
2077 Finanzverfassung. Die Verantwortlichkeiten der verschiedenen  
2078 staatlichen Ebenen müssen für den Bürger nachvollziehbar sein.  
2079 Nur dann kann er politische Entscheidungen zuordnen und zur  
2080 Grundlage seiner Wahlentscheidungen machen.

2081 Die Finanzverfassung muss die unterschiedlichen Ausgangssituati-  
2082 onen berücksichtigen, vergleichbare Rahmenbedingungen in den  
2083 Ländern schaffen und Anreize setzen, um deren Wirtschafts- und  
2084 Finanzkraft zu stärken. Wir stehen für föderalen Wettbewerb unter  
2085 fairen Bedingungen. Die Selbstbehalte für die Länder beim Zuwachs  
2086 der eigenen Wirtschaftskraft sind deshalb zu vergrößern. Es muss  
2087 nach einer Übergangsregelung bis 2019 ein einfacher Finanzaus-  
2088 gleich ohne Sonderregelungen für alle Länder möglich sein. Auch  
2089 der Solidarpakt läuft zu diesem Zeitpunkt aus.

2090 214. Wir wollen den Ländern mehr finanzielle Eigenverantwortung  
2091 ermöglichen und dafür entsprechende Voraussetzungen im Steuer-  
2092 recht schaffen. Länder, die die Verschuldungsgrenzen der Verfas-  
2093 sung und ihren Beitrag zum Erreichen der Maastricht-Kriterien nicht  
2094 einhalten, müssen sich künftig einem Sanierungsprogramm unter-  
2095 werfen.

2096 215. Wir wollen mit einem Haushaltsnotlagegesetz ein  
2097 Frühwarnsystem einführen. Es stellt sicher, dass künftig nicht erst  
2098 nach der Feststellung von Haushaltsnotlagen gehandelt wird. Zur  
2099 Bedingung für Hilfen des Bundes soll der Abschluss eines Sanie-  
2100 rungsstaatsvertrages zwischen Bund und dem betroffenen Land  
2101 gemacht werden.

2102 216. Auch den Kommunen muss mehr Eigenverantwortung ermög-  
2103 licht werden. Ihre finanzielle Leistungskraft wirkt sich auf den Alltag  
2104 der Bürger unmittelbar aus. Deshalb werden wir die kommunalen  
2105 Steuern so fortentwickeln, dass die Leistungsfähigkeit der Kommu-  
2106 nen für ihre Bürger sichergestellt wird.

2107 **Steuern – einfach und gerecht**

2108 217. Mit ihren Steuern stellen die Bürger dem Staat die notwendigen  
2109 finanziellen Mittel zur Verfügung, die er zur Erfüllung seiner Aufga-  
2110 ben braucht. Damit die Bürger das Steuerrecht akzeptieren, muss es  
2111 den Prinzipien folgen: einfach, niedrig, gerecht. Es entspricht unse-  
2112 ren Grundwerten von Solidarität und Gerechtigkeit, dass finanziell  
2113 Leistungsfähige stärker in die Pflicht genommen werden als  
2114 Schwache. Zugleich darf das Steuerrecht den finanziellen Freiraum  
2115 der Bürger nicht durch überzogene Steuersätze einschränken. Ein  
2116 Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen fördert Leistung und Initi-  
2117 ative und ermöglicht den Bürgern, Vorsorge zur Absicherung von  
2118 Lebensrisiken zu treffen können. Ein einfaches Steuersystem  
2119 schafft mehr Gerechtigkeit. Je komplizierter es ist, desto mehr Vor-  
2120 teile hat derjenige, der sich teure Beratung leisten kann, ohne die er

2121 in der Regel nicht in der Lage ist, alle Steuersparmöglichkeiten zu  
2122 nutzen.

2123 218. Eine zukunftsweisende Unternehmensbesteuerung muss von  
2124 dem Grundsatz ausgehen, dass Unternehmen in erster Linie Wirt-  
2125 schäfts- und nicht Steuersubjekte sind. Sie muss die Steuerlast so  
2126 gestalten, dass es sich lohnt, in unserem Land Betriebe zu gründen,  
2127 Arbeitsplätze zu schaffen und in Forschung und Entwicklung zu  
2128 investieren. Steuerpolitik ist auch Innovationspolitik. Sie muss  
2129 Wettbewerbsneutralität gewährleisten, einfach und überschaubar  
2130 sein und der jeweiligen Rechtsform des Unternehmens gerecht  
2131 werden. Dabei müssen wir uns auf die zunehmende weltweite Ver-  
2132 netzung der Volkswirtschaften einstellen.

## 2133 **6. Auf historischen Leistungen aufbauen – Die neuen Länder voran-** 2134 **bringen**

2135 219. Mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und besonders mit  
2136 der friedlichen Revolution von 1989 haben die Menschen in der  
2137 ehemaligen DDR in Vertrauen auf Freiheit, Demokratie und Soziale  
2138 Marktwirtschaft die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung  
2139 Deutschlands geschaffen. Auf diese historische Leistung können  
2140 alle Deutschen – aus Ost und West – stolz sein. Die neuen Länder  
2141 mit ihren großen historischen und kulturellen Traditionen geben  
2142 dem deutschen Föderalismus neue Impulse.

2143 220. Die neuen Länder haben einen tief greifenden Umbruch von  
2144 der totalitären Diktatur zur Demokratie und von der zentralen Plan-  
2145 wirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft gestaltet. Durch Engage-  
2146 ment und Solidarität in ganz Deutschland, historisch einmalige fi-  
2147 nanzielle Transferleistungen, Fleiß und Aufbauwillen, sind viele Re-  
2148 gionen aufgeblüht und präsentieren sich als moderner Teil  
2149 Deutschlands im Herzen Europas.

2150 221. Bei Reformen im Bildungsbereich, der Beschleunigung von  
2151 Planungsverfahren, beim Bürokratieabbau und im engen Zusam-  
2152 menwirken von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik haben die  
2153 neuen Länder und ihre Bürger eine Vorreiterrolle übernommen.

2154 222. Die Folgen von kommunistischer Diktatur, deutscher Teilung  
2155 und Misswirtschaft sowie der historisch einmalige Verlust der bür-  
2156 gerlichen Mittelschichten sind noch nicht überwunden. Eine selbst-  
2157 tragende Wirtschaftsentwicklung ist noch nicht erreicht. Trotz vieler  
2158 Modernisierungserfolge bestehen Defizite in der öffentlichen Infra-  
2159 struktur und in der Wirtschaftsstruktur fort.

2160 223. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union entstehen  
2161 neue Chancen, aber auch ein zusätzlicher Wettbewerbsdruck für die  
2162 schwach strukturierte ostdeutsche Wirtschaft. Hierauf wie auf die  
2163 Anforderungen der Globalisierung insgesamt sind viele kleinere  
2164 und mittlere Unternehmen noch nicht ausreichend vorbereitet.

2165 224. Der demografische Wandel trifft den Osten Deutschlands stärker  
2166 als den Westen. Drastischer Geburtenrückgang, Alterung sowie  
2167 die Abwanderung vieler leistungsbereiter, hoch qualifizierter junger  
2168 Menschen zehren an den ohnehin knappen Ressourcen. Die Ge-  
2169 schichte der Bundesrepublik hat vielerorts gezeigt, dass der Wandel  
2170 von Abwanderungsregionen zu Zukunftsregionen möglich ist. Ziel  
2171 der Politik der CDU ist es, dass die Regionen im östlichen Deutsch-  
2172 land für die Menschen attraktive Lebensbedingungen bieten.

2173 225. Wir brauchen auch in den neuen Ländern eine Stärkung der  
2174 Bürgergesellschaft – als Grundlage für Demokratie, Rechtsstaat und  
2175 soziale Marktwirtschaft. Nur eine funktionierende Bürgergesell-  
2176 schaft kann für den Wirtschaftsaufschwung und die Stabilität unse-  
2177 rer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sorgen. Wir benötigen  
2178 nicht nur in den neuen Ländern mehr Freiraum für marktwirtschaft-  
2179 liche Prozesse und wettbewerbsorientierte Politik, für umfangreiche  
2180 Öffnungs- und Experimentierklauseln gegenüber dem Bundesrecht.  
2181 Die Menschen müssen größere Chancen erhalten, ihre Zukunft ei-  
2182 genverantwortlich in die Hand zu nehmen. Damit schaffen wir die  
2183 Bedingungen, dass Leistungsträger mit ihrem Wissen in ihrer Hei-  
2184 mat bleiben und Investoren mit ihrem Kapital in die neuen Länder  
2185 kommen. Ein besonderes Augenmerk richtet die CDU auf die In-  
2186 tegration junger Führungskräfte in die regionalen Arbeitsmärkte.  
2187 Durch Kooperationen aller Akteure soll somit zur demografischen  
2188 Stabilisierung der Regionen beigetragen werden.

2189 226. Vor allem in Großstädten, Ballungsräumen und Tourismuszent-  
2190 ren entstehen innovative, wirtschaftlich dynamische Wachstumsre-  
2191 gionen. Wir wollen unternehmerische Initiative dort unterstützen,  
2192 wo sie zu einer wettbewerbsfähigen Unternehmensstruktur aus Mit-  
2193 telstand und großen, überregional agierenden Unternehmen führt.  
2194 Hierfür müssen wir Fördermittel auf die Wachstumsregionen mit  
2195 ihrer Vernetzung aus technologieorientierter Wirtschaft, Wissen-  
2196 schaft und Kultur konzentrieren. Es gilt, Spitzenforschung und  
2197 Hochtechnologie mit Unternehmen und Kapitalgebern zu verbinden,  
2198 um weltmarktfähige Produkte zu entwickeln.

2199 227. Wachstumsregionen müssen durch leistungsfähige  
2200 Infrastrukturen mit strukturschwachen Regionen verbunden wer-  
2201 den, damit auch diese am Aufschwung teilhaben können. In den  
2202 Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte und fehlenden Bal-  
2203 lungszentren müssen wir uns auf die Förderung bestimmter Sekto-  
2204 ren und Branchen konzentrieren. Die Förderung besonders benach-  
2205 teiligter Regionen in den neuen Ländern durch die Europäische  
2206 Union muss fortgeführt werden, um im Standortwettbewerb mit un-  
2207 seren östlichen Nachbarstaaten Schritt zu halten.

2208 228. Die neuen Länder benötigen Solidarpaktmittel bis 2019 in der  
2209 zugesagten vollen Höhe. Die Mittel sind zweckgerecht für die  
2210 Schließung noch bestehender Infrastrukturlücken, gezielte Investi-

2211 tionsförderung und zum Ausgleich der unterproportionalen Finanz-  
2212 kraft der Kommunen einzusetzen, um eine selbsttragende wirt-  
2213 schaftliche Entwicklung und weitere Modernisierung zu erreichen.

2214 229. Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist eine zentrale  
2215 Voraussetzung für den Wirtschaftsaufschwung. Die europäischen  
2216 Verkehrswege mit Polen und Tschechien müssen zügig ausgebaut  
2217 werden.

2218 230. Nachhaltige Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur gelin-  
2219 gen nur, wenn die demografische Entwicklung berücksichtigt wird.  
2220 Zu gering ausgelastete Infrastrukturen müssen der Bevölkerungs-  
2221 entwicklung angeglichen und unterschiedliche Standards in Da-  
2222 seinsfürsorge und Verwaltung akzeptiert werden. Der Staat hat aber  
2223 für die Wahrung von Mindeststandards zu sorgen. Die Gleichwertig-  
2224 keit der Lebensverhältnisse bleibt unser Ziel. Eigeninitiative muss  
2225 vor Ort entwickelt werden. Lebensqualität wird in Zukunft nicht nur  
2226 in den neuen Ländern unterschiedlich zu definieren sein.

## 2227 **VI. DIE SCHÖPFUNG UND DAS LEBEN BEWAHREN – FÜR EINE** 2228 **LEBENSWERTE UMWELT**

### 2229 **1. Die Würde des Menschen schützen – Vom Beginn bis zum Ende** 2230 **des Lebens**

2231 231. Die unantastbare Würde des Menschen als Geschöpf Gottes ist  
2232 allem menschlichen Handeln unverfügbar vorangestellt. Der  
2233 Mensch ist immer Subjekt, er darf niemals Objekt sein. Die Würde  
2234 des Menschen ist auch für die Bewertung bioethischer Herausforde-  
2235 rungen Ausgangs- und Orientierungspunkt. Sie erfordert Achtung  
2236 und Schutz des menschlichen Lebens in allen Phasen. Das noch  
2237 nicht geborene Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Mit den  
2238 viel zu hohen Abtreibungszahlen finden wir uns nicht ab. Wir müs-  
2239 sen Frauen und Männern dabei helfen, sich für das Leben zu ent-  
2240 scheiden.

2241 232. Heilung, Leidminderung und die helfende Begleitung von Men-  
2242 schen in lebensbedrohlichen Situationen sind Ausdruck von Huma-  
2243 nität, Solidarität und der im christlichen Glauben begründeten  
2244 Nächstenliebe. Behinderte, Kranke, Sterbende und andere Men-  
2245 schen in schwierigen Lebensphasen haben ein Anrecht auf ein  
2246 menschenwürdiges Leben. Wir unterstützen besonders die Arbeit  
2247 der Hospizbewegung, die Sterbenden und ihren Angehörigen ein  
2248 würdiges Abschiednehmen erleichtert.

2249 233. Die biomedizinische Forschung bietet Lösungen für Zukunfts-  
2250 probleme und trägt wesentlich zur Heilung von Krankheiten und  
2251 Linderung von Leid bei. Chancen und Risiken sind gewissenhaft  
2252 abzuwägen. Die Achtung der unantastbaren Würde des Menschen  
2253 hat für uns Vorrang vor der Freiheit der Forschung und der Siche-  
2254 rung von Wettbewerbsfähigkeit.

## 2255 **2. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen**

2256 234. Nach christlichem Verständnis sind Mensch, Natur und Umwelt  
2257 Schöpfung Gottes. Sie zu erhalten, ist unser Auftrag. Das Prinzip  
2258 der Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil christlich-demokratischer  
2259 Politik: Wir wollen unseren Kindern und Enkeln eine Welt bewahren  
2260 und hinterlassen, die auch morgen lebenswert ist. Die nachfolgen-  
2261 den Generationen haben ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung,  
2262 sozialen Wohlstand und eine intakte Umwelt.

2263 235. Ein zukunftsorientierter Umwelt- und Klimaschutz schafft neue  
2264 Chancen auf Arbeit.  
2265 Ökologische Bildung, Forschung und Entwicklung, Umwelttechno-  
2266 logien, Umwelt- und Klimaschutz und darauf aufbauende Innovatio-  
2267 nen müssen daher nachhaltig gefördert werden. Die weltweit füh-  
2268 rende Rolle Deutschlands bei den Umwelttechnologien wollen wir  
2269 im Interesse des Klima- und Umweltschutzes weiter ausbauen. Auf  
2270 diese Weise kann ein Beitrag zur Wertschöpfung im eigenen Lande,  
2271 zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung des Mittel-  
2272 stands geleistet werden.

2273 236. Armutsbekämpfung und Schutz der natürlichen Lebensgrund-  
2274 lagen gehören untrennbar zusammen. Armut führt zu Übernutzung  
2275 der Natur. Letztlich werden dadurch die biologische Vielfalt und  
2276 damit auch Grundlagen der dort lebenden Menschen zerstört. Für  
2277 uns ist Umweltschutzpolitik daher auch ein wichtiger Bestandteil  
2278 der Außen- und Entwicklungspolitik und ein Beitrag zur globalen  
2279 Gerechtigkeit.

2280 237. Nach unserem Verständnis widersprechen sich wirtschaftliche  
2281 Entwicklung und Umweltschutz nicht. Besonders in einer Zeit, in  
2282 der die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit der Erde immer  
2283 deutlicher werden, gilt: Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist  
2284 nur unter Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaschutzes mög-  
2285 lich. Aus diesem Grunde setzen wir uns für eine ökologische und  
2286 soziale Marktwirtschaft ein. Dazu gehört für uns auch, dass langfris-  
2287 tig auf Ressourcenverbrauch oder Umweltbelastungen Abgaben  
2288 statt Steuern erhoben werden. Damit kommen die Erlöse den Be-  
2289 langen des Umwelt- und Klimaschutzes wieder zweckgebunden zu-  
2290 gute.

2291 238. Die CDU steht für einen sorgsamen und sparsamen Umgang  
2292 mit den endlichen Ressourcen, eine positive Einstellung zur For-  
2293 schung und einen Umwelt- und Naturschutz, der Kreativität und  
2294 Verantwortung der Menschen fördert. Gemeinsam mit Schulen,  
2295 Kommunen, Ländern, Umwelt- und Naturschutzverbänden wollen  
2296 wir umweltbewusstes Verhalten in der Gesellschaft verankern.

2297 **Das Klima schützen**

2298 239. Der globale Klimawandel ist zur ernststen Gefahr für die Schöp-  
2299 fung und die Lebenschancen künftiger Generationen geworden. Wir  
2300 sehen es als ethische Pflicht und vordringliche politische Zukunfts-  
2301 aufgabe, dieser Entwicklung entgegenzusteuern: Die CDU setzt sich  
2302 dafür ein, dass Deutschland weiterhin eine führende Rolle beim  
2303 Klimaschutz einnimmt und international als Impulsgeber auftritt.  
2304 Gemeinsam mit möglichst vielen Industrie-, Schwellen- und Ent-  
2305 wicklungsländern wollen wir die Anstrengungen zum globalen Kli-  
2306 maschutz vorantreiben. Ein internationales Klimaschutzabkommen  
2307 für die Zeit nach 2012, das auf dem Kyoto-Protokoll aufbaut, markt-  
2308 wirtschaftliche Anreize enthält und die aktive Einbindung bislang  
2309 abseits stehender Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer  
2310 ermöglicht, ist dabei ein wichtiger Schritt.

2311 240. Deutschland hat sich verpflichtet, den Ausstoß von Treibhaus-  
2312 gasemissionen bis 2012 um 21 Prozent zu reduzieren. Bis 2020  
2313 wollen wir die Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent  
2314 gegenüber 1990 senken. Dabei halten wir es für wesentlich, dass  
2315 auch die anderen Industrieländer sich zu einer weitreichenden Re-  
2316 duzierung der Emissionen verpflichten.

2317 241. Wir verfolgen eine Klima-Doppelstrategie, die verbindliche  
2318 Grenzwerte für den Treibhausgasausstoß festlegt und die den Ein-  
2319 satz und die Entwicklung klimaschonender Technologien fördert.  
2320 Kohlendioxid muss weltweit einen angemessenen Preis erhalten,  
2321 damit sich Investitionen in klimaverträgliche Technologien rechnen.  
2322 Dazu dient der Handel mit Emissionsrechten ebenso wie der Tech-  
2323 nologietransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer mit Hilfe kli-  
2324 magerechter Entwicklungsprojekte. Unser Ziel ist es, dass die Er-  
2325 wärmung der Erdatmosphäre auf maximal 2 Grad Celsius im Ver-  
2326 gleich zur vorindustriellen Ausgangssituation begrenzt wird.

2327 242. Das Einsparen von Energie, die Erhöhung der Energieeffizienz  
2328 und die Nutzung erneuerbarer Energien sind tragende Säulen unse-  
2329 rer Politik für den Klimaschutz. Gleichzeitig ist es notwendig, be-  
2330 reits jetzt Strategien für eine Begrenzung der negativen Folgen des  
2331 Klimawandels zu entwickeln. Dazu gehören beispielsweise ein ver-  
2332 stärkter Hochwasser- und Küstenschutz.

2333 **Die Energieversorgung sichern**

2334 243. Die Nachfrage nach Energie steigt weltweit. Angesichts der  
2335 Abhängigkeit Deutschlands vom Import knapper und teurer Ener-  
2336 gierohstoffe ist eine Energieversorgung, die sicher, umweltfreund-  
2337 lich und wirtschaftlich bereitgestellt wird, eine politische Frage von  
2338 überragender Bedeutung. Wir wollen die Risiken der Importabhän-  
2339 gigkeit mindern. Bezugsquellen und Lieferwege von Energierohstof-  
2340 fen müssen auf eine breitere Basis gestellt und Energiepartner-  
2341 schaften mit Liefer- und Transitstaaten ausgebaut und intensiviert  
2342 werden. Durch eine gemeinsame Energiepolitik in der Europäischen

2343 Union wollen wir die Energieversorgung auf eine sichere Grundlage  
2344 stellen.

2345 244. Wir treten dafür ein, die Energievorräte sparsamer zu nutzen,  
2346 den Ausbau der heimischen erneuerbaren Energiequellen zu be-  
2347 beschleunigen und effizientere Erzeugungstechnologien zu entwi-  
2348 ckeln. Bis 2020 streben wir eine Verdopplung der Energieproduktivi-  
2349 tät im Vergleich zu 1990 an.

2350 245. Grundlage einer sicheren, umweltverträglichen und wirtschaft-  
2351 lich tragbaren Energieversorgung ist ein breit gefächertes und aus-  
2352 gewogener Energiemix. Den Einsatz fossiler Energieträger wollen  
2353 wir so klimaverträglich wie möglich gestalten und damit die Voraus-  
2354 setzungen schaffen, dass in Deutschland einer der umweltverträg-  
2355 lichsten Kraftwerksparks der Welt entsteht.

2356 246. Die erneuerbaren Energien als heimische Energieträger kön-  
2357 nen einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssi-  
2358 cherheit und zum Klimaschutz leisten. Sie bieten Chancen für ein  
2359 umweltverträgliches Wachstum, innovative Geschäftsfelder und  
2360 neue Arbeitsplätze. Wir wollen den eingeschlagenen Weg hin zum  
2361 Einsatz nachwachsender Rohstoffe sowie anderer regenerativer  
2362 Energiequellen konsequent fortsetzen. Dazu gehört, die Entwick-  
2363 lungschancen der Windenergienutzung im Offshorebereich zu nut-  
2364 zen.

2365 247. Durch geeignete Anreize für technologische Innovationen wol-  
2366 len wir den Einsatz von erneuerbaren Energien vorantreiben. Bis  
2367 zum Jahr 2020 streben wir für Deutschland einen Anteil regenerati-  
2368 ver Energien am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von mindestens  
2369 20 Prozent an. Neben dem verstärkten Einsatz der erneuerbaren  
2370 Energien im Strom- und Treibstoffbereich muss ihr Anteil an der  
2371 Wärme- und Kältegewinnung erhöht werden. Ziel ist, dass die er-  
2372 neuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der  
2373 Energiebereitstellung in Deutschland tragen.

2374 248. Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur  
2375 Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden. Sie er-  
2376 möglicht es, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klimafreundli-  
2377 che und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang  
2378 verfügbar sind. Im Rahmen unserer Klimaschutzstrategie streben  
2379 wir eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwerken an. Für  
2380 uns ist dabei vorrangig, das größtmögliche Sicherheitsniveau jeder  
2381 Anlage zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang kommt der si-  
2382 cheren Endlagerung radioaktiver Abfälle eine große Bedeutung zu.  
2383 Die CDU setzt sich dafür ein, dass die vorhandene Sicherheitskom-  
2384 petenz Deutschlands erhalten bleibt. Nur so kann Deutschland sei-  
2385 nen Beitrag zur stetigen Verbesserung der Sicherheit kerntechni-  
2386 scher Anlagen weltweit leisten.

2387 249. Energieforschung und neue innovative Energietechnologien  
2388 sind für eine zukunftsfähige Energieversorgung unverzichtbar. Wir  
2389 wollen eine breit angelegte und offene Energieforschung und Tech-  
2390 nikenentwicklung fördern, die einen Beitrag zur klimaverträglichen  
2391 Weiterentwicklung aller verfügbaren Energieträger und Energie-  
2392 technologien zum rationellen Ressourceneinsatz leistet. Moderne  
2393 saubere Kohle- und Gaskraftwerke gehören dazu. Gerade in der  
2394 Entwicklung energiesparender Produkte und Dienstleistungen liegt  
2395 eine große Wachstumschance für unsere Unternehmen und für die  
2396 Schaffung neuer Arbeitsplätze.

2397 250. Um den Anstieg der Energiepreise zu begrenzen, wollen wir auf  
2398 einen funktionierenden Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt hin-  
2399 wirken. Wir setzen uns ein für den Abbau von Wettbewerbshemm-  
2400 nissen und den beschleunigten Ausbau einer frei zugänglichen Inf-  
2401 rastruktur für den grenzüberschreitenden Strom- und Gashandel im  
2402 europäischen Wirtschaftsraum.

#### 2403 **Mobilität umweltverträglich gestalten**

2404 251. Mobilität ist ein Grundbedürfnis moderner Gesellschaften. Die-  
2405 sem Bedürfnis gilt es Rechnung zu tragen, ohne dass Deutschland  
2406 flächendeckend im Stau steckt oder die Gesundheit unserer Bürger  
2407 beeinträchtigt wird.

2408 Wir unterstützen die konsequente Verringerung der Umweltbelas-  
2409 tungen in allen Verkehrsbereichen und fördern entsprechende Ent-  
2410 wicklungen. Den Verkehrslärm wollen wir verringern und die Luft-  
2411 belastung reduzieren. Intelligente verkehrslenkende Maßnahmen,  
2412 eine konsequente Senkung der Schadstoffgrenzwerte, die steuerli-  
2413 che Förderung schadstoffarmer Fahrzeuge, die Einbeziehung des  
2414 Luftverkehrs in den Emissionshandel sowie die Stärkung des Öff-  
2415 fentlichen Personennahverkehrs sind für uns Mittel der Wahl. Im  
2416 Hinblick auf eine umweltgerechte Verkehrsgestaltung kommt auch  
2417 dem Schiffsverkehr eine wachsende Bedeutung zu. Darüber hinaus  
2418 werden wir Anreize für die Weiterentwicklung sparsamer Antriebs-  
2419 techniken setzen und den Einsatz alternativer Kraftstoffe befördern.

2420 252. Mit marktwirtschaftlichen Mitteln wollen wir die Klimaver-  
2421 träglichkeit des Kraftfahrzeugverkehrs erhöhen. Wir halten es für  
2422 notwendig, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Neuwagen durch verbesserte Mo-  
2423 tortechnik, Einsatz von Biokraftstoffen und andere Maßnahmen  
2424 deutlich zu senken. Den Kraftstoffeinsatz aller Kraftfahrzeuge wol-  
2425 len wir verstärkt reduzieren – dies schont Umwelt und Geldbeutel  
2426 der Verbraucher gleichermaßen.

#### 2427 **Die Vielfalt der Natur schützen**

2428 253. Angesichts des dramatischen, weltweiten Rückgangs der  
2429 Artenvielfalt setzen wir uns für eine Stärkung der internationalen  
2430 Zusammenarbeit im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes ein.  
2431 Wir wollen die Entwicklungsländer bei der Bewahrung der biologi-  
2432 schen Vielfalt und der entwicklungsorientierten Nutzung unterstüt-

2433 zen und die Instrumente zum Schutz der biologischen Vielfalt wir-  
2434 kungsvoll weiterentwickeln. Vorrangig gilt es, ein europa- und welt-  
2435 weites System von Schutzgebieten und Gebieten mit differenzierter  
2436 Nutzung zu Lande und auf See als weltweites Netz des Lebens ein-  
2437 zurichten. Auch in diesem Zusammenhang setzen wir uns für die  
2438 Einrichtung einer eigenständigen Umweltorganisation der Vereinten  
2439 Nationen ein. Ebenso treten wir für eine völkerrechtlich bindende  
2440 Regelung für den Schutz der Wälder, vor allem den Schutz der Ur-  
2441 wälder ein.

#### 2442 **Für den Tierschutz eintreten**

2443 254. Der Respekt vor der gesamten Schöpfung verpflichtet uns zu  
2444 einem verantwortungsvollen Verhalten gegenüber unseren Mitge-  
2445 schöpfen. Der Schutz der Tiere ist für uns ein wichtiges Anliegen.  
2446 Wir setzen uns dafür ein, Tiere artgerecht zu halten und sie als Teil  
2447 der Schöpfung zu achten und zu schützen. Tierversuche sollen so-  
2448 weit möglich reduziert und durch alternative Methoden ersetzt wer-  
2449 den. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlichen Rahmenbedin-  
2450 gungen für den Tier-, Natur- und Umweltschutz in der Europäischen  
2451 Union harmonisiert und international abgestimmt werden.

#### 2452 **Unser Naturerbe: Ein Stück Heimat**

2453 255. Die vielfältigen Naturlandschaften Deutschlands sind ein  
2454 besonders wertvoller Teil unserer Heimat. Wir wollen dieses reich-  
2455 haltige nationale Naturerbe auch für zukünftige Generationen erhal-  
2456 ten.

2457 256. Boden und unbebaute Fläche müssen als endliche Ressource  
2458 besonderen Schutz erfahren gerade im vergleichsweise dicht be-  
2459 siedelten Deutschland. Der Flächenverbrauch soll stark gesenkt  
2460 werden; unsere Politik wird dafür die Rahmenbedingungen schaf-  
2461 fen.

### 2462 **3. Zukunft für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum**

2463 257. Die Land- und Forstwirtschaft in Deutschland hat eine große  
2464 Bedeutung als Nahrungsmittelproduzent, Landschaftspfleger, Roh-  
2465 stoffproduzent und Energieerzeuger. Die Landwirte in Deutschland  
2466 produzieren gesunde Nahrungsmittel von hoher Qualität. Sie pfle-  
2467 gen die Kulturlandschaft und prägen den ländlichen Raum. Sie tun  
2468 dies im Bewusstsein der Verantwortung für Tier, Natur und Umwelt.  
2469 Sie erzeugen nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien.  
2470 Sie sind wichtige Auftraggeber für Handwerk und Gewerbe. Gleich-  
2471 zeitig sichern Land- und Forstwirtschaft die Grundlagen für Erho-  
2472 lung, Freizeit und Tourismus.

2473 258. Bei der Bewahrung und Schonung der Ressourcen spielt das  
2474 private Eigentum an Grund und Boden eine wichtige Rolle. Die  
2475 Selbstverantwortung und Identifikation der Menschen mit ihrem  
2476 Eigentum sind wirksamer als Auflagen des Staates. Die im Umwelt-  
2477 und Naturschutz im Interesse der Allgemeinheit ehren- und haupt-

2478 amtlich erbrachten Leistungen müssen honoriert werden. Sie soll-  
2479 ten vorrangig über vertragliche Vereinbarungen gestaltet werden.

2480 259. Leitbild der CDU ist eine multifunktionale und unternehmeri-  
2481 sche Landwirtschaft, die sich zu ihren bäuerlichen Wurzeln bekennt  
2482 und zugleich Kreativität und Innovationen fördert. Wir stehen für ein  
2483 gleichberechtigtes Nebeneinander von konventionellem und ökolo-  
2484 gischem Landbau. Beide Bewirtschaftungsformen tragen zu einer  
2485 Vielfalt des Nahrungsmittelangebots bei und erbringen wichtige  
2486 gesellschaftliche Leistungen.

2487 260. Wir wollen, dass auch im Rahmen der europäischen Agrarpoli-  
2488 tik die Produktions- und Arbeitsbedingungen der Landwirte verbes-  
2489 sert werden. Wir setzen uns für faire Wettbewerbsbedingungen auf  
2490 den internationalen Agrarmärkten ein. Dabei müssen auch Aspekte  
2491 des Umwelt-, Natur-, Verbraucher- und Tierschutzes verstärkt be-  
2492 rücksichtigt werden.

2493 261. Vor allem strukturschwache ländliche Gebiete benötigen auch  
2494 weiterhin eine aktive Förderung bei der Entwicklung ihrer Infrastruk-  
2495 tur – nicht zuletzt, um den ländlichen Raum lebenswert zu erhalten.

2496 262. Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen bzw. die Nutzung  
2497 erneuerbarer Energien bietet weit über die Land- und Forstwirt-  
2498 schaft hinaus große Chancen für eine neue wirtschaftliche und  
2499 technologische Dynamik. In diesem Bereich wollen wir die führende  
2500 Rolle Deutschlands ausbauen.

2501 263. Der Einsatz der grünen Gentechnik zur effizienteren Nutzung  
2502 von Rohstoffen, Rohstoffsicherung und zur Herstellung von Ener-  
2503 giepflanzen muss sorgfältig erforscht werden. Die grüne Gentechnik  
2504 kann zukünftig einen wichtigen Beitrag sowohl zur Ernährungssi-  
2505 cherung als auch zur Energiesicherheit leisten. Gegenüber wirt-  
2506 schaftlichen Überlegungen muss der Frage der Sicherheit und Un-  
2507 bedenkllichkeit Vorrang eingeräumt werden.

2508 264. Verstärkt fördern wollen wir eine multifunktionale Landwirt-  
2509 schaft, bei der neben dem Anbau auch die Verarbeitung und Ver-  
2510 marktung der Produkte über regionale Wirtschaftskreisläufe statt-  
2511 findet.

## 2512 **VII. AKTIVE BÜRGER, STARKER STAAT, WELTOFFENES LAND**

### 2513 **1. Bürgergesellschaft stärken - Eigeninitiative fördern**

2514 265. Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die unseren Staat bilden.  
2515 Deshalb wollen wir ein partnerschaftliches und vertrauensvolles  
2516 Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Wir wollen einen Staat, der  
2517 dem Bürger zur Seite steht, der gewährleistet, sichert, hilft, befähigt  
2518 und der jeweils kleineren Einheit Freiheit und Selbstverantwortung  
2519 ermöglicht.

2520 266. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre  
2521 politischen Institutionen bilden das Fundament für eine lebendige  
2522 Demokratie. Unser Ziel ist es, Akzeptanz und Ansehen dieser Ord-  
2523 nung fortwährend zu festigen.

2524 Demokratische Beteiligung des Bürgers drückt sich nicht nur in  
2525 Wahlen und Abstimmungen, sondern auch in anderen Formen der  
2526 Teilhabe am Gemeinwesen, wie das Ehrenamt, aus. Unsere leben-  
2527 dige Demokratie baut auf aktive Bürger.

2528 267. Bürgersinn stiftet gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Ein-  
2529 satz der Bürger ist durch nichts zu ersetzen. Jeder, ob jung oder alt,  
2530 erwerbstätig oder arbeitslos, hat Fähigkeiten, die das Gemeinwesen  
2531 bereichern können. Jeder Einzelne trägt Mitverantwortung für das  
2532 Gemeinwohl. Bürgersinn und Verantwortungsbewusstsein erweisen  
2533 sich in Ehe und Familie, in Arbeitswelt, in Vereinen und Bürgerinitia-  
2534 tiven sowie in Gemeinden und Staat.

2535 268. Ohne ehrenamtliches Engagement würde unsere Gesellschaft  
2536 verarmen. Menschen die ein Ehrenamt ausüben, die freiwillige sozi-  
2537 ale Arbeit leisten oder bürgerschaftliche Projekte zum Leben erwe-  
2538 cken, müssen gefördert und dürfen nicht durch Vorschriften und  
2539 Reglementierungen entmutigt werden.

2540 269. Wir wollen Bürger, die offen für bürgerschaftliches Engage-  
2541 ment und die Übernahme von Verantwortung sind. Wir setzen uns  
2542 für die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und des Freiwilli-  
2543 genjahrs in den Berufsbiographien ein.

2544 270. Viele Menschen, insbesondere auch Unternehmerinnen und  
2545 Unternehmer leisten wertvolle Beiträge für unser Gemeinwohl. Mit  
2546 einer weiteren Verbesserung des Stiftungsrechtes und des Gemein-  
2547 nützigkeitsrechts wollen wir ihr Engagement unterstützen.

2548 271. Verbände und andere gesellschaftliche Organisationen und  
2549 Gruppen gehören zu einer aktiven und freien Bürgergesellschaft.  
2550 Sie bestimmen ihre Aufgaben innerhalb der Grenzen des Gemein-  
2551 wohls selbständig. Sie treiben die gesellschaftliche und politische  
2552 Diskussion voran. Auch für die Organisation von Gruppeninteres-  
2553 sen gilt: In einem demokratischen Gemeinwesen gibt es kein Recht  
2554 ohne Pflicht und keine Freiheit ohne Verantwortung.

## 2555 **2. Für einen starken Staat: Freiheit und Sicherheit für die Bürger**

2556 272. Unser Staat dient der Würde und der Freiheit des Menschen. Er  
2557 bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die Grundrechte. Er  
2558 soll das Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft fördern.

2559 273. Zu den Kernaufgaben des Staates gehört, die Grundrechte zu  
2560 schützen und Machtmissbrauch zu verhindern. Er soll den Bürger

2561 vor Gefährdungen von innen und außen schützen und der internati-  
2562 onalen Verantwortung für Freiheit und Frieden nachkommen. Er soll  
2563 die freie Entfaltung der Person ermöglichen, die Schwachen stärken  
2564 und für die solidarische Absicherung vor Risiken sorgen, die der  
2565 Einzelne nicht tragen kann. Zudem hat der Staat die für das  
2566 menschliche Zusammenleben unerlässliche Ordnung zu erhalten  
2567 und fortzuentwickeln sowie die Freiheit und Vielfalt der gesell-  
2568 schaftlichen Kräfte zu wahren. Er hat die natürlichen Lebensgrund-  
2569 lagen für uns und zukünftige Generationen zu erhalten und zur Be-  
2570 wahrung der Schöpfung beizutragen.

2571 274. Damit sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren  
2572 kann, darf er weder mit Anforderungen überfrachtet werden noch  
2573 solche Aufgaben behalten oder an sich ziehen, deren Übernahme  
2574 den Grundsätzen der Eigenverantwortung, Freiheit und Subsidiari-  
2575 tät widerspricht. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist die  
2576 Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur. Wir  
2577 wollen einen starken, aber schlanken Staat.

#### 2578 **Freiheit in Verantwortung vor Gott und den Menschen**

2579 275. Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er  
2580 selbst nicht garantieren kann. Wertüberzeugungen lassen sich nicht  
2581 staatlich verordnen. Sie bilden vielmehr den gewachsenen gesell-  
2582 schaftlichen Konsens, aus dem heraus Freiheit und Verantwortung  
2583 gelebt werden.

2584 276. Wir bekennen uns in der Präambel des Grundgesetzes zur Ver-  
2585 antwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz beruht  
2586 auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie haben unser Land  
2587 und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein  
2588 zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu verschaffen, verste-  
2589 hen wir als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christ-  
2590 liche Symbole müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Sie  
2591 sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und  
2592 Feiertage.

2593 277. Gleichzeitig erkennen wir an, dass auch andere Religionen  
2594 Werte vermitteln, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesell-  
2595 schaft und unsere freiheitliche Grundordnung ausüben können. Wir  
2596 achten alle Religionszugehörigkeiten. Besondere Verantwortung  
2597 tragen wir für die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Sie sind  
2598 Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Ge-  
2599 sellschaft. Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement tragen sie  
2600 zugleich zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.

2601 278. Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit  
2602 der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Wir sehen sie in der  
2603 Mitverantwortung für das Gemeinwohl. Wir anerkennen ihre vor-  
2604 bildlichen Leistungen im praktischen Dienst am Nächsten. Die Frei-  
2605 heit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft  
2606 hinein zu wirken, muss unantastbar bleiben. Unsere freiheitliche

2607 Rechtsordnung garantiert das Recht auf freie Religionsausübung.  
2608 Wir erwarten von den Staaten und Regierungen in aller Welt, dass  
2609 sie in ihren Ländern Religionsfreiheit gewähren. Wir wollen den  
2610 ständigen Dialog der Religionen unterstützen.

#### 2611 **Freiheitlich-demokratische Grundordnung**

2612 279. Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutsch-  
2613 land ist die Werteordnung des Grundgesetzes. Auf diesem bewähr-  
2614 ten Fundament hat sich unsere Nation in einem demokratischen,  
2615 freiheitlichen, sozialen und föderalen Rechtsstaat vereint.

2616 280. Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, die politi-  
2617 sche Führung und demokratische Verantwortung miteinander ver-  
2618 bindet. Repräsentative Demokratie schließt Elemente unmittelbarer  
2619 Demokratie nicht aus. Diese können das repräsentative System auf  
2620 den regionalen Ebenen sinnvoll ergänzen.

2621 281. Wir leben in einer Gesellschaft mit verschiedenen  
2622 Weltanschauungen, Meinungen und Interessen. Das erfordert eine  
2623 demokratische Willensbildung, in der die widerstreitenden Meinun-  
2624 gen und Interessen zu Mehrheiten zusammengefasst werden, ohne  
2625 die Anliegen und  
2626 Überzeugungen der Minderheiten zu missachten. Das Mehrheits-  
2627 prinzip verbindet sich mit dem Schutz der Minderheiten.

2628 282. Politische Parteien tragen eine besondere Verantwortung für  
2629 Staat und Gesellschaft. Sie greifen gesellschaftliche Anliegen auf,  
2630 wirken an der politischen Willensbildung mit und fördern die aktive  
2631 Teilnahme der Bürger am politischen Leben. Sie erfüllen ihren Auf-  
2632 trag, wenn sie klare sachliche und personelle Alternativen dem  
2633 Wähler zur Entscheidung stellen. Ihre Meinungsbildung und Arbeit  
2634 müssen transparent sein.

2635 Volksparteien wenden sich an alle Menschen in Deutschland. Die  
2636 CDU als Volkspartei der Mitte ist ganz besonders in der Lage, unter-  
2637 schiedliche Interessen zu bündeln und auf das Gemeinwohl hin  
2638 auszurichten.

2639 283. Unserer freien Gesellschaft entsprechen Freiheit und Verant-  
2640 wortung der Medien. Sie wirken bei der Bildung der öffentlichen  
2641 Meinung mit und tragen zur Kontrolle staatlicher Macht bei. Ihre  
2642 Unabhängigkeit und Vielfalt sind hierfür die Voraussetzung.

#### 2643 **Freiheit und Sicherheit im Rechtsstaat**

2644 284. Freiheit zu sichern und das Zusammenleben der Menschen zu  
2645 ordnen, ist Aufgabe des Rechts. Im Rechtsstaat unterliegt die Aus-  
2646 übung staatlicher Gewalt der Bindung an Recht und Gesetz. Das  
2647 Recht gibt unserer Gesellschaft einen Ordnungsrahmen. Es vermit-  
2648 telt Werte und zieht dem Machbaren dort Grenzen, wo Menschen-  
2649 würde und Freiheit bedroht sind. Zum Rechtsstaat gehört auch  
2650 Rechtssicherheit.

2651 285. Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des  
2652 Menschen. Sie schließen sich nicht aus, sondern bedingen einan-  
2653 der. Aus dem hoheitlichen Anspruch des Staates auf das Gewalt-  
2654 monopol resultiert seine Verpflichtung, Freiheit und Sicherheit zu  
2655 gewährleisten. Der Staat, der sich nicht gegen seine Feinde vertei-  
2656 digt, verspielt die Freiheit seiner Bürger. Wir brauchen daher Wach-  
2657 samkeit gegenüber jeder Form von Intoleranz, Extremismus und  
2658 Gewalt. Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben.

2659 286. Die Verhinderung von Straftaten, der Schutz vor Gefahren für  
2660 die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Aufklärung und  
2661 Ahndung von Verbrechen und Vergehen sind unabdingbare Vor-  
2662 aussetzungen für ein friedliches Zusammenleben. So müssen sich  
2663 Eltern und Staat insbesondere dem Kampf gegen die Gewalt von  
2664 Jugendlichen annehmen, die sich vielfach aus nicht gelungener  
2665 Integration, falsch verstandenem Rollenverhalten und Perspektivlo-  
2666 sigkeit ergibt. Nur wer ohne Angst um sich, seine Familie und sein  
2667 Eigentum leben kann, hat Vertrauen in unseren Staat. Wer die Si-  
2668 cherheit vernachlässigt, setzt die Akzeptanz des Staats aufs Spiel.

2669 287. Wer Recht bricht und sich damit gegen die Werteordnung  
2670 unserer Gesellschaft stellt, muss mit konsequenter Verfolgung und  
2671 zügiger Bestrafung rechnen. Polizei und Staatsanwaltschaft schüt-  
2672 zen vor Kriminalität. Eine wehrhafte Demokratie muss es ihren  
2673 staatlichen Organen erlauben, sich im Rahmen festgelegter Grenzen  
2674 die zur Kriminalitätsbekämpfung notwendigen Informationen zu  
2675 beschaffen. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

2676 288. Der international operierende Terrorismus und die organisierte  
2677 Kriminalität nehmen zu. Die Bürger haben das Recht, davor ge-  
2678 schützt zu werden. Die internationale Zusammenarbeit von Strafver-  
2679 folgungsbehörden und Justiz muss ausgebaut werden. Grenzenlo-  
2680 ser Kriminalität muss unbegrenzt Recht entgegengehalten werden  
2681 können.

2682 289. Der politische Islamismus und der terroristische Islamismus,  
2683 die jeweils ihre radikale Interpretation des Islam über unsere Ver-  
2684 fassung stellen, sind eine besondere Gefahr für die Menschen in  
2685 Deutschland, auch für die verfassungstreue Mehrheit unter den  
2686 Muslimen. Wir werden den gesellschaftlichen Zusammenhalt aller  
2687 Demokraten über die Religionsgrenzen hinweg aktiv fördern und  
2688 zugleich den gewaltbereiten Fundamentalismus konsequent be-  
2689 kämpfen.

2690 290. Die innere Sicherheit hat durch die neuen Herausforderungen  
2691 eine globale Dimension bekommen. Instrumente und Organe der  
2692 inneren und äußeren Sicherheit müssen miteinander verzahnt wer-  
2693 den. In einem nationalen Sicherheitskonzept ist die Zusammenar-  
2694 beit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu verbessern.

2695 Bestandteil eines solchen Konzepts zur Stärkung des Heimatschut-  
2696 zes ist auch die Bundeswehr. In besonderen Gefährdungslagen  
2697 muss ihr Einsatz im Innern möglich sein. Die Streitkräfte sollen ihre  
2698 besonderen Fähigkeiten bei der Bewältigung von terroristischen  
2699 Gefahren und im Katastrophenschutz ergänzend zur Polizei von  
2700 Bund und Ländern im Rahmen festgelegter Grenzen einbringen  
2701 können.

#### 2702 **Entbürokratisierung vorantreiben**

2703 291. Wir lehnen einen Staat ab, der alle Lebensbereiche der Men-  
2704 schen regelt. Wir wenden uns gegen Überregulierung durch Ge-  
2705 setze und Verordnungen und Überbürokratisierung der Verwaltung.  
2706 Bürgerliche Freiheit und Soziale Marktwirtschaft dürfen nicht in  
2707 einer Normenflut ertrinken. Der Gesetzgeber muss die Notwendig-  
2708 keit jeder Vorschrift prüfen und belegen. Es gilt der Grundsatz:  
2709 Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es  
2710 notwendig, kein Gesetz zu erlassen. Gesetze müssen verständlich  
2711 und so kurz wie möglich sein. Verwaltungsprozesse und Behörden-  
2712 strukturen sind zu vereinfachen, die Angebote des E-Governments  
2713 zu erweitern.

2714 292. Überflüssige Bürokratie abzubauen ist eine Daueraufgabe, un-  
2715 verzichtbar für den Staat und eine aktive Bürgergesellschaft. Die  
2716 Menschen können und wollen mehr mit und in unserer Gesellschaft  
2717 tun als ihnen eine unübersichtliche und undurchsichtige staatliche  
2718 Zuständigkeitsverteilung erlaubt. Wir wollen für alle staatlichen  
2719 Ebenen, wie für die europäische Ebene, klare Zuständigkeiten und  
2720 Verantwortungsbereiche. Die Hierarchie der Rechtssetzungsebenen  
2721 macht es immer schwerer, auf einer Ebene allein Rechtsvereinfachung  
2722 durchzusetzen. Deshalb gilt es, alle Anstrengungen zur Ent-  
2723 bürokratisierung zu bündeln.

#### 2724 **Effektive Justiz und konsequenter Justizvollzug**

2725 293. Die unabhängige Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaats.  
2726 Sie schützt die Bürger vor Willkür und Machtmissbrauch und sorgt  
2727 dafür, dass jeder zu seinem Recht kommt.

2728 Lange Verfahrensdauern vereiteln die zügige Wiederherstellung des  
2729 Rechtsfriedens. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Gerichte und  
2730 Staatsanwaltschaften erhalten und wo nötig verbessern.

2731 294. Der Justizvollzug muss den Sicherheitsinteressen der Bürger  
2732 Rechnung tragen. Vor dauerhaft gefährlichen Straftätern müssen  
2733 die Bürger auch dauerhaft geschützt werden. Sicherheit und Reso-  
2734 zialisierung stehen nicht im Widerspruch zueinander. Auch Reso-  
2735 zialisierung hat sich an dem Ziel zu orientieren, die Bürger vor Krimi-  
2736 nalität zu schützen. Opferschutz geht vor Täterschutz.

#### 2737 **Sozialstaatlichkeit**

2738 295. Freiheitlicher Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen sich. Ein  
2739 gerechtes Sozialsystem muss die Rahmenbedingungen eines men-

2740 schenwürdigen Daseins für alle sichern und Hilfe in unverschulde-  
2741 ten Notlagen garantieren. Soziale Gerechtigkeit hat sich insbeson-  
2742 dere gegenüber den Schwachen zu bewähren. Sozialstaatliche Da-  
2743 seinsvorsorge darf nicht zur Entmündigung durch den Staat führen.  
2744 Sie muss die Leistungsfähigkeit des Einzelnen und sein solidari-  
2745 sches Engagement fördern.

### 2746 **Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung**

2747 296. Die föderale Struktur Deutschlands ist Ausdruck von gewach-  
2748 senem kulturellem und geschichtlichem Selbstverständnis, von  
2749 Heimat und Identität seiner Bürger. Föderalismus und kommunale  
2750 Selbstverwaltung sind wesentliche Ordnungsprinzipien unseres  
2751 Staates. Wir wollen sie erhalten und weiterentwickeln. Sie tragen  
2752 dazu bei, die Freiheit der Menschen zu sichern und staatliche Macht  
2753 aufzuteilen. Sie ermöglichen, den Eigenarten und besonderen Inte-  
2754 ressen einzelner Regionen und Gemeinden gerecht zu werden. Zu-  
2755 dem erhält jeder Bürger zusätzliche Möglichkeiten der politischen  
2756 Mitwirkung.

2757 297. Öffentliche Aufgaben sollen im Sinne der Bürgernähe auf kom-  
2758 munalen Ebene erfüllt werden, wo immer dies möglich und sinnvoll  
2759 ist. Bei der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern muss  
2760 das Subsidiaritätsprinzip Anwendung finden.

2761 298. Die Kooperation der Länder untereinander und die Mitwirkung  
2762 der Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes sind  
2763 Grundsätze unserer föderalen Ordnung. Politische Verantwortlich-  
2764 keit muss erkennbar sein.

2765 299. Der Föderalismus gewinnt gerade vor dem Hintergrund der  
2766 Globalisierung und der Erweiterung und Vertiefung der Europäi-  
2767 schen Union an Bedeutung hinzu. Deutschland bereichert den Pro-  
2768 zess der europäischen Integration durch seine föderalen Strukturen  
2769 und die damit verbundenen Erfahrungen.

### 2770 **3. Integrationsland Deutschland**

2771 300. Für die CDU ist die Integration von Zuwanderern, insbesondere  
2772 von Kindern und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation,  
2773 in unsere Gesellschaft eine politische Schlüsselaufgabe. Wir ver-  
2774 stehen Integration als einen fortschreitenden positiven Prozess in  
2775 der Verantwortung der Politik, der Migranten und der gesamten Ge-  
2776 sellschaft. Migration und Integration sind zu gestalten; wir verste-  
2777 hen sie als Chance und Bereicherung. Unsere Politik muss sich an  
2778 den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen Deutsch-  
2779 lands orientieren, die europäische Dimension von Migration konse-  
2780 quent berücksichtigen, sich ihrer humanitären Verpflichtungen und  
2781 ihrer Verantwortung im Hinblick auf die weniger entwickelten Län-  
2782 der bewusst sein.

2783 301. Wir brauchen eine kontrollierte Zuwanderung von gut ausgebil-  
2784 deten, leistungsbereiten und integrationswilligen Menschen, die bei  
2785 uns leben, arbeiten und unser Land als Heimat annehmen wollen.  
2786 Für diese Menschen muss Deutschland attraktiv sein. Sie sind ein  
2787 Gewinn für unser Land.

2788 302. Wir halten in historischer Verantwortung an unserer Politik der  
2789 Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesse-  
2790 rung der Lebensgrundlagen in den Herkunftsgebieten fest.

2791 303. Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land, in dem  
2792 Deutsche und Ausländer friedlich zusammen leben und arbeiten.  
2793 Deutschland hat immer wieder Menschen aufgenommen und diese  
2794 zumeist erfolgreich integriert, damit sie ihre Talente entfalten, unser  
2795 Land geistig, kulturell und sozial befruchten und weiter voranbrin-  
2796 gen konnten. Durch ihre Leistungen haben sie sich Anerkennung  
2797 erworben. Gleichzeitig gewährt die Bundesrepublik Deutschland  
2798 zahlreichen Menschen aus humanitären Gründen Zuflucht, wie es  
2799 der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringen-  
2800 den Verantwortung entspricht.

2801 304. Deutschland ist Integrationsland. Integration bedeutet die  
2802 Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis allgemein ge-  
2803 teilter und gelebter Grundwerte. Integration bedeutet auch, Verant-  
2804 wortung für unser Land zu übernehmen. Ein unverbundenes Ne-  
2805 beneinander und die Bildung von Parallelgesellschaften, in denen  
2806 unsere Rechtsordnung missachtet wird, lehnen wir ab. Wer in  
2807 Deutschland leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen  
2808 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung annehmen,  
2809 ohne seine Herkunft zu verleugnen und seine Wurzeln aufzugeben.  
2810 Wo aber Menschenrechte und Demokratie in Frage gestellt werden,  
2811 gibt es kein Recht auf kulturelle Differenz. Dies gilt insbesondere für  
2812 den Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.  
2813 Darüber müssen sich alle einig sein, Zuwanderer wie Aufnehmende.  
2814 Integrationsverweigerung wird nicht folgenlos bleiben.

2815 305. Klare und nachvollziehbare Anforderungen stellen für uns kein  
2816 Hindernis, sondern die Grundlage für gesellschaftliche Integration  
2817 dar. Unser Grundsatz lautet Fordern und Fördern. Die CDU steht für  
2818 eine umfassende Integrationsförderung. Integration betrifft alle Poli-  
2819 tikkfelder.

2820 306. Gelingende Integration liegt in der Verantwortung des Einzel-  
2821 nen, der Gesellschaft und des Staates. Sie braucht das Zusammen-  
2822 wirken aller und berührt alle Lebensbereiche. Integration entschei-  
2823 det sich im Zusammenleben vor Ort in den Kommunen. Gefordert  
2824 sind insbesondere die Kirchen, die Religionsgemeinschaften, Kul-  
2825 tur- und Bildungseinrichtungen, Migrantenorganisationen, die Me-  
2826 dien, der Sport, Stiftungen, Vereine und Verbände, Unternehmen  
2827 und Gewerkschaften. Dabei profitieren wir alle von einer erfolgrei-

2828 chen Integration und einer gesteuerten Zuwanderung, sowohl in  
2829 Wirtschaft und Arbeit, als auch im alltäglichen Leben miteinander.

2830 307. Die Einbürgerung als Ausdruck eines erfolgreichen Integra-  
2831 tionsprozesses wird von uns als Verwirklichung gleichberechtigter  
2832 Teilhabe mit allen Rechten und Pflichten verstanden. Dies ist ein  
2833 entscheidender Moment im Leben des Einzelnen, der damit seine  
2834 Loyalität gegenüber unserem Staat zum Ausdruck bringt. Dies gilt  
2835 es anzuerkennen und angesichts rückläufiger Einbürgerungszahlen  
2836 mit Augenmaß zu fördern.

2837 308. Die CDU steht für ein politisches Gesamtkonzept, das Arbeits-  
2838 markt- und Sozialpolitik, Familien-, Bildungs- und Ausländerpolitik  
2839 zu einer neuen Integrationspolitik verknüpft. Auf diesem Wege  
2840 kommen wir zu einer partnerschaftlichen Gesellschaft.

## 2841 **VIII. DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG UND INTERESSEN** 2842 **WAHRNEHMEN**

### 2843 **1. Deutschlands Chance Europa**

2844 309. Die CDU ist die deutsche Europapartei. Von Beginn an hat sie  
2845 den europäischen Einigungsprozess leidenschaftlich vorangetrie-  
2846 ben. Wir setzen uns für die Fortsetzung dieses Prozesses ein. Die  
2847 Europäische Union ist im Interesse aller Mitgliedstaaten. Die Stärke  
2848 Europas ist immer auch die Chance Deutschlands.

2849 310. Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft. Die National-  
2850 staaten und die Identität ihrer Völker sind prägende Bestandteile  
2851 eines Europas der Einheit in Vielfalt. Die gemeinsamen Traditionen,  
2852 die religiösen, ideen- und geistesgeschichtlichen Fundamente un-  
2853 seres Kontinents verbinden seine Völker über nationale und regio-  
2854 nale, politische und wirtschaftliche Unterschiede hinweg.

2855 311. Das christliche Bild vom Menschen ist als Teil des gemeinsa-  
2856 men europäischen Erbes wesentlich für die europäische Identität.  
2857 Es bleibt auch im Zeitalter der Globalisierung die Grundlage für die  
2858 Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in Europa.

2859 312. Im eigenen Interesse muss Deutschland eine aktive Rolle bei  
2860 der Vollendung der Einheit Europas übernehmen. Ein geeintes Eu-  
2861 ropa kann am besten unsere Interessen im Zeitalter der Globalisie-  
2862 rung gemeinsam mit den transatlantischen Partnern, mit denen uns  
2863 gemeinsame Werte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
2864 verbinden, wahrnehmen.

2865 313. Die europäische Einigung ist die größte politische Erfolgsges-  
2866 chichte unseres Kontinents. Sie ist Modell und Orientierungspunkt  
2867 für viele Teile der Welt. Seit dem Zweiten Weltkrieg bringt sie Euro-  
2868 pa Freiheit, Frieden und Wohlstand. Heute garantiert uns die Euro-

2869 päische Union mehr Sicherheit im Innern und nach außen. Wir sind  
2870 überzeugt: Die Europäische Union ist die beste Antwort auf Heraus-  
2871 forderungen wie Globalisierung, Migration, neue Bedrohungen un-  
2872 serer Sicherheit, Klimawandel und Energiesicherheit.

2873 314. Wesentlich für die Europäische Union ist ihre Akzeptanz durch  
2874 ihre Bürger. Sie muss bei den Bürgern neue Überzeugungskraft ge-  
2875 winnen, weil Frieden, Wohlstand und Sicherheit heute für die meis-  
2876 ten Europäer selbstverständlich sind. Wir wollen mit unserer Politik  
2877 das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union stärken.

2878 315. Wir wollen ein starkes und handlungsfähiges Europa. Die Euro-  
2879 päische Union muss sich daher gemäß dem Subsidiaritätsprinzip  
2880 auf jene Aufgaben konzentrieren, die die europäische Ebene besser  
2881 als die Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen erfüllen  
2882 kann. Die Europäische Union muss demokratisch, transparent,  
2883 handlungsfähig, unbürokratisch und bürgernah gestaltet werden.

2884 316. Der Einsatz der Finanzmittel der Europäischen Union soll  
2885 gezielter, effizienter und zukunftsorientierter gestaltet, das Finanzie-  
2886 rungssystem grundlegend und entsprechend der Wirtschaftskraft  
2887 der einzelnen Mitgliedstaaten reformiert werden. Auch in diesem  
2888 Zusammenhang werden wir den Menschen verdeutlichen, welche  
2889 Vorteile Europa für sie hat und welche Zukunftsperspektiven sich  
2890 ihnen eröffnen.

2891 317. Die Europäische Union als eine Union der Bürger und der Mit-  
2892 gliedstaaten braucht eine neue vertragliche Grundlage, die auf den  
2893 gemeinsamen Werten und dem europäischen Menschenbild – das  
2894 maßgeblich durch Christentum, Judentum, Antike und Aufklärung  
2895 geprägt ist – aufbauen muss. Die Charta der Grundrechte ist ein  
2896 Ausdruck dieser Werte. Wir treten für einen Gottesbezug ein.

2897 318. Der Nationalstaat wird sich wandeln, aber auf Dauer Bestand  
2898 haben. Im Rahmen der ihr von den Mitgliedsstaaten zugewiesenen  
2899 Kompetenzen arbeitet die Europäische Union nach bundesstaatli-  
2900 chen Prinzipien und Methoden.

2901 319. Wir wollen die Demokratie in der Europäischen Union und die  
2902 Rechte des Europäischen Parlaments weiter stärken. Europäisches  
2903 Parlament und Rat der Europäischen Union müssen gleichberech-  
2904 tigt an jeder europäischen Gesetzgebung im Sinne eines Zweikam-  
2905 mersystems mitwirken. Die nationalen Parlamente der Mitgliedstaa-  
2906 ten müssen auch in Zukunft die Übertragung von Hoheitsbefugniss-  
2907 en der Mitgliedstaaten auf die Europäische Union legitimieren. Sie  
2908 sollen auch eine wichtige Rolle bei der Kontrolle des Subsidiaritäts-  
2909 und Verhältnismäßigkeitsprinzips übernehmen. Das Bürgervotum  
2910 bei der Wahl des Europäischen Parlaments muss sich in der Wahl  
2911 des Präsidenten der Kommission durch das Europäische Parlament  
2912 widerspiegeln.

2913 320. Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Heraus-  
2914 bildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum  
2915 Ausdruck des Willens der Bürger der Europäischen Union bei. Wir  
2916 Christliche Demokraten erfüllen diesen Auftrag als Mitglied der Eu-  
2917 ropäischen Volkspartei (EVP).

2918 321. Deutschland als Land in der Mitte Europas ist auf gute Bezie-  
2919 hungen zu seinen Nachbarn angewiesen. Als die bevölkerungs-  
2920 reichste und größte Volkswirtschaft der Europäischen Union haben  
2921 wir unseren Beitrag zum europäischen Einigungswerk als selbst-  
2922 bewusstes, weltoffenes und Brücken schlagendes Land zu leisten.  
2923 Wir sind überzeugt: Europa gelingt nur gemeinsam – im gleichbe-  
2924 rechtigten Miteinander der großen wie der kleineren, der älteren wie  
2925 der neuen Mitgliedstaaten. Frankreich und Deutschland sind Motor  
2926 bei der weiteren Gestaltung der Europäischen Union.

2927 322. Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische  
2928 Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich. Wir treten für ein in-  
2929 ternationales und europäisches Volksgruppen und Minderheiten-  
2930 recht, das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein.

2931 323. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Gren-  
2932 zen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige  
2933 Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die  
2934 in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblie-  
2935 ben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland  
2936 und seinen Nachbarn beim weiteren Zusammenwachsen Europas  
2937 wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art müssen international geäch-  
2938 tet und verletzte Rechte anerkannt werden.

2939 324. Die bisherigen Erweiterungsrounden der Europäischen Union  
2940 waren Erfolge. Sie haben die Zone der Stabilität ausgeweitet und  
2941 Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Für  
2942 viele Menschen auch auf dem westlichen Balkan und in Osteuropa  
2943 ist die Europäische Union zum Leitbild einer offenen Gesellschaft,  
2944 eines friedlichen Miteinanders der Völker und damit zum Hoffnungs-  
2945 träger für ihre politische und wirtschaftliche Zukunft geworden. Die  
2946 Europäische Union muss ihrer Verantwortung gegenüber den Völ-  
2947 kern in diesen europäischen Regionen gerecht werden.

2948 Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht in je-  
2949 dem Fall die einzige Antwort hierauf sein. Nicht nur die Erfüllung  
2950 der Beitrittskriterien ist der Maßstab für die Aufnahme neuer Mit-  
2951 glieder, sondern auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen  
2952 Union selbst.

2953 325. Die weitere Vertiefung der Europäischen Union bestimmt we-  
2954 sentlich den künftigen Erweiterungsprozess. Zusammenhalt und  
2955 Handlungsfähigkeit müssen verbessert werden, der Integrations-  
2956 prozess weiter vorangehen. Der europäische Erweiterungsprozess  
2957 muss zur Stärkung der europäischen Identität beitragen. Assoziiere-

2958 rungsverträge und besondere Partnerschaften sowie multilaterale  
2959 Kooperationsmodelle wie der Europäische Wirtschaftsraum können  
2960 als Zwischenschritte oder auch als dauerhafte Lösungen vereinbart  
2961 werden. Nur europäische Staaten können der Europäischen Union  
2962 beitreten.

2963 326. Für die Sicherheit und den Wohlstand der Europäischen Union  
2964 und ihrer Mitgliedstaaten sind die Stabilität und der Wohlstand der  
2965 Staaten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft von zentraler Bedeu-  
2966 tung. Die Europäische Union braucht daher maßgeschneiderte Ab-  
2967 kommen und gute Beziehungen mit ihren Nachbarn.

2968 327. Die gemeinsame europäische Währung stärkt den Zusammen-  
2969 halt und die wirtschaftliche Kraft der Mitgliedsländer. Durch sie  
2970 wurde die politische Einigung unumkehrbar. Die Zollunion, der Bin-  
2971 nenmarkt und der Euro haben wesentlich zur Stabilität, zum  
2972 Wohlstand und zur globalen Konkurrenzfähigkeit Europas beigetra-  
2973 gen. Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung, denn es  
2974 macht uns stark im internationalen Wettbewerb.

2975 Die Vollendung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Binnen-  
2976 markts bleibt eine Daueraufgabe. Der Nutzen des gemeinsamen  
2977 Marktes darf nicht durch Überregulierung geschmälert werden. Die  
2978 Europäische Union muss intensive Anstrengungen unternehmen,  
2979 um auf dem Weltmarkt seinen Platz zu behaupten und seine Wett-  
2980 bewerbschancen zu verbessern. Dazu zählt auch die strikte Einhal-  
2981 tung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Ebenso  
2982 müssen Forschung, Entwicklung und Ausbildung erheblich geför-  
2983 dert werden.

2984 328. Technischer Fortschritt ist der wichtigste Faktor für hohe Pro-  
2985 duktivität und Wirtschaftswachstum. Auch die Europäische Union  
2986 braucht eine Hochtechnologiestrategie, damit auf Dauer in Europa  
2987 gut bezahlte und konkurrenzfähige Arbeitsplätze erhalten bleiben.  
2988 Die Zukunft liegt in einem innovationsfreudigen Europa des Wis-  
2989 sens.

2990 329. Wir wollen, dass Europa eine Wohlstandsregion bleibt. Wir ver-  
2991 treten die Soziale Marktwirtschaft als europäisches Wirtschafts- und  
2992 Sozialmodell. In wichtigen Bereichen der Sozial- und auch der Um-  
2993 weltpolitik müssen europaweit einheitliche Mindeststandards  
2994 verankert werden, die einen fairen Wettbewerb ermöglichen, das  
2995 Wettbewerbsgefälle innerhalb der Europäischen Union begrenzen  
2996 und keinen Mitgliedstaat überfordern. Nur gemeinsam können wir  
2997 als Europäische Union auch globale, von unseren Werten geprägte  
2998 Standards durchsetzen. Dabei messen wir der transatlantischen  
2999 Wirtschaftspartnerschaft Priorität bei.

3000 330. Ein wichtiges Ziel ist es, den Bewegungsspielraum für Bürger  
3001 und Unternehmen durch den Abbau von Vorschriften und Verwal-  
3002 tungskosten zu erweitern. Ein europäischer unabhängiger Normen-

3003 kontrollrat kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Auch bei  
3004 der Umsetzung von europäischem Recht in deutsches Recht muss  
3005 eine Überreglementierung vermieden werden.

3006 331. Das Gemeinschaftsrecht muss vereinfacht und die Qualität der  
3007 Folgenabschätzung europäischer Rechtsetzungsvorhaben erhöht  
3008 werden. Auch in der Europäischen Union muss es eine regelmäßige  
3009 Überprüfung anhängiger Rechtsetzungsvorhaben geben, wie dies in  
3010 Deutschland durch das Prinzip der Diskontinuität erreicht wird.  
3011 Unser Ziel ist ein modernes Europa mit günstigen Standortbedin-  
3012 gungen.

3013 332. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit gehört zu den Kern-  
3014 aufgaben nationaler und europäischer Politik. Mit der schrittweisen  
3015 Verwirklichung des Gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicher-  
3016 heit und des Rechts leistet die Europäische Union einen wichtigen  
3017 Beitrag zu mehr Freiheit und Freizügigkeit für die Bürger. Gleichzei-  
3018 tig ermöglicht sie eine effektivere Bekämpfung von Terrorismus und  
3019 sonstigen Formen internationaler Kriminalität.

3020 333. Auf der Grundlage des entschlossenen und aktiven Eintretens  
3021 für unsere gemeinsamen Werte brauchen wir insbesondere einen  
3022 verbesserten grenzüberschreitenden Informationsaustausch der  
3023 Polizei- und Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten. Die vorhan-  
3024 denen Informationssysteme müssen ausgebaut und unter Einsatz  
3025 neuester technischer Entwicklungen an die neuen Herausforderun-  
3026 gen der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung angepasst wer-  
3027 den. Daneben brauchen wir eine Stärkung gemeinsamer Institutio-  
3028 nen wie EUROPOL und EUROJUST und engere direkte Kooperation  
3029 der nationalen Polizeibehörden. Die wirksame Bekämpfung der ille-  
3030 galen Migration, die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen  
3031 europäischen Asylpolitik und ein verstärkter europäischer Erfah-  
3032 rungsaustausch zu Fragen der Integration sind weitere Aufgaben,  
3033 denen wir uns auf der europäischen Ebene stellen wollen.

3034 334. Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik  
3035 eingebettet in eine integrierte Sicherheitsstrategie, die auch die  
3036 Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst. Die Europäische Union  
3037 muss den Prozess der Globalisierung nach ihren Interessen und  
3038 Werten gemäß der Größe ihrer Bevölkerungszahl und ökonomi-  
3039 schen Leistungskraft mitgestalten. Dafür ist es notwendig, dass  
3040 auch die politischen und institutionellen Voraussetzungen geschaf-  
3041 fen werden, damit die Europäische Union mit einer Stimme spre-  
3042 chen kann und handlungsfähig ist. Dann wird sie sich auch über-  
3043 zeugend mit ihren reichen Erfahrungen beim Aufbau einer regiona-  
3044 len Friedensordnung auf gemeinschaftlicher Grundlage und eines  
3045 Binnenmarktes als ein attraktiver Partner für andere Weltregionen  
3046 anbieten können.

3047 335. Ein unverzichtbarer Teil unseres erweiterten Sicherheitsver-  
3048 ständnisses ist die Entwicklungszusammenarbeit. Die Europäische

3049 Union ist die größte Gebergemeinschaft. Um die dafür erforderliche  
3050 Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, ist es jedoch dringend  
3051 erforderlich, dass die Mittelvergabe und -verwendung transparent  
3052 ausgestaltet sowie eng mit den nationalen Politiken abgestimmt  
3053 wird. Sie muss dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe, die insbesondere  
3054 den Menschen vor Ort zugute kommen muss, entsprechen und vor  
3055 allem gute Regierungsführung und effiziente Verwaltung einschließ-  
3056 lich Korruptionsbekämpfung fördern.

3057 336. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)  
3058 muss als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen  
3059 Union ausgebaut werden. Wir bekennen uns zu einer europäischen  
3060 Verteidigung einschließlich einer politischen und militärischen Bei-  
3061 standsverpflichtung komplementär zur NATO. Die Europäische  
3062 Union muss daher über Möglichkeiten des eigenen militärischen  
3063 Handelns verfügen können. Mit der Bundeswehr trägt Deutschland  
3064 entscheidend zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und  
3065 Verteidigungspolitik bei. Wir setzen uns auch weiterhin für eine In-  
3066 tegration nationaler Einheiten in europäische Sicherheitsstrukturen  
3067 mit einer europäischen Armee als Fernziel ein.

3068 337. Die transatlantischen Beziehungen waren stets eine wichtige  
3069 Grundlage für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Deutschland und  
3070 Europa. Sie bleiben auch in der Zukunft von herausragender Bedeu-  
3071 tung. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, in der Partnerschaft zu  
3072 den USA immer wieder gemeinsame Standpunkte zu suchen. Dabei  
3073 wird der Ausbau unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit immer  
3074 wichtiger. Gemeinsam wollen wir mit unseren transatlantischen  
3075 Partnern USA und Kanada auf der Basis unserer Wertgrundlagen  
3076 das Gewicht der westlichen Wertegemeinschaft stärken.

3077 338. Die Europäische Union und die USA sind die über Handel und  
3078 Investitionen am stärksten verbundenen Wirtschaftsräume der Welt.  
3079 Angesichts der fortschreitenden Verflechtung in den transatlanti-  
3080 schen Wirtschaftsbeziehungen setzen wir uns dafür ein, Handels-  
3081 hemmnisse zu überwinden und langfristig einen transatlantischen  
3082 Markt zu schaffen. Wir treten im transatlantischen Verhältnis für ein  
3083 selbstbewusstes Europa ein, das sich nicht als Gegengewicht,  
3084 sondern als Partner der USA versteht.

## 3085 **2. Für Freiheit und Frieden eintreten – Deutschlands Rolle in der** 3086 **Welt**

3087 339. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Richtschnur für un-  
3088 sere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dies entspricht  
3089 unserer Verpflichtung, die Freiheit und die Sicherheit der Menschen  
3090 in Deutschland zu gewährleisten. Wir wollen Gefahren von unserem  
3091 Land abwehren und uns zugleich weltweit für die Schaffung von  
3092 Frieden und Freiheit sowie die Geltung der Herrschaft des Rechts  
3093 und der universellen Menschenrechte einsetzen. So schaffen und  
3094 erhalten wir die Voraussetzungen dafür, dass unser Land sich in

3095 Frieden mit anderen Ländern gesellschaftlich, kulturell und wirt-  
3096 schaftlich austauschen, seinen Wohlstand mehren und seine Ge-  
3097 sellschaft entwickeln kann.

3098 340. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Bedingungen  
3099 unserer Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend verändert. Die  
3100 bipolare Weltordnung gehört der Vergangenheit an. Spätestens am  
3101 11. September 2001 hat die freie Welt erfahren, dass wir heute  
3102 asymmetrischen Bedrohungen ausgesetzt sind, die weit außerhalb  
3103 unserer Grenzen entstehen können. Wir wollen die internationalen  
3104 Beziehungen weiter intensivieren, damit Interessenkonflikte mög-  
3105 lichst kooperativ und gewaltfrei gelöst werden.

3106 341. In der Globalisierung ist jedes Land unser Nachbar. Zerfallende  
3107 Staaten sind Rückzugsräume für den Transnationalen Terrorismus  
3108 oder das internationale Verbrechen. Der Aufbau von und der Einsatz  
3109 für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in fernen Regionen dient  
3110 unmittelbar unseren eigenen Interessen und ist aktive Sicherheits-  
3111 vorsorge. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schaffen Stabilität,  
3112 auf die wir als exportabhängige Volkswirtschaft besonders ange-  
3113 wiesen sind. Wir müssen nicht nur regional, sondern auch global  
3114 bereit sein, gemeinsam mit anderen Demokratien im Rahmen inter-  
3115 nationaler Organisationen Verantwortung zu übernehmen. Dabei  
3116 folgen wir dem Konzept der vernetzten Sicherheit: Ohne Sicherheit  
3117 keine Entwicklung, ohne Entwicklung keine Sicherheit.

3118 342. Um unserer internationalen Verantwortung gerecht zu werden,  
3119 sind die Mittel und Instrumente für die Außen-, Sicherheits- und  
3120 Entwicklungspolitik den Aufgaben und Verpflichtungen entspre-  
3121 chend bereitzustellen. Erfolgreiche Außenpolitik muss den natio-  
3122 nalen Interessen unseres Landes folgen. Dazu gehört die Erkennt-  
3123 nis: Wenn wir international Solidarität üben, werden wir von ande-  
3124 ren Staaten selbst Solidarität erfahren. Es entspricht daher unserem  
3125 Interesse, unsere Politik nicht national zu verengen, sondern auf  
3126 einen gerechten Interessenausgleich auszurichten.

3127 343. Erfolgreiche Außenpolitik setzt intellektuelle und wirtschaftli-  
3128 che Leistungsfähigkeit sowie Attraktivität unserer Gesellschafts-  
3129 ordnung und Kultur voraus. Sie muss verlässlich sein, um das Ver-  
3130 trauen unserer Partner und Verbündeten zu erhalten, und erteilt da-  
3131 her nationalen Sonderwegen eine Absage. Nicht zuletzt muss sie  
3132 von dem Willen, der Entschlossenheit und der Fähigkeit getragen  
3133 sein, für unsere Werte, Überzeugungen und Interessen im Dialog  
3134 mit anderen Kulturen einzutreten.

3135 344. Um die außenpolitischen Herausforderungen der Zukunft zu  
3136 meistern, wollen wir die Europäische Union weiterentwickeln, die  
3137 transatlantische Partnerschaft pflegen und ausbauen sowie die glo-  
3138 bale Ordnung stärken. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unse-  
3139 rer Wirtschaft wollen wir die transatlantische Wirtschaftsintegration  
3140 intensivieren.

3141 345. Die NATO bleibt für die Sicherheit Deutschlands und Europas  
3142 unverzichtbar und das primäre Instrument unserer Sicherheits- und  
3143 Verteidigungspolitik. Dabei muss die NATO der ständige Ort des  
3144 transatlantischen sicherheitspolitischen Dialoges sein.

3145 346. Die transatlantische Gemeinschaft basiert auf einem weltweit  
3146 einzigartigen Fundament gemeinsamer Werte. Mit den USA und Ka-  
3147 nada verbindet uns eine jahrhundertealte Partnerschaft und  
3148 Freundschaft, die wir weiter ausbauen wollen. Beide Staaten wur-  
3149 den von Europäern gegründet. Die Prinzipien der amerikanischen  
3150 Unabhängigkeitserklärung waren am Ende des 18. Jahrhunderts  
3151 Vorbild für die europäischen Länder, zunächst in Frankreich 1789,  
3152 dann auch in Deutschland.

3153 Insbesondere den USA haben wir zu verdanken, dass Deutschland  
3154 und Europa vom Nationalsozialismus und Kommunismus befreit  
3155 wurden. Ohne die Unterstützung der USA wären die deutsche Ein-  
3156 heit und die europäische Wiedervereinigung so nicht möglich ge-  
3157 wesen. Mit unseren transatlantischen Partnern USA und Kanada  
3158 immer wieder gemeinsame Standpunkte zu suchen und zu vertre-  
3159 ten, wird zunehmend wichtiger. Wir wollen auf der Basis unserer  
3160 gemeinsamen Wertgrundlagen das Gewicht der westlichen Werte-  
3161 gemeinschaft stärken.

3162 347. Wir stellen uns der besonderen historischen Verantwortung  
3163 Deutschlands gegenüber Israel. Wir treten für das Existenzrecht  
3164 Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen ein. Deutschland und  
3165 Europa müssen dazu beitragen, die Krisen des Nahen und Mittleren  
3166 Ostens in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Ländern der  
3167 Region zu bewältigen und den Nahost-Konflikt zu lösen. Dazu ge-  
3168 hört ein existenzfähiger palästinensischer Staat.

3169 348. Wir setzen uns für ein friedliches Miteinander der westlichen  
3170 Demokratien mit den islamisch geprägten Staaten ein. Wir achten  
3171 und schätzen die reiche kulturelle Tradition der islamischen Welt.  
3172 Es ist in unserem Interesse, die moderaten Kräfte in den muslimisch  
3173 geprägten Gesellschaften auf ihrem Weg zu Rechtsstaatlichkeit und  
3174 Demokratie zu unterstützen. Islamischer Fundamentalismus und  
3175 islamisch motivierter Terrorismus sind zunächst eine Bedrohung  
3176 für die islamisch geprägten Gesellschaften selbst, aber auch für  
3177 uns. Wir müssen bereit sein, den islamistischen Terrorismus und  
3178 Fundamentalismus gemeinsam mit der großen Mehrheit der Mus-  
3179 lime zu bekämpfen und den Nährboden zu entziehen.

3180 349. Deutschland, Europa und der Westen insgesamt haben ein gro-  
3181 ßes Interesse an guten Beziehungen zu Russland. Wir streben eine  
3182 strategische Partnerschaft der Europäischen Union mit Russland  
3183 an, die auf den universellen Werten des Europarates gründet. Dabei  
3184 sind auch die Interessen der mittel- und osteuropäischen Staaten zu  
3185 berücksichtigen. Wir wollen mit Russland die wirtschaftliche, politi-

3186 sche und gesellschaftliche Zusammenarbeit intensivieren. Durch  
3187 einen offenen und umfassenden Dialog wollen wir die demokrati-  
3188 sche Entwicklung, die Rechtsstaatlichkeit, die Medienvielfalt und  
3189 die Bürgergesellschaft in Russland stärken.

3190 350. Unseren Nachbarkontinent Afrika wollen wir bei seinen Bemü-  
3191 hungen um nachhaltige Entwicklung, Stabilität und gute Regie-  
3192 rungsführung unterstützen, damit die Menschen dort eine bessere  
3193 Lebensperspektive haben. Wir streben eine enge Zusammenarbeit  
3194 mit der Afrikanischen Union an. Ein besonderes Problem bilden die  
3195 weit verbreitete Armut, mangelnde Bildungschancen und die Aus-  
3196 breitung von Seuchen und Krankheiten. Gewaltsame Konflikte, In-  
3197 stabilität und Ordnungslosigkeit in Afrika können uns in Europa  
3198 nicht gleichgültig sein, werden wir doch von den Auswirkungen -  
3199 nicht zuletzt in Form von wachsenden Migrationsströmen – unmit-  
3200 telbar betroffen sein.

3201 351. Der Partnerschaft mit Lateinamerika, mit dem Europa durch  
3202 Geschichte und Werte eng verbunden ist, messen wir einen hohen  
3203 Stellenwert bei. Wir bestärken dabei auch aufstrebende Länder wie  
3204 Brasilien und Mexiko, bei der Lösung globaler Probleme mehr Ver-  
3205 antwortung zu übernehmen. Durch die Kooperation mit unseren  
3206 Partnerparteien leisten wir in vielen Ländern einen Beitrag zur Stär-  
3207 kung der Demokratie.

3208 352. Um die vielfältigen Herausforderungen durch die Veränderun-  
3209 gen in Asien besser bewältigen und unsere Interessen wahren zu  
3210 können, müssen wir die Zusammenarbeit zwischen Europa und den  
3211 Ländern Asiens intensivieren und durch Kooperation und verbindli-  
3212 che Partnerschaften gestalten. Aufgrund ihrer wachsenden Bedeu-  
3213 tung wollen wir China und Indien dabei unterstützen, verantwort-  
3214 tungsbewusste Teilhaber an und Gestalter der internationalen Ord-  
3215 nung zu werden.

3216 353. Wir treten ein für die Fortsetzung der weltweiten Abrüstung,  
3217 die Stärkung der Rüstungskontrolle und eine europäisch koordi-  
3218 nierte Handhabung der Rüstungsexporte. Die Verhinderung der  
3219 Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Träger-  
3220 technologien fördert den Weltfrieden und trägt zu unserer Sicher-  
3221 heit bei. Wir werden darauf hinwirken, dass die internationale Ge-  
3222 meinschaft mit Entschlossenheit und Geschlossenheit auf solche  
3223 Kräfte einwirkt, die gegen internationale Regeln und Abkommen  
3224 verstoßen.

3225 354. Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik bleibt auch künftig  
3226 an die Nordatlantische Allianz als den stärksten Anker unserer Si-  
3227 cherheit gebunden. Wir treten für einen umfassenden und vernetz-  
3228 ten Ansatz ein, der das gesamte sicherheitspolitische Instrumenta-  
3229 rium berücksichtigt. Wir brauchen eine enge ressortübergreifende  
3230 Zusammenarbeit und wir wollen bei Einsätzen zur Krisenbewälti-

3231 gung die zivilen und militärischen Instrumente der Vereinten Natio-  
3232 nen, der NATO und der EU wirksamer miteinander koordinieren.

3233 355. Der Auftrag der Bundeswehr lässt sich nicht mehr auf die  
3234 klassische Bündnis- und Landesverteidigung auf eigenem Territo-  
3235 rium begrenzen. Im Konzept vernetzter Sicherheit ist die Bundes-  
3236 wehr ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und  
3237 Bündnisverteidigung unter neuen Vorzeichen als auch für internati-  
3238 onale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung im gesamten Einsatz-  
3239 spektrum ebenso wie für subsidiäre Hilfe bei Katastrophen und Un-  
3240 glücksfällen.

3241 356. Die Bundeswehr muss auch in Zukunft Einsätze bestehen und  
3242 internationale Verpflichtungen Deutschlands erfüllen können. Des-  
3243 wegen muss die Transformation unserer Streitkräfte konsequent  
3244 weiter umgesetzt werden. Nur so kann die Bundeswehr ihren an-  
3245 spruchsvollen Verpflichtungen nachkommen und Deutschland  
3246 bleibt in der Welt von morgen sicherheitspolitisch handlungsfähig,  
3247 bündnisfähig und gestaltungsfähig.

3248 357. Die Bundeswehr steht für erfolgreiche Streitkräfte in der Demo-  
3249 kratie. Sie hat den Wandel von der Armee der Abschreckung über  
3250 die Armee der Einheit zur Armee im Einsatz für den Frieden vollzo-  
3251 gen und sich dabei bewährt. Wir bekennen uns zur Wehrpflicht. Sie  
3252 hat sich unter wechselnden sicherheitspolitischen Rahmenbedin-  
3253 gungen bewährt. Für uns bleibt die Bundeswehr Instrument einer im  
3254 Grundgesetz und im Völkerrecht verankerten Politik.

3255 358. Die Vereinten Nationen besitzen die größte Legitimität, um glo-  
3256 bale Probleme anzugehen. Die Vereinten Nationen müssen hand-  
3257 lungsfähiger und durchsetzungsstärker werden, um Menschen-  
3258 rechte, Freiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit zum weltweiten  
3259 Durchbruch zu verhelfen und um zur Weiterentwicklung des Völker-  
3260 rechts beizutragen.

3261 359. Bei der Reform des Sicherheitsrats befürworten wir einen  
3262 ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg zu diesem  
3263 Ziel bleibt Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen  
3264 Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen.

3265 360. Wir treten für eine zunehmend integrierte Weltwirtschaft mit  
3266 einem freien und gerechten Welthandel ein und wollen deshalb In-  
3267 stitutionen wie die Welthandelsorganisation stärken. Für Deutsch-  
3268 land ist die Sicherheit internationaler Handelswege ein vitales Inte-  
3269 resse. Damit wird es unserem Land besser möglich, sich an der  
3270 weltweiten Mehrung von Wohlstand zu beteiligen. Zugleich fördert  
3271 freier und gerechter Handel die Überwindung von Armut und trägt  
3272 damit zur ökonomischen und politischen Stabilisierung von Staaten  
3273 bei, die sonst zu scheitern drohen.

3274 361. Es liegt in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung der  
3275 Entwicklungsprobleme vieler Länder – Armut, Unterentwicklung,  
3276 Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung, Kriege, Terroris-  
3277 mus und Staatszerfall – mitzuwirken. Unsere Entwicklungspolitik  
3278 der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ruht auf drei Säulen: Ers-  
3279 tens der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die  
3280 Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes;  
3281 zweitens der Abwehr von Risiken und drittens der Stärkung unserer  
3282 politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Partnerschaf-  
3283 ten. Entwicklungspartnerschaft bedeutet für uns, dass wir eigene  
3284 Reforminitiativen stärken und Mitverantwortung der Entwicklungs-  
3285 länder einfordern.

3286 362. Entwicklungspolitik ist wertgebunden. Sie ist Teil einer Welt-  
3287 ordnungspolitik. Wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaat-  
3288 lichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichteten  
3289 marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Le-  
3290 bensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen  
3291 Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Ent-  
3292 wicklungspolitik. Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig wir-  
3293 ken soll, setzt konsequente eigene Anstrengungen insbesondere  
3294 vonseiten der politischen Entscheidungsträger und der Eliten in den  
3295 Entwicklungsländern voraus. Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe.

3296 363. Wir erkennen die Leistungen der in der Entwicklungszusam-  
3297 menarbeit Tätigen an. Kirchen und Nichtregierungsorganisationen  
3298 helfen der Bevölkerung in Entwicklungsländern unmittelbar. Den  
3299 politischen Stiftungen kommt eine herausgehobene Rolle bei der  
3300 Förderung des Staatsaufbaus, der Förderung von Rechtsstaatlich-  
3301 keit, von Parlaments- und Parteienberatung, demokratischer Grund-  
3302 sätze sowie der Durchsetzung der Menschenrechte in Entwick-  
3303 lungsländern zu. Auch durch die Verbesserung der Rahmenbedin-  
3304 gungen für wirtschaftliches Engagement kann die Privatwirtschaft  
3305 verstärkt für entwicklungspolitische Ziele gewonnen werden. Mit der  
3306 Privatwirtschaft zu kooperieren erlangt ebenso größere Bedeutung  
3307 wie die zivil-militärische Zusammenarbeit.

3308 364. Die hohe Zahl privater Spenden zeigt die Bereitschaft der Men-  
3309 schen zum Teilen. Der Staat hat die Aufgabe, private Initiativen zu  
3310 fördern. Wir stehen zur internationalen Verpflichtung, die Mittel für  
3311 die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des  
3312 Bruttonationaleinkommens zu steigern, sobald die Haushaltslage  
3313 dies erlaubt.

3314 365. Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte gehören zusam-  
3315 men. Menschenrechte sind unteilbar. Die CDU wird auch künftig  
3316 ihre Stimme erheben, wenn Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlich-  
3317 keit und Minderheitenrechte in Gefahr sind. Menschenrechte und  
3318 Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveräni-  
3319 tätsprinzip Vorrang haben. Wir leisten unseren Beitrag zum Aufbau  
3320 einer freien, friedlichen und gerechten Welt.